

E & W

Erziehung & Wissenschaft

01/2017

Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft GEW



Länder-Tarifrunde 2017

Sechs Prozent* mehr

*Forderungspaket mit 6 Prozent Gesamtvolumen

MEHRDAD PAYANDEH

Kräftige Lohnerhöhung!

Die Gewerkschaften des öffentlichen Diensts streiten für sechs Prozent mehr Lohn und Gehalt. Kräftige Lohnerhöhungen passen gerade jetzt richtig in die Zeit: Die Wirtschaft boomt, die Exporte erreichen Rekordstände und die Arbeitslosigkeit ist auf einem niedrigen Stand. Erfreulich ist auch, dass die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze zunimmt und prekäre Beschäftigung zurückgedrängt wird. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wird inzwischen vom Binnenmarkt getragen. Gerade in unruhigen Zeiten auf den globalen Märkten ist die Binnennachfrage ein zweites Standbein für unser Land. Dank eines robusten Wachstums macht auch Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) Kasse. 2016 erzielte der Staat dank hoher Steuereinnahmen und niedriger Zinslast 20 Milliarden Euro Haushaltsüberschuss. Wirtschaftliche Eckdaten und gute öffentliche Haushalte lassen kräftige Gehaltserhöhungen zu. Auch im öffentlichen Dienst. Wann, wenn nicht jetzt, sollte es Lohnerhöhungen geben? Es ist nur gerecht, wenn alle Beschäftigten durch ein kräftiges Lohnplus in den kommenden Tarifrunden an dem wirtschaftlichen Erfolg teilhaben.

Gute Arbeit muss sich lohnen. Qualität hat ihren Preis. Wer weiterhin gute, motivierte und qualifizierte Arbeitskräfte im öffentlichen Dienst halten oder neues gut ausgebildetes Personal bekommen will, darf bei Lohn und Gehalt nicht geizen, sondern muss als Arbeitgeber attraktiv sein, muss in Menschen Potenziale sehen und nicht allein die Kosten. Fakt ist: Die Löhne im öffentlichen Dienst sind in vielen Bereichen niedriger als in der Privatwirtschaft. Der Abstand wächst seit Jahren. Zudem haben Arbeitsverdichtung und -belastung massiv zugenommen. Personalabbau und Zuwachs neuer Aufgaben haben wesentlich zu dieser Entwicklung beigetragen. Der Anteil der Beschäftigten im öffentlichen Dienst an der Gesamtbeschäftigtenzahl sinkt seit Jahren. Mehr Arbeit, weniger Personal heißt im Ökonomen-Jargon steigende Produktivität. Hohe Produktivität, die allein aus Personalabbau und Arbeitsverdichtung erwächst, ist jedoch trügerisch. Sie

hält nicht langfristig. Denn sie macht kaputt, sie macht krank und wird am Ende teuer. Die Zahl der psychischen Krankheiten ist gerade im öffentlichen Dienst hoch. Warum? Weil Menschen keine Maschinen sind, die klaglos stets um Faktor „x“ mehr Output bringen.

Diese Verwerfungen müssen beseitigt werden. Die Länder sollten eine Vorbildfunktion einnehmen und vorausschauend handeln, um auch künftig einen starken öffentlichen Sektor mit gutem Personal zu gewährleisten. Die Standortvorteile des Landes, die durch einen gut ausgestatteten öffentlichen Dienst entstehen, sind nicht zu unterschätzen. In einem Umfeld, in dem sich Unternehmen auf eine gute, moderne und schnelle Verwaltung verlassen können, werden sie sich viel eher niederlassen und häufiger investieren. Öffentlicher Dienst darf nicht mit Almosen abgespeist werden. Eine gute Verwaltung ist für den Wirtschaftsstandort Deutschland genauso wichtig wie eine gute öffentliche Infrastruktur.

Kurzum: Die Lohnforderungen sind aus vielen Gründen gerechtfertigt und sinnvoll. Sie ermöglichen die Teilhabe der Arbeitnehmer am gesamtwirtschaftlichen Reichtum, der ohne ein intaktes Gemeinwesen, ohne öffentliche Dienstleistung und die Arbeit der Beschäftigten im öffentlichen Dienst nicht zustande gekommen wäre.

Die Lohnforderungen der Gewerkschaften sind finanzierbar. Denn Geld ist genug da: Der Staat erzielt Jahr für Jahr Haushaltsüberschüsse. Höhere Löhne sind auch makroökonomisch das Gebot der Stunde (s. S. 10 ff.). Sie stärken durch mehr Nachfrage die binnenwirtschaftlichen Wachstumskräfte und machen die deutsche Wirtschaft unabhängiger gegenüber globalen konjunkturellen Risiken. Ein dynamischer Binnenmarkt füllt die Auftragsbücher der Unternehmen und beflügelt auch Importe.

Mehrdad Payandeh,
DGB-Abteilungsleiter Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik

Inhalt



Gastkommentar Kräftige Lohnerhöhung!	Seite 2
Impressum	Seite 3
Auf einen Blick	Seite 4
Prämie des Monats	Seite 5
Schwerpunkt: Länder-Tarifrunde 2017	
1. „Wir wollen für unsere Arbeit mehr verdienen“	Seite 6
2. So laufen Tarifverhandlungen	Seite 8
3. Finanzpolitischer Kurswechsel – jetzt!	Seite 10
4. Lohnforderungen der Gewerkschaften: Keine einfache Sache	Seite 14
5. Forderungspaket mit sechs Prozent Gesamtvolumen	Seite 16
6. GEW-Kommentar: Ehrgeiziges Ziel	Seite 16
7. L-Ego – ein schwieriger Weg	Seite 17
Bildungspolitik	
1. Methoden-Stunk um PISA-Punkte	Seite 20
2. GEW-Kommentar: Tabellenzauber	Seite 27
Dialog: Zeitschrift für Seniorinnen und Senioren	ab Seite 23
Berufliche Bildung Fremdenhass im Klassenzimmer	Seite 28
E&W-Serie „Willkommen in Deutschland“ Duale Ausbildung für Flüchtlinge in Hamburg: Lernorte verbinden	Seite 30
Schule	
1. Schwimmunterricht: Keine Blöße geben	Seite 32
2. Schulesen: „Beim Bratling war ich raus“	Seite 40
Initiative „Bildung. Weiter denken!“	
1. Aktionszeitraum Februar: Motto „Gute Arbeit“	Seite 34
2. Wer finanziert den Staat?	Seite 35
GEW-Intern	
1. GEW-Sticker: „Null Toleranz bei Sexismus“	Seite 34
2. 18. MaiMeeting der GEW	Seite 37
3. Deutsch-israelisches Seminar: Keine Zukunft ohne Erinnern	Seite 42
Tarifpolitik Bezahlung von Fachleitungen in Thüringen: Amtsangemessen?!	Seite 36
Hochschule	
1. „Zukunftsforum Lehrer_innenbildung!“. Langer Atem erforderlich	Seite 38
2. Besuch eines Graduiertenkollegs: „Die Zukunft ist inklusiv“	Seite 39
Gesellschaftspolitik Asyl: Vorurteil und Fakt	Seite 42
Leserforum	Seite 43
Diesmal	Seite 48
Titel: Werbeagentur Zimmermann	

IMPRESSUM

Erziehung und Wissenschaft
Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung · 69. Jg.

Herausgeber:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
im Deutschen Gewerkschaftsbund
Vorsitzende: Marlis Tepe
Redaktionsleiter: Ulf Rödde
Redakteurin: Helga Haas-Rietschel
Redaktionsassistentin: Katja Wenzel
Postanschrift der Redaktion:
Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt am Main
Telefon 069 78973-0
Fax 069 78973-202
katja.wenzel@gew.de
www.gew.de
facebook.com/GEW.DieBildungsgewerkschaft
twitter.com/gew_bund

Redaktionsschluss ist in der Regel
der 7. eines jeden Monats.
Erziehung und Wissenschaft erscheint elfmal jährlich.
Nachdruck, Aufnahme in Onlinedienste und Internet
sowie Vervielfältigung auf Datenträger der „Erziehung
und Wissenschaft“ auch auszugweise nur nach vorheri-
ger schriftlicher Genehmigung der Redaktion.

Gestaltung:
Werbeagentur Zimmermann,
Hedderheimer Landstraße 144
60439 Frankfurt

Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitglieds-
beitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der
Bezugspreis jährlich Euro 7,20 zuzüglich Euro 11,30
Zustellgebühr inkl. MwSt. Für die Mitglieder der
Landesverbände Bayern, Berlin, Brandenburg, Hessen,
Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland,
Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen werden die
jeweiligen Landeszeitungen der E&W beigelegt. Für un-
verlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexem-
plare wird keine Verantwortung übernommen. Die mit
dem Namen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge
stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder
des Herausgebers dar.

Verlag mit Anzeigenabteilung:
Stamm Verlag GmbH
Goldammerweg 16
45134 Essen
Verantwortlich für Anzeigen: Mathias Müller
Telefon 0201 84300-0
Fax 0201 472590
anzeigen@stamm.de
www.erziehungundwissenschaft.de
gültige Anzeigenpreisliste Nr. 40
vom 01.01.2017,
Anzeigenschluss
ca. am 5. des Vormonats

Erfüllungsort und Gerichtsstand: Frankfurt am Main



ISSN 0342-0671

Die E&W wird auf 100 Prozent chlorfrei
gebleichtem Recyclingpapier gedruckt.

Ost-Renten: zu spät angeglichen

Die GEW hat die von der Großen Koalition beschlossene Angleichung der Ostrenten an das Westniveau im Prinzip begrüßt, zugleich aber die aus ihrer Sicht unverhältnismäßig lange Dauer der Umsetzung kritisiert. Zwar hätten die Rentnerinnen und Rentner in den neuen Ländern jetzt Klarheit darüber, wann der niedrigere Rentenwert Ost endlich Geschichte sein werde. Dass dies jedoch noch bis zum Jahr 2025 dauern soll, sei, so die GEW, „ein Bruch des Versprechens“ aus dem schwarz-roten Koalitionsvertrag, „bis 2020“ ein einheitliches Rentenrecht in Ost und West zu schaffen. Es sei nicht einzusehen, dass noch einmal gut acht Jahre ins Land gehen sollen, bis Ost-Rentner nicht mehr benachteiligt sind.

Nach dem Beschluss der Regierungskoalition Ende vergangenen Jahres soll der aktuelle Rentenwert Ost ab 1. Juli 2018 in sieben gleichen Schritten an das Westniveau angeglichen werden. Die weiteren Berechnungsparameter sollen ebenfalls in sieben Schritten ab 1. Januar 2019 angepasst werden. Die Finanzierung war bei Redaktionsschluss noch offen. Dies entspricht vom Verfahren her den Forderungen des „Bündnisses für eine gerechte Anpassung des Rentenwerts Ost“. Das Bündnis – dem u. a. GEW, ver.di und mehrere Sozialverbände angehören – setzt sich seit 2006 dafür ein, dass der Rentenwert Ost stufenweise angehoben und aus Steuermitteln finanziert wird – unabhängig vom tatsächlichen Angleichungspfad der Löhne. Das Bündnis hat darauf gedrängt, die Ost-Renten deutlich schneller anzupassen. Denn wer heute in Rente gehe, habe bereits mehr als die Hälfte seines Berufslebens im vereinten Deutschland gearbeitet.

Ähnlich halbherzig wie die von Union und Sozialdemokraten beschlossene Rentenanpassung ist aus GEW-Sicht die Übereinkunft der Großen Koalition, die Erwerbsminderungsrenten zu verbessern. Fakt ist: So wie sie derzeit berechnet werden, sind sie ein erhebliches Armutsrisiko für die Betroffenen. Auch hier will Schwarz-Rot nur bescheiden die Zurechnungszeit zum eigentlichen Renteneintrittsalter verlängern – in Trippelschritten von heute 62 auf 65 Jahre bis 2024. Sozial gerechter wäre es nach Auffassung der GEW, die systemwidrigen Abschlüsse abzuschaffen. Dadurch käme es sofort zu einer spürbaren Erhöhung dieser Renten.

Gesa Bruno-Latocha,

Referentin im GEW-Arbeitsbereich Tarif- und Beamtenpolitik

Keller erneut EGBW-Vize

Die Konferenz des Europäischen Gewerkschaftskomitees für Bildung und Wissenschaft (EGBW) hat den stellvertretenden GEW-Vorsitzenden Andreas Keller erneut zum Vizepräsidenten gewählt. Keller übt das Amt seit 2012 aus. Gemeinsam mit der als Präsidentin bestätigten britischen Gewerkschafterin Christine Blower (National Union of Teachers) wird Keller auch in den kommenden vier Jahren dem Vorstand des EGBW angehören.



Andreas Keller

Schwieriger Ausbildungsmarkt

Die Lage auf dem Lehrstellenmarkt bleibt entgegen der Beteuerungen von Wirtschaft und Bundesregierung angespannt. Zum gesetzlichen Stichtag am 30. September 2016 hatten 80 600 junge Menschen keinen Ausbildungsplatz. Die Zahl der offenen Lehrstellen betrug indes nur 43 600. Dies geht aus der Bilanz des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) hervor. Zudem gibt es erhebliche regionale Ungleichgewichte des Ausbildungsplatzangebots. So hat ein Großteil der nicht versorgten Bewerberinnen und Bewerber das Pech, nicht dort zu wohnen, wo es gerade Lehrstellen gibt. Die 80 600 jungen Frauen und Männer waren zuvor von der Bundesagentur für Arbeit (BA) nach Beratungsgesprächen und Tests als „ausbildungsreif“ eingestuft worden.

Für das Ausbildungsjahr 2016/2017 wurden insgesamt 520 300 neue Verträge abgeschlossen. Hauptschülerinnen und -schülern gelingt immer seltener der direkte Sprung von der Schule in die Ausbildung. Bereits im vergangenen Jahr hatten die Betriebe mehr Neuverträge mit Studienberechtigten (142 200) als mit Hauptschulabsolventen (137 000) unterzeichnet. Hauptschulabgänger sind heute im Schnitt 19,6 Jahre alt, wenn sie eine Lehre beginnen. Über die aktuellen Zahlen verkündete das Bundesbildungsministerium in seiner Pressemitteilung: „Ausbildungschancen haben sich weiter verbessert.“ Dagegen wies GEW-Vorstandsmitglied Ansgar Klinger darauf hin, dass in Deutschland derzeit unter den 20- bis 34-Jährigen 1,9 Millionen junge Menschen ohne abgeschlossene Berufsausbildung seien. Das System der dualen Ausbildung allein sei der Herausforderung, ausreichend Lehrstellen anzubieten, offensichtlich nicht gewachsen. Es bedürfe einer umfassenden Strategie, die alle Ausbildungswege – von der betrieblichen Lehre bis hin zur vollzeitschulischen Ausbildung – einbeziehe.

Karl-Heinz Reith, Journalist und Fachautor

Pensionierungswelle rollt

In Deutschland gibt es mehr pensionierte Lehrerinnen und Lehrer als je zuvor. Wie die Deutsche Presse-Agentur (dpa) unter Berufung auf das Statistische Bundesamt berichtet, bezogen Anfang 2016 etwa 386 700 frühere Lehrkräfte Leistungen aus den Pensionskassen. Das waren rund 19 900 ehemalige Beamtinnen und Beamte oder gut fünf Prozent mehr als zum Vergleichszeitpunkt des Vorjahres. Allein 2015 wurden rund 27 900 Lehrkräfte in den Ruhestand versetzt. Das sind genauso viele wie 2014, aber mehr als in allen anderen Jahren seit 1993. Mit Blick auf die rollende Pensionierungswelle und das Problem, die frei werdenden Stellen wieder zu besetzen, mahnte GEW-Vorsitzende Marlis Tepe: „Die Zahlen müssen ein Weckruf für die Landesregierungen sein!“ Sie appellierte an die Politik: „Tut mehr für den Nachwuchs, sonst bluten unsere Schulen aus.“ Die wichtigsten Bausteine einer konzertierten Aktion, um auch weiterhin guten Unterricht sicherzustellen, seien u. a.: gleiche Bezahlung an allen Schulformen sowie bessere Arbeitsbedingungen, damit die Lehrkräfte gesund blieben und nicht vor dem Ruhestand aus dem Beruf aussteigen müssten, betonte Tepe.

Mitmachen lohnt sich ...

... für jedes neu geworbene GEW-Mitglied erwarten Sie vier CinemaxX-Gutscheine.*

Prämie des Monats Januar: Vier CinemaxX-Gutscheine



Neues Mitglied werben und Prämie online anfordern
www.gew.de/praemienwerbung

*Dieses Angebot gilt nicht für Mitglieder des GEW-Landesverband Niedersachsen.

Keine Lust auf unser Online-Formular? Fordern Sie den Prämienkatalog an!

Per E-Mail: mitglied-werden@gew.de | Per Telefon: 0 69 / 7 89 73-211

oder per Coupon:

Bitte in Druckschrift ausfüllen.

Vorname/Name

Straße/Nr.

PLZ/Ort

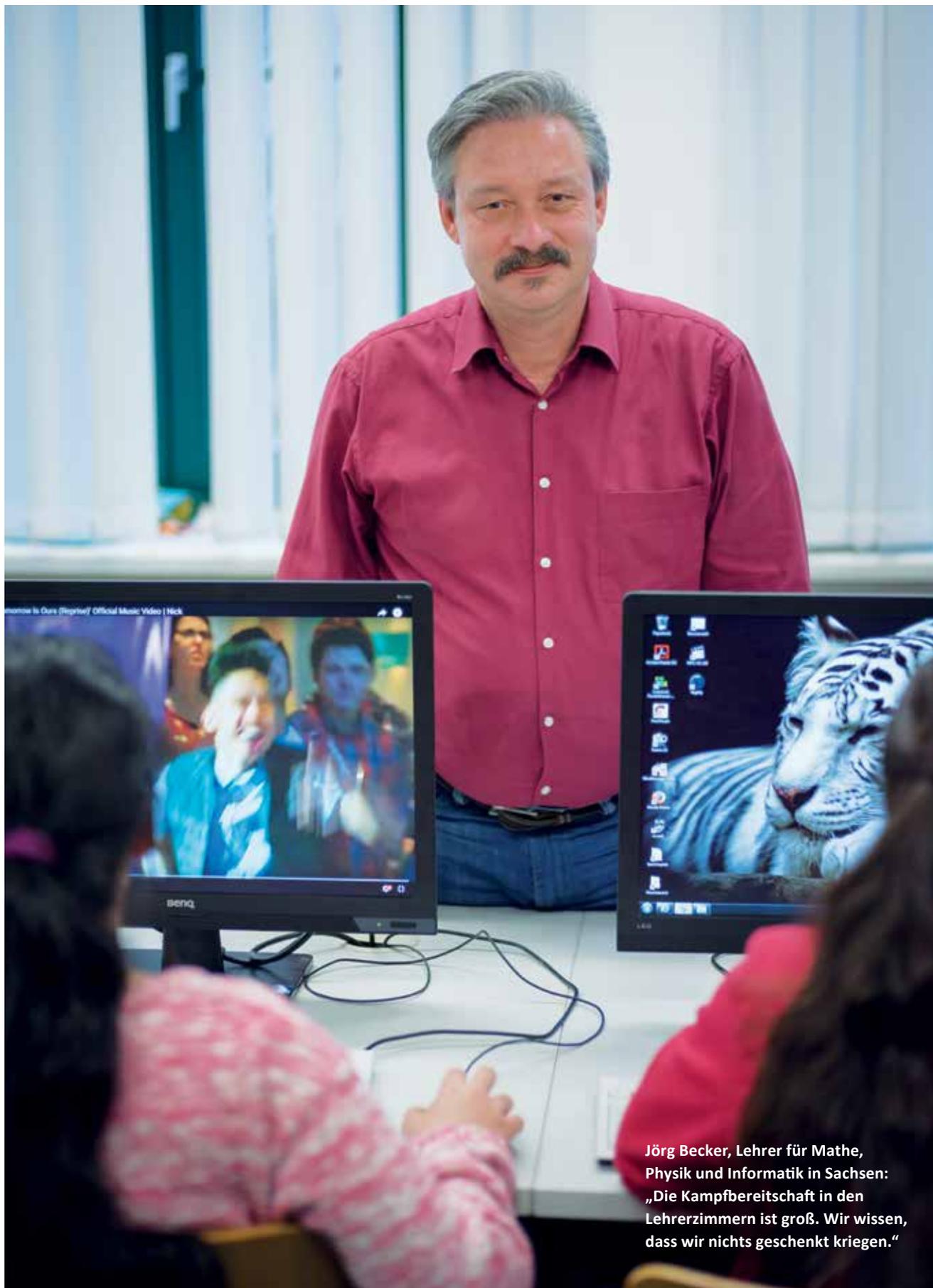
GEW-Landesverband

Telefon Fax

E-Mail

Bitte den Coupon vollständig ausfüllen und an folgende Adresse senden:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt a. M., Fax: 0 69 / 7 89 73-102



Jörg Becker, Lehrer für Mathe, Physik und Informatik in Sachsen: „Die Kampfbereitschaft in den Lehrerzimmern ist groß. Wir wissen, dass wir nichts geschenkt kriegen.“

Foto: Christian Kortüm

„Wir wollen für unsere Arbeit mehr verdienen“

// Jörg Becker ist seit 30 Jahren Mathelehrer an einer Oberschule in Leipzig. Seine Aufgaben wachsen ständig. An die kommende Tarifrunde gehen er und seine sächsischen Kolleginnen und Kollegen offensiv heran. //

Raum 02 im Erdgeschoss der 125. Oberschule im Leipziger Stadtteil Reudnitz, 17 Bildschirme stehen in Reih und Glied, in einer Ecke stapeln sich alte Computer von 2003. Fünft- und Sechstklässler schrauben einen der verstaubten Rechner auseinander, andere surfen im Netz. Becker, Lehrer für Mathe, Physik und Informatik, hilft den Schülerinnen und Schülern bei ihren Aufgaben mit viel Geduld und einem Lächeln. Er betreut die AG „Computer, Foto, Video“ mit „viel Herzblut“, ebenso wie ein Filmprojekt und eine Spiele-AG. Becker ist an seiner Schule so eine Art Mädchen für alles. Er pflegt das IT-Netzwerk und richtet den Jugendlichen ihre Profile ein, er unterstützt die 28 Kolleginnen und Kollegen beim Einsatz von Medientechnik und leitet den Personalrat des Kollegiums. Der 52-Jährige ist eine der 30 000 Lehrkräfte in Sachsen, die fast alle als Angestellte arbeiten. Der Freistaat verbeamtet nur Schulleiter und ihre Stellvertreter. Dafür ist die gewerkschaftliche Macht im größten östlichen Bundesland für die kommende Tarifrunde umso stärker. Die Lehrerinnen und Lehrer sind motiviert, auf die Straße zu gehen. „Der Frust in den Lehrerzimmern ist groß“, berichtet Becker, „die Kampfbereitschaft aber auch. Wir wissen, dass wir nichts geschenkt kriegen.“ Gerade in Sachsen. „Bei der Pflichtstundenzahl liegen wir im Bundesvergleich immer am oberen Ende – aber beim Gehalt ganz unten“,

beschreibt Becker die sächsische Misere. In westdeutschen Ländern würde er mit seinen 31 Dienstjahren wesentlich mehr Geld mit nach Hause bringen, rechnet Becker, der im GEW-Kreisvorstand für Finanzen zuständig ist, vor. „Aber statt eines ordentlichen Entgelts bekommen wir immer noch mehr Aufgaben übergestülpt – ohne finanziellen Ausgleich oder mehr Ermäßigungsstunden.“

Angesichts ständiger Mehrbelastungen sei jetzt ein deutliches Gehaltsplus überfällig. „Wir sollten nicht nur die Teuerungsraten in der Lohntüte haben, sondern auch einen Ausgleich für neue Zusatzaufgaben“, verlangt Becker. „Die letzte Tarifrunde ist fast zwei Jahre her, doch die Preissteigerungen machen im täglichen Leben nicht halt.“ Der Pädagoge ist kein Heißsporn und kein Typ, der sich schnell in Rage redet. Er spricht eher ruhig und bedächtig. Aber er benennt klar die Haltung der Kolleginnen und Kollegen: „Wir wollen für unsere viele Arbeit mehr verdienen.“ Die Lohnforderung begründet Becker auch mit den wachsenden Mehrbelastungen: „Bildungsempfehlungen in höheren Klassen schreiben und Kompetenztests durchführen, zunehmende Inklusion begleiten, Flüchtlinge integrieren, immer mehr Seiteneinsteiger anleiten.“ Hinzu kommt Beckers Verantwortung für die Schulcomputer. „Allein, wenn ich auf unseren 14 Laptops das Betriebssystem aktualisiere, sind die Ermäßigungsstunden fürs ganze Schuljahr schon aufgebraucht“, bemängelt er.

Ein alter Hase

Becker ist ein alter Hase im Schulgeschäft. „Ich stand bereits mit 21 Jahren als Klassenleiter vor einer 9. Klasse“, erzählt er. Das war 1985 in Leipzig.

Damals konnte er das Abitur nach der 10. Klasse im sogenannten „Vorkurs“ an der Uni binnen eines Jahres per Vorlesungen absolvieren. Die DDR brauchte seinerzeit dringend neue Lehrkräfte für bestimmte Fächerkombinationen. Mit 17 begann Becker sein Studium und war nach vier Jahren fertig. Seither hat er an verschiedenen Oberschulen in Leipzig gearbeitet, unterbrochen nur von seiner Wehrdienstzeit. „Eine gefühlte Ewigkeit“, sagt Becker. Seit 2005 unterrichtet er an der 125. Oberschule.

Viel erlebt

Gewerkschaftlich engagiert er sich seit Beginn seiner Lehrtätigkeit, zunächst in der DDR-Lehrergewerkschaft „Unterricht und Erziehung“ (GUE). Mit der Deutschen Einheit und der Auflösung der GUE wechselte er mit vielen anderen Pädagoginnen und Pädagogen in die GEW und war bald im Kreisvorstand aktiv. Ostdeutsche Lehrkräfte haben seither viel mitgemacht: mehr als zehn Jahre Zwangsteilzeit und mehr als 20 Jahre Wartezeit bis zur Angleichung an bundesdeutsche Gehälter. Erst seit wenigen Jahren arbeitet Becker wieder in Vollzeit und verdient 100 Prozent. „Die Tariferhöhungen sind für uns ein wichtiger Punkt“, betont er. „Im Grunde wünschen wir uns aber auch, endlich bundesweit vergleichbare Entgelt-Eingruppierungen zu bekommen, damit die Ost-West-Unterschiede verschwinden.“

Sven Heitkamp,
freier Journalist



Mitdiskutieren
www.gew.de/
EundW

So laufen Tarifverhandlungen

// Wenn Gewerkschaften mehr Geld oder bessere Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten durchsetzen wollen, ist ein unbefristeter Streik das letzte Mittel, ihre Forderungen durchzusetzen. Aber davor passiert eine ganze Menge. //

Ziel jeder Tarifverhandlung ist, entweder Arbeitsbedingungen zu verbessern, die bereits in einem Tarifvertrag geregelt sind, oder Verhandlungen über etwas aufzunehmen, das bisher noch nicht vereinbart ist, z. B. Teilzeitmodelle. Fordert eine Tarifvertragspartei beispielsweise mehr Lohn oder Gehalt, muss sie zuerst den Entgelttarifvertrag kündigen. Wollen die Gewerkschaften eine Neuregelung, müssen sie den Arbeitgeber überzeugen, zu verhandeln. Auch diese Phase kann schon durch Arbeitskampfmaßnahmen bis hin zum Streik begleitet werden.

Bei den regelmäßig stattfindenden Tarifrunden, etwa im öffentlichen Dienst, kündigen die zuständigen Gewerkschaften die Entgelttarifverträge nach Ablauf der vereinbarten Mindestlaufzeit. Auch die Arbeitgeber kündigen Tarifverträge, wenn sie beispielsweise andere Vereinbarungen über die betriebliche Altersversorgung treffen (und in aller Regel verschlechtern) wollen.

Auf die Kündigung des Tarifvertrages oder nach einer Verhandlungsaufforderung folgt der nächste Schritt: Die Tarifvertragsparteien setzen sich in Verhandlungsrunden zusammen – meist bleibt es nicht bei einer – mit dem Ziel, einen neuen Tarifvertrag abzuschließen. Die Verhandlungen werden häufig bereits von Anfang an von Warnstreiks und/oder anderen öffentlichkeitswirksamen Aktionen begleitet. Warnstreiks sollen Druck aufbauen und dem Arbeitgeber deutlich machen: Die Beschäftigten sind bereit, sich auch an weitergehenden

Arbeitskampfmaßnahmen zu beteiligen. Warnstreiks sind räumlich wie zeitlich begrenzt und erfordern keine Urabstimmung. Allerdings ist ein Streikaufruf der zuständigen Gewerkschaft notwendig. Meist verständigen sich Arbeitgeber und Gewerkschaften nach mehreren Verhandlungsrunden auf ein Ergebnis. Sind die Verhandlungen jedoch festgefahren, kann eine der Tarifvertragsparteien sie für gescheitert erklären. Schon in dieser Phase kann die Gewerkschaft durch einen Streik – befristet oder unbefristet – Druck auf die Arbeitgeber ausüben. Wenn zwischen Arbeitgeber und Gewerkschaften bereits eine Schlichtungsvereinbarung vorliegt, kann – sofern beide Parteien dies wollen – die Schlichtung angerufen werden. Falls nicht, können die Tarifvertragsparteien diese neu vereinbaren. Im Bereich des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst (TVöD) gibt es beispielsweise eine Schlichtungsvereinbarung, auf deren Grundlage 2015 der Konflikt im Sozial- und Erziehungsdienst (SuE)-Bereich gelöst wurde. In der Regel einigen sich die Tarifvertragsparteien in der Schlichtungsvereinbarung darauf, dass Streiks während des Schlichtungsverfahrens ausgesetzt werden.

Ultima Ratio

Erst wenn sich die Tarifparteien gar nicht einigen können, packt die Gewerkschaft ihre schärfste „Waffe“ aus: den unbefristeten Streik. Da dieser Streik die Durchsetzung der gewerkschaftlichen Forderungen erzwingen soll, wird er auch Erzwingungsstreik genannt. Er ist das letzte Druckmittel und die stärkste Maßnahme der Gewerkschaften in einem Tarifkonflikt. Es muss daher gewährleistet sein, dass die Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder diesen Streik mitträgt. Deshalb geht einem unbefristeten Streik immer eine Urabstimmung voraus, bei der die Ge-

werkschaften ihre Mitglieder fragen, ob diese bereit sind, für ihre Forderungen zu streiken. Die Urabstimmung kann auf regionalen Mitgliederversammlungen oder schriftlich per Brief erfolgen, einige Gewerkschaften machen sie bereits elektronisch. Mindestens 75 Prozent der Abstimmenden müssen einer Arbeitsniederlegung zustimmen, erst dann dürfen die Arbeitnehmerorganisationen zu einem Streik aufrufen. Die Gewerkschaften und ihre Arbeitskampfleitungen entscheiden daraufhin, in welchen Regionen sie welche Beschäftigtengruppen aufrufen, die Arbeit niederzulegen. Entsprechend diesem Streikaufruf sind die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aufgefordert, ihre Tätigkeit ruhen zu lassen. Die Tarifparteien können die Verhandlungen jederzeit wieder aufnehmen. Auch während der Verhandlungen kann der Streik fortgesetzt werden. Hat man sich schließlich auf einen Kompromiss geeinigt, geben die Gewerkschaftsmitglieder wiederum per Urabstimmung ihr Votum zur Tarifeinigung ab. Der Streik wird nur dann fortgeführt, wenn mindestens 75 Prozent der Abstimmenden das wollen. Der Streik kann aber auch durch einen entsprechenden Beschluss der Gewerkschaften beendet werden.

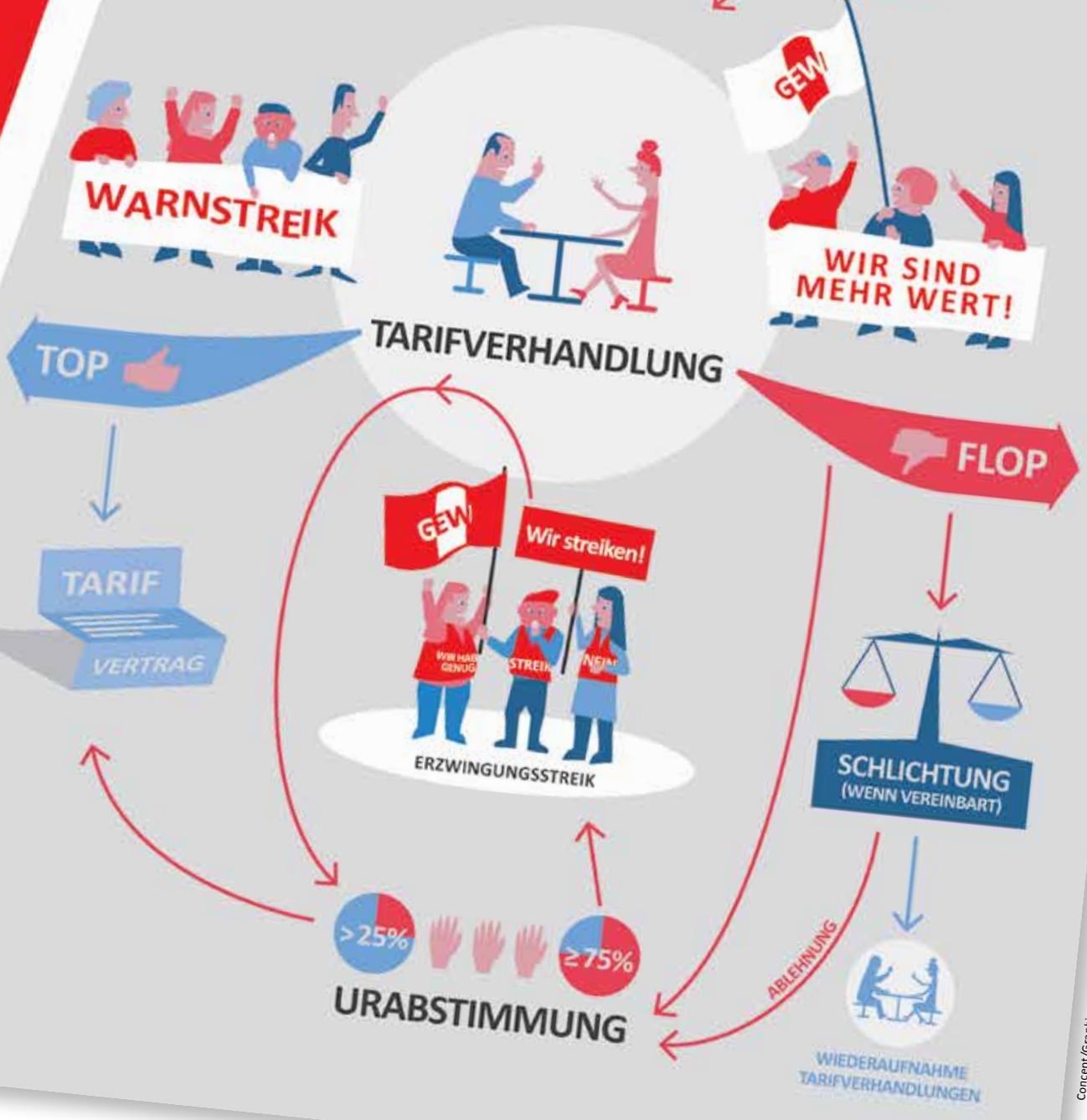
Dagmar Roselieb,
Referentin im GEW-Vorstandsbereich
Tarif- und Beamtenpolitik

**Ausführliche Informationen
sowie Materialien – z. B.
Übersichten, Statistiken und**



**Schaubilder –
finden Sie
online unter:
[www.gew.de/
tarifrunde](http://www.gew.de/tarifrunde)**

// SO FUNKTIONIEREN TARIFVERHANDLUNGEN //



Concept/Graphic: www.Polyfuchs.com

Finanzpolitischer Kurswechsel – jetzt!

// Löhne und Beschäftigung im öffentlichen Dienst: Ein finanzpolitischer Kurswechsel ist angezeigt – internationale Organisationen drängen Deutschland zu Mehrausgaben. //

Die Tarifrunde für die Angestellten im öffentlichen Dienst der Länder beginnt Mitte Januar. Die Tarifverhandlungen haben eine Bedeutung, die weit über die Gruppe der Länderangestellten hinausreicht. Üblicherweise ist das Tarifiergebnis eine wesentliche Vorgabe für die Entwicklung der Beamtenbesoldung. Vor der Kürzungspolitik im öffentlichen Dienst wurde es regelmäßig (komplett) übernommen. Und selbstverständlich sind die Ergebnisse auch eine relevante Orientierungsmarke für den Gehaltsanstieg im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen.

Damit ist klar, dass es um die Entwicklung eines wesentlichen makroökonomischen Aggregats geht: Allein die Ar-

beitnehmerentgelte (Bruttolöhne plus ggf. Sozialversicherungsbeiträge) Beschäftigter des öffentlichen Dienstes in den Ländern machten 2015 etwa vier Prozent der gesamten deutschen Wirtschaftsleistung (Bruttoinlandsprodukt, abgekürzt BIP) aus. Für alle öffentlich Bediensteten in Deutschland betrug das Arbeitnehmerentgelt 2015 7,6 Prozent des BIP – Anteil der Arbeitnehmerentgelte an den gesamten Staatsausgaben: gut 17 Prozent. Für die Länder, die in Schulen, Hochschulen, Polizei und Finanzverwaltung besonders personalintensiv arbeiten müssen, betrug er sogar knapp 31 Prozent.

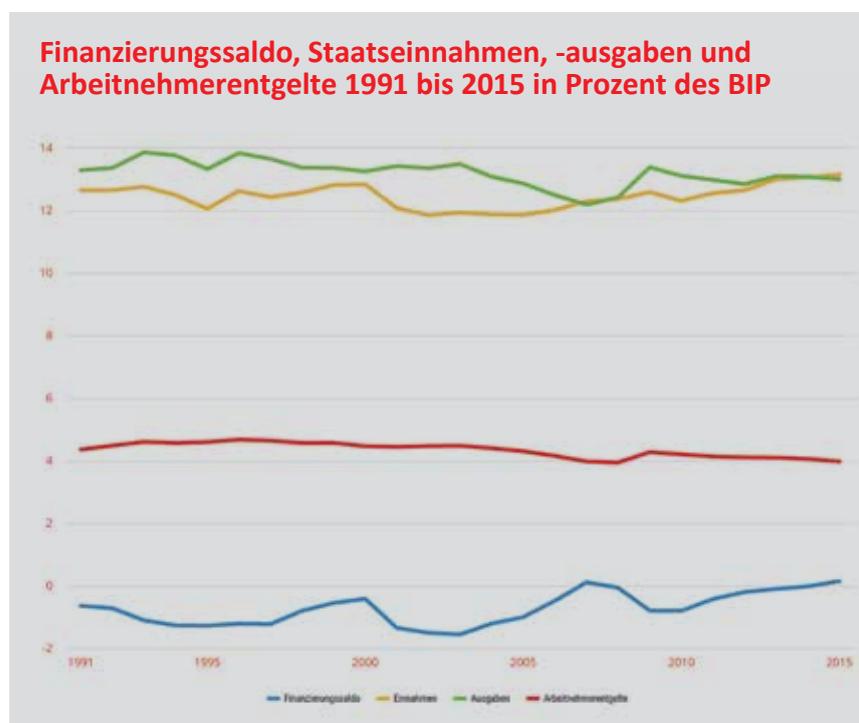
Daher muss die Lohn- und Beschäftigungsentwicklung im öffentlichen Dienst wesentlicher Teil einer makroökonomisch sinnvollen finanzpolitischen Strategie sein. Die neuesten Forschungsergebnisse zeigen eindrucksvoll, dass öffentliche Ausgaben einen starken Einfluss auf die Makroökonomie haben. Nach einer aufwändigen statistischen

Auswertung von 104 Studien kommt Sebastian Gechert vom IMK, dem Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung (HBS) in Düsseldorf, zu dem Ergebnis, dass der sogenannte Multiplikator der Staatsausgaben bei etwa „eins“ liegt. Das bedeutet, dass eine Erhöhung bzw. Senkung der Staatsausgaben um z. B. eine Milliarde Euro zu einer Erhöhung oder Senkung des BIP um eine Milliarde Euro führt. Besonders stark ist der Effekt für öffentliche Investitionen mit einem Multiplikator von über 1,5, gefolgt von der Beschäftigung im öffentlichen Dienst mit einem Multiplikator von etwa 1,2. Als relativ wenig effektiv erweisen sich Steuererhöhungen oder -senkungen mit Multiplikatoren von deutlich unter eins.

Aus makroökonomischer Sicht sollte die Finanzpolitik über den Konjunkturzyklus hinweg grundsätzlich in etwa neutral sein. In Schwächephasen sollte sie expansiv sein, also die Wirtschaft ankurbeln, in Boomphasen restriktiv und so die Wirtschaft vor einer „Überhitzung“ bewahren. Hinzu kommt noch, dass die Finanzpolitik in einer Währungsunion über die rein nationalen Belange hinaus auch internationale Ungleichgewichte in ihren Anfängen bekämpfen sollte. Im Falle starker Leistungsbilanzüberschüsse*, wenn also erheblich mehr exportiert wird, sollte die Finanzpolitik expansiv sein und die Binnennachfrage für höhere Importe in Schwung bringen. Bei starken Leistungsbilanzdefiziten sollte sie entsprechend restriktiv handeln, um das Importwachstum zu dämpfen.

Vernachlässigte Leitlinien

Seit der Deutschen Einheit sind diese makroökonomischen Leitlinien in den vergangenen 25 Jahren häufig vernachlässigt worden. Stattdessen setzten sich in der Wirtschafts- und Finanzpolitik weltweit immer stärker marktradikale



Dem Leben auf der Spur

Das Medienpaket zur Sexualaufklärung

BZgA

Bundeszentrale
für
gesundheitliche
Aufklärung

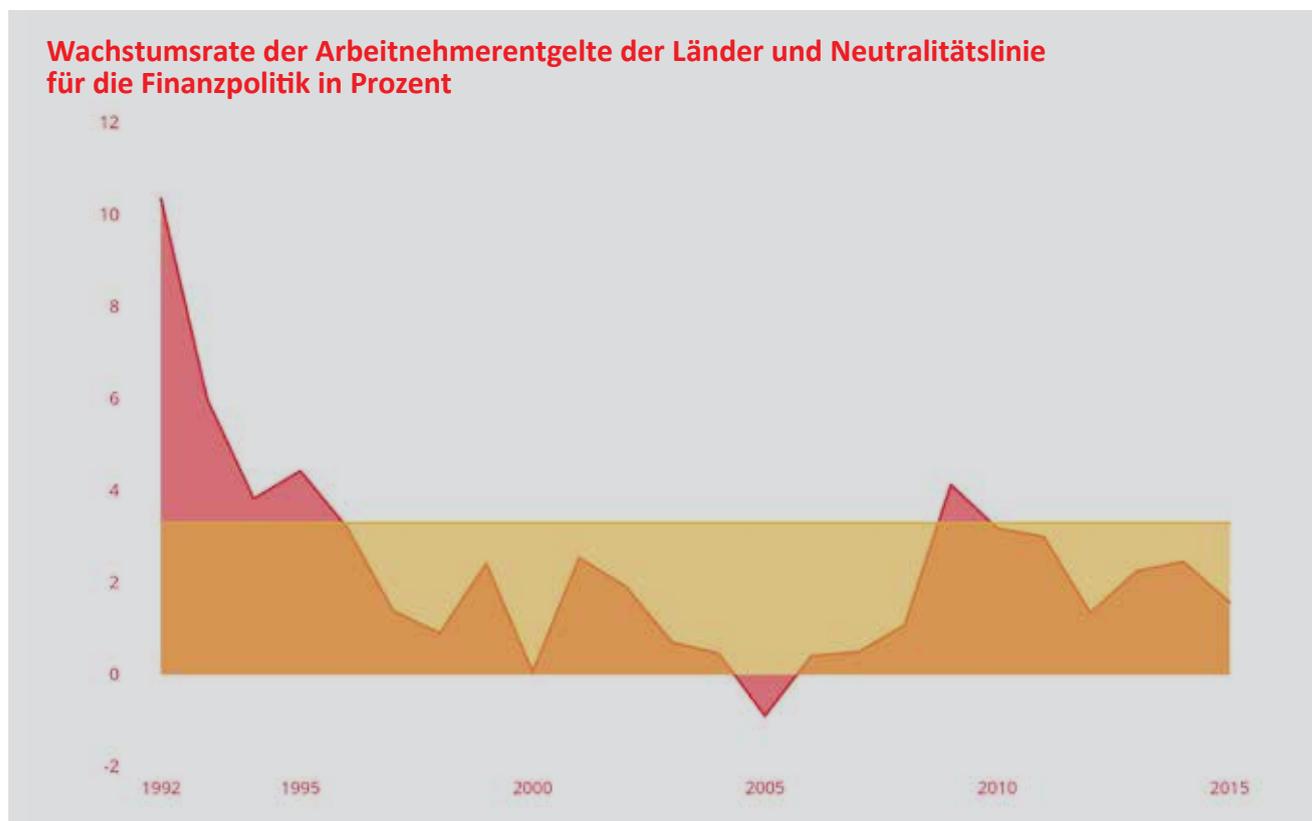
Für Mädchen und Jungen
Für das selbstständige Lesen
Für das gemeinsame Lesen mit den Eltern
Für den Einsatz im Unterricht



Das Medienpaket enthält

- die Geschichte »Dem Leben auf der Spur«
- das Lexikon »Das kleine Körper ABC«
- das Faltblatt »Das Baby im Bauch der Mutter«
- das doppelseitige Plakat »Wenn Eizelle und Samenzelle sich treffen«
- die Anschreiben für Lehr- und Fachkräfte sowie für Eltern und Erziehungsberechtigte.

Bestellen Sie das Medienpaket **kostenlos** unter order@bzga.de oder per Post bei der BZgA, 50819 Köln mit dieser **Bestellnummer: 13160000**



Ideen durch, die den staatlichen Einfluss in Wirtschaft und Gesellschaft weitgehend zurückdrängen wollen. Das schlug sich – wie nicht zu übersehen ist – auch in der Finanzpolitik der Länder nieder. Seit Mitte der 1990er-Jahre ist die Finanzpolitik, was die Ausgaben betrifft, restriktiv. Das heißt, die Länder haben in Zeiten der Konsolidierung ihre Ansprüche an die Wirtschaftsleistung stetig zurückgefahren; in Relation zum BIP sanken die Ausgaben von 13,8 Prozent des BIP Mitte der 1990er-Jahre auf 13 Prozent in 2015. Auf dem Tiefpunkt 2007 lag die Ausgabenquote der Länder sogar lediglich bei 12,2 Prozent des BIP. Dem war eine Phase sehr starker Steuersenkungen vorausgegangen mit entsprechend hohen Budgetdefiziten. Diese führten angesichts der Defizitregeln des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes (SWP)** auf der Ausgabenseite zu großen Anstrengungen der Konsolidierung. Besonders betroffen davon waren stets die Arbeitnehmerentgelte, die im Jahr 2015 nur noch bei vier Prozent des BIP lagen, während sie Mitte der 1990er-Jahre noch 4,7 Prozent des BIP ausmachten. Seit der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise fiel

die Konsolidierung auf der Ausgabenseite deutlich geringer aus als zuvor, weil man auf allzu kostspielige Steuersenkungen – wohl auch mit Blick auf die Schuldenbremse im Grundgesetz – verzichtete. Der Binnennachfrage und der Konjunktur ist dieser moderate Kurs deutlich besser bekommen als der branchiale in der Stagnationsphase im Zeitraum 2001 bis 2005.

Auf Expansion umschalten

Woran sollten sich die Finanzpolitik und damit auch die Ausgaben für die öffentliche Beschäftigung aus makroökonomischer Sicht künftig ausrichten? Konjunkturalneutral wäre es, die Wachstumsrate der Arbeitnehmerentgelte an der durchschnittlichen Wachstumsrate des „nominalen BIP“*** zu orientieren (s. Grafik S. 10 unten). Demnach müssten die Arbeitnehmerentgelte der Länder pro Jahr um 3,3 Prozent zulegen. Seit 20 Jahren ist dieser Wert nur einmal, nämlich 2009, überschritten worden, ansonsten wurde er – insbesondere in der Austeritätsphase, also in Zeiten rigider Sparpolitik, zu Beginn des neuen Jahrtausends – bei weitem unterschritten. Berücksichtigt

man, dass die deutsche Finanzpolitik, um die sehr hohen deutschen Leistungsbilanzüberschüsse einzudämmen, nach mittlerweile einhelliger Meinung vieler internationaler Organisationen wie dem Internationalen Währungsfonds (IWF) oder der Organisation für Entwicklung und wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECD) expandieren müsste, erhöht sich das notwendige Wachstum der Staatsausgaben sogar noch einmal erheblich. Die Finanzpolitik müsste daher deutlich auf Expansion umschalten. Auch die Ausgaben für die öffentliche Beschäftigung müssten steigen, also innerhalb eines gewissen Zeitraums über die Neutralitätslinie – das heißt, dass diese weder einen positiven noch einen negativen Konjunkturimpuls setzt – hinausgehen (s. Grafik oben). Ist solch eine expansive Finanzpolitik mit Sparprogrammen wie dem SWP und der Schuldenbremse vereinbar? Die EU-Kommission hat Deutschland in den vergangenen Jahren auf die noch vorhandenen Spielräume für eine expansivere Finanzpolitik hingewiesen und empfohlen, diese im Sinne der deutschen Konjunktur und zum Abbau der Ungleichgewichte in der

Euro-Zone zu nutzen. Denn selbst im gesetzlichen Rahmen der deutschen Schuldenbremse gibt es kurzfristig für die Länder noch Spielräume: Laut dem deutschen Stabilitätsprogramm und den Finanzplanungen der Länder sollen die Länderhaushalte mittelfristig weiterhin ausgeglichen sein bzw. steigende Überschüsse ausweisen. Die Steuerschätzung signalisiert mittelfristig weiterhin hohe Wachstumsraten der Einnahmen.

Zudem ist zu berücksichtigen, dass sich Mehrausgaben für die öffentlich Beschäftigten zu einem erheblichen Maße selbst finanzieren: Zum einen direkt, weil ein großer Anteil der Gehälter über Sozialversicherungsbeiträge und Einkommensteuern unmittelbar wieder an den Staat zurückfließt. Zum anderen, weil die gestiegenen Nettoeinkommen zu einem Großteil für den privaten Konsum verwendet werden. Die Konjunktur bekäme dann einen Schub, der zu höheren Einnahmen führt. Bedenkt

man zudem, dass auch der Bund und die Kommunen mit ihren Tarifergebnissen nachzögen, profitierten auch die Länderhaushalte indirekt davon. Insgesamt sind Effekte der Selbstfinanzierung in einer Größenordnung von bis zu 40 Prozent für die Länderhaushalte inklusive kommunaler Haushalte realistisch, für den Gesamtstaat noch weitaus mehr. Mittelfristig sich abzeichnende Kollisionen mit den Defizitgrenzen SWP/Schuldenbremse könnten durch gezielte, sozial gerechte Steuererhöhungen für reiche Haushalte und Unternehmen, wie sie auch das GEW-Steuerkonzept**** vorsieht, vermieden werden. Deshalb: Es ist Zeit für einen finanzpolitischen Kurswechsel.

Achim Truger,
Professor für Volkswirtschaftslehre an der Hochschule für Wirtschaft und Recht in Berlin sowie Senior Research Fellow am Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung



***Die Leistungsbilanz umfasst alle Ausgaben und Einnahmen einer Volkswirtschaft, darunter auch Exporte und Importe von Gütern.**

****Das Regelwerk des EU-Stabilitäts- und -Wachstumspakts (SWP) soll die Euro-Länder zu einer soliden Haushaltspolitik zwingen. Das Finanzierungsdefizit darf drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) nicht überschreiten, zudem darf der Schuldenstand nicht höher als 60 Prozent des BIP sein.**

*****Das BIP wird nominal und real errechnet. Das nominale BIP gilt als die gängigste Form, um die Leistungsfähigkeit und Wertschöpfung unterschiedlicher Länder und Regionen zu vergleichen. Es berücksichtigt weder die Inflation noch die Deflation. Bei der Berechnung des nominalen BIP werden die Landeswährungen zu den aktuellen Wechselkursen zugrunde gelegt.**

******www.gew.de/bildungsfinanzierung/gew-steuerkonzept**



Habichtswald-Klinik

Klinik für Ganzheitsmedizin und Naturheilkunde
Psychosomatik · Innere Medizin · Onkologie

Leisten Sie pädagogische Schwerstarbeit?

Fühlen Sie sich ausgebrannt und müde?

... bei uns können Sie wieder Atem schöpfen und neue Kraftquellen erschließen.

Seit über 20 Jahren kombinieren wir aktuelle und bewährte Therapieverfahren der Psychotherapie, der Schulmedizin, des Gesundheitssports und der Naturheilkunde zu einer Ganzheitsmedizin, die zum Ziel hat, Körper, Geist und Seele wieder in eine gesunde Balance zu bringen. So können eigene Fähigkeiten frei entfaltet werden und zur Heilung beitragen. Weitere Informationen zu unseren Spezialkonzepten z.B. bei Burnout, Tinnitus, Depression oder Angsterkrankungen erhalten Sie unter www.habichtswaldklinik.de oder gebührenfrei* unter 0800 890 11 00.

Habichtswald-Klinik · Wigandstraße 1 · 34131 Kassel-Bad Wilhelmshöhe



In den Tarifverhandlungen müssen die Sozialpartner Kompromisse finden.

Foto: Kay Henschelmann

Keine einfache Sache

// Die Lohnforderung der Gewerkschaften für eine Tarifrunde wird nicht ausgewürfelt, sondern ist gut begründet. //

Es scheint ganz einfach zu sein: Die Beschäftigten möchten, dass ihre Arbeit möglichst gut bezahlt wird. Daher stellen die Gewerkschaften satte Lohnforderungen auf und versuchen, das maximal Mögliche zu erzielen. Die Arbeitgeber wollen möglichst billige Arbeitskräfte. Daher kommt es alleine darauf an, sie durch massive Streiks in die Knie zu zwingen. Das Tarifergebnis ist ausschließlich von der Durchsetzungskraft der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaft abhängig.

Doch in der Realität läuft es anders. Selbst in hoch organisierten Bereichen wie der chemischen Industrie entsprechen die Tarifergebnisse nicht den maximalen Forderungen der Gewerkschaften. Die Sozialpartner finden Kompromisse, weil es auch nicht im Interesse der Beschäftigten ist, die Arbeitgeber in den Ruin zu treiben.

Aber wie sieht ein vernünftiger Kompromiss aus? Dabei sind branchenbezogene Aspekte und die wirtschaftliche Situation des konkreten Arbeitgebers

zu bedenken. Vor allem aber geht es um volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen. Einerseits muss das Einkommen der Beschäftigten mit steigenden Lebenshaltungskosten Schritt halten. Andererseits lässt sich nur mehr verteilen, wenn die wirtschaftliche Entwicklung positiv ist. Das gilt indirekt auch für die öffentlichen Arbeitgeber, die sich aus Steuern finanzieren. Wenn die Wirtschaft wächst, nimmt der Staat in der Regel auch mehr Steuern ein – sofern dieser Effekt nicht durch „Steuer geschenke“ an die Unternehmen aufgezehrt wird.

Diesen Zusammenhang gilt es klarzumachen. Deshalb begründen Gewerkschaften ihre Forderungen nach höheren Löhnen stets mit volkswirtschaftlichen Daten. Die Wichtigsten seien kurz erläutert:

Bruttoinlandsprodukt (BIP)

Das BIP ist die Summe aller in einem Zeitraum im Inland produzierten Güter und Dienstleistungen.

Produktivität

Unter Produktivität, genauer Arbeitsproduktivität, versteht man die Wirtschaftsleistung pro eingesetzter Arbeits-

stunde. Volkswirtschaftlich betrachtet bildet sie das Verhältnis von BIP und der gesamtgesellschaftlichen Arbeitsleistung ab. Bei Produktionsbetrieben leuchtet es sofort ein, dass die Beschäftigten an einer wachsenden Produktivität teilhaben wollen: Wenn die gleiche Belegschaft im vergangenen Jahr Waren im Wert von einer Million Euro produziert hat und in diesem Jahr im Wert von 1,1 Millionen Euro, ist die Arbeitsproduktivität um zehn Prozent gestiegen. Das soll sich auch in den Löhnen niederschlagen.

Aber wie produktiv ist der öffentliche Dienst? Da dieser keine Produkte verkauft, behelfen sich die Statistiker mit einem Trick: Sie messen die Produktion über den Aufwand. Die öffentlichen Bediensteten sind dadurch rechnerisch umso „produktiver“, je „teurer“ sie sind. Gesamtwirtschaftlich hingegen schlägt sich die „Produktivität“ eines funktionierenden öffentlichen Dienstes sehr wohl nieder: Wenn die Betriebe von guter Infrastruktur, hoher Rechtssicherheit und gut ausgebildeten Bewerberinnen und Bewerbern profitieren, können sie bei gleichem eigenen Einsatz mehr produzieren. Es ist also durchaus legitim, wenn die Be-

schäftigten im öffentlichen Dienst ihren Anteil am gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritt einfordern.

Lebenshaltungskosten

Die Lebenshaltungskosten sind nicht allein vom Preisanstieg abhängig, sondern auch von sich wandelnden Lebensweisen und Konsumgewohnheiten. Immer mehr Menschen leben alleine und/oder in großen Städten, in denen die Mieten höher sind. Außerdem wirkt sich die Teuerung je nach Verdienst unterschiedlich aus: Wer einen Großteil seines Einkommens für unverzichtbare Grundbedürfnisse (Miete, Energie, Lebensmittel) ausgibt, dessen Möglichkeiten sind geringer, Preissteigerungen durch ein anderes Konsumverhalten auszugleichen.

Inflationsrate

Für die Beschäftigten spielen zwar ihre persönlichen Lebenshaltungskosten die entscheidende Rolle, als gesamtwirtschaftliche Messzahl eignen sie sich jedoch nicht. Deshalb bilden Statistiker den Anstieg der Lebenshaltungskosten durch zusammenfassende statistische Größen ab. Die wichtigste: der Index der Verbraucherpreise, den das Statistische Bundesamt in Wiesbaden ermittelt. Er misst die Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die private Haushalte im Inland für Konsumzwecke kaufen. Daneben ermitteln die Statistiker Indexreihen für bestimmte Haushaltstypen, etwa Singles oder Familien mit Kindern. Die Inflationsrate misst, wie stark sich der Verbraucherpreisindex im Zeitablauf verändert.

Verteilungsneutraler Spielraum

Seit Jahren liest man, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich in Deutschland immer weiter öffnet und der gesellschaftliche Reichtum zunehmend ungleicher verteilt wird. Das lässt sich nicht allein über Tarifverhandlungen lösen. Viele Menschen werden nicht nach

Tarif bezahlt oder sind auf soziale Transferleistungen angewiesen. Gleichwohl ist es ein wichtiges Ziel der Gewerkschaften, dass die Tarifröhne mindestens so stark steigen wie die Kapitaleinkommen. Salopp gesagt geht es darum, wie „der Kuchen“ zwischen den Sozialpartnern verteilt wird. Der „Verteilungsneutrale Spielraum“ beschreibt nun, wie der Zuwachs der Produktion (also „des Kuchens“) verteilt werden muss, damit dieser im gleichen Verhältnis auf Arbeitgeber und Arbeitnehmer verteilt wird wie der restliche „Kuchen“. Der „Spielraum“ errechnet sich aus der Inflationsrate und der Produktivitätsentwicklung.

Die Gewerkschaften legen dabei häufig nicht die Wirtschaftsdaten vergangener Jahre zugrunde, sondern die Zielinflationsrate der Europäischen Zentralbank (EZB) und den Produktivitätstrend. Der Grund: Die höheren Tarife, die sie durchsetzen wollen, liegen noch in der Zukunft und sollten sich daher an volkswirtschaftlichen Zielgrößen und längerfristigen Entwicklungstrends orientieren. So ist die Lohnentwicklung unabhängiger von kurzfristigen Schwankungen und stabilisiert zugleich die Konjunktur.

Umverteilung

Die gewerkschaftlichen Forderungen enthalten meist auch eine „Umverteilungskomponente“: Die Beschäftigten sollen mehr vom „Kuchen“ erhalten. Das ist gerecht, denn ohne ihre Arbeitsleistung würde nichts erwirtschaftet. Dazu kommt: Der Anteil der Lohn-einkommen am BIP ist heute viel niedriger als in den 1970er-Jahren. Diesem Trend wollen die Gewerkschaften mit Tarifabschlüssen, die über den verteilungsneutralen Spielraum hinausgehen, entgegensteuern.

Gesa Bruno-Latocha und Oliver Brüchert, Referenten im GEW-Arbeitsbereich Tarif- und Beamtenpolitik



Privatklinik Eberl BAD TÖLZ

Alle Zulassungen für Sanatoriums- und stationäre Maßnahmen:

Psychosomatik / Burn-Out
Orthopädie
Innere Medizin

- modernste Diagnostik und Therapie
- großer Fitnessraum, Sauna, Dampfbad
- Thermal-Schwimmbad (31 – 32 °C)

Kostenträger: Beihilfe und private Krankenkassen



Privatklinik Eberl Telefon: 08041.78 72-0
Buchener Straße 17 Fax: 08041.78 72-78
D – 83646 Bad Tölz info@privatklinik-eberl.de
www.privatklinik-eberl.de



Weitere Informationen: www.haus-nazareth-sig.de

Wir suchen für unsere **Sebastian-Ott-Schule (SBBZ)** zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine/n

stellvertretende/n **SCHULLEITER/IN**
- mit der Perspektive der **Leistungsübernahme.**



Wir sind ein freier, kirchlicher Träger der Jugendhilfe für die Region Sigmaringen und Zollernalb (450 Mitarbeiter). Unsere traditionsreiche Einrichtung mit vielfältigem Begleitungs- und Unterstützungspotenzial liegt im sympathischen Schul- und Lebensstandort Sigmaringen im wunderschönen Donautal und in Bodenseenähe.

Unsere Schule mit Stammschule samt Intensivbeschulungseinheiten und einer Außenstelle ist eine staatlich anerkannte Ersatzschule. Es besteht daher die **Möglichkeit der Verbeamtung.** Die Bildungsgänge umfassen Grund-, Haupt- und Förderschule.

Sie haben ein abgeschlossenes Studium der Sonderpädagogik - (1. + 2. Staatsprüfung) - und arbeiten gerne auf der Grundlage eines christlichen Menschenbildes?

Wir freuen uns auf Ihre aussagekräftige Bewerbung!

Peter Baumeister, Direktor
Brunnenbergstr. 34
72488 Sigmaringen
bewerbung@haus-nazareth-sig.de



Forderungspaket mit sechs Prozent Gesamtvolumen

// Ein Forderungspaket mit einem Gesamtvolumen von sechs Prozent haben die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes mit Blick auf die Tarifrunde für die bei den Ländern Beschäftigten geschürzt. //

Teil des Katalogs ist eine Gehaltserhöhung mit sozialer Komponente in Form eines Sockel- oder Mindestbetrages. Für die Entgeltgruppen 9 bis 15 im Tarifvertrag der Länder (TV-L) sollen die zusätzliche Entwicklungsstufe 6 eingeführt und weitere strukturelle Verbesserungen bei der Eingruppierung übernommen werden. Gleichzeitig sollen die Einkommen der Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst (SuE) der Länder so angehoben werden, dass sie das Niveau vergleichbarer Arbeitnehmer bei Bund und Kommunen erreichen. „In dieser Tarifrunde wollen wir Anschluss an die Entwicklung der Gehälter der im öffentlichen Dienst bei Bund und Kommunen Beschäftigten halten. Zum 1. Februar 2017 klappt zu den Länder-Beschäftigten eine Lücke von rund vier Prozent, die geschlossen werden muss. Auch die Gehälter in der Privatwirtschaft dürfen nicht weiter davonziehen. Schließlich erreichen die Steuereinnahmen Rekordwerte: Dafür haben die Beschäftigten mit ihrer Arbeit die Voraussetzungen geschaffen, jetzt müssen sie an dieser Entwicklung beteiligt werden“, sagte GEW-Vorsitzende Marlis Tepe während der Tarif-Presskonferenz der Gewerkschaften ver.di, GdP und GEW sowie des Beamtenbundes Mitte Dezember in Berlin. „Deutschland braucht einen handlungsfähigen Staat mit hoch qualifizierten und motivierten Beschäftigten. Der öffentliche Dienst muss für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer attraktiv bleiben: Dazu gehören nicht zuletzt eine gute Bezahlung und faire Arbeitsbedingungen. Dies gilt insbesondere mit Blick auf die Ausbildung und Einstellung zusätzlicher Lehrkräfte. Sonst steuern wir geradewegs in einen Lehrermangel.“

Um die Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst attraktiver zu gestalten, müsse die Zahl der befristeten Arbeitsverhältnisse, insbesondere an den Hochschulen, gesenkt werden, betonte Tepe: „Gerade jüngeren Menschen, die den Einstieg in das Berufsleben schaffen wollen, werden häufig nur befristete Stellen angeboten. In dieser Frage müssen die Arbeitgeber ihre Einstellungspolitik korrigieren, sonst fehlt perspektivisch der im öffentlichen Dienst dringend benötigte Nachwuchs.“

Der Auftakt zur Tarifrunde findet am 18. Januar in Berlin statt. Verhandelt wird für rund eine Million im öffentlichen Dienst der Länder Beschäftigte. Die rund 200 000 angestellten Lehrkräfte bilden die größte Berufsgruppe der Länder-Arbeitnehmer.

Der Tarifvertrag soll zwölf Monate laufen. Die Gewerkschaften verlangen die zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten sowie die Versorgungsempfänger.

Ulf Rödde,
Redaktionsleiter der „Erziehung und Wissenschaft“



Foto: Kay Hirschelmann

Andreas Gehrke

Ehrgeiziges Ziel

Das Forderungspaket, mit dem die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes in die Länder-Tarifrunde 2017 starten, ist ehrgeizig (s. Artikel links). Setzen wir es durch, werden alle GEW-Mitglieder im Länderbereich profitieren: die tarifbeschäftigten Lehrkräfte, für die die Stufe 6 in den oberen Entgeltgruppen einen deutlichen Einkommenszuwachs bedeuten würde – entweder sofort, mindestens aber perspektivisch. Die Kolleginnen und Kollegen im Sozial- und Erziehungsdienst (SuE) der Länder, die die in zwei heftigen Tarifbewegungen 2009 und 2015 bei den Kommunen erstrittene finanzielle Aufwertung ihrer Arbeit (E&W berichtete) endlich auch gerne auf ihrem Gehaltszettel hätten. Schließlich: Die Beamtinnen und Beamten, deren Besoldung angehoben würde – entsprechend der Tabellenerhöhung für die Tarifbeschäftigten. Das erreichen wir allerdings nur, wenn alle gemeinsam an einem Strang ziehen. Das heißt: Die GEW-Kolleginnen und -Kollegen müssen bei sämtlichen Aktionen, Demonstrationen und Kundgebungen sehr zahlreich vertreten sein. Das gilt erst recht für die mit hoher Wahrscheinlichkeit notwendigen Streiks. Fest steht: Ohne eine hohe Aktionsbereitschaft kann die GEW ihre Forderungen nicht durchsetzen. Allen Beschäftigten muss bewusst sein, dass sie nur gemeinsam eine „kräftige Lohnerhöhung“ (s. S. 2) erkämpfen können. Denn es ist ein Trugschluss zu glauben, allein aus den Verhandlungsrunden ergäbe sich schon eine Erhöhung der Gehälter. Und noch einmal: Alle müssen gemeinsam auf die Straße gehen. Die besonderen Interessen der jeweiligen Beschäftigtengruppen der Länder dürfen deshalb nicht dazu führen, dass sich deren Engagement lediglich auf diese Forderungen beschränkt. Es bleibt dabei: Nur zusammen sind wir stark und in der Lage, unser ehrgeiziges Ziel umzusetzen.

Andreas Gehrke,
GEW-Vorstandsmitglied Tarif- und Beamtenpolitik

L-€go - ein schwieriger Weg

// Um was geht es bei der Lehrkräfte-Entgeltordnung (L-Ego)? Was ist bisher geschehen und wie geht es weiter? //

In den 1960er- und 1970er-Jahren haben die Länder Lehrkräfte in aller Regel verbeamtet. Nur ausnahmsweise – wenn die Voraussetzungen für eine Verbeamtung nicht vorlagen, z. B. wenn eine Lehrkraft zu alt war – hat der Arbeitgeber diese als Angestellte eingestellt. Es

war daher naheliegend, die Eingruppierung angestellter Lehrkräfte an die Besoldung der Beamtinnen und Beamten anzulehnen. Denn nicht die Tätigkeit ist für die Eingruppierung entscheidend, sondern die „laufbahnrechtlichen Voraussetzungen“, die sich aus den jeweiligen Besoldungsvorschriften ergeben. In Form der „Lehrer-Richtlinien der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL)“ sind diese auf angestellte Lehrkräfte übertragen worden. Die Arbeitgeber hatten

diese einseitig, also ohne Beteiligung der Gewerkschaften, festgeschrieben. Die Bundesländer haben die Richtlinien direkt von der TdL übernommen oder sie den länderspezifischen Besonderheiten angepasst. Was damals eine Ausnahme war, ist heute in einigen Ländern die Regel, in anderen zumindest nicht mehr ungewöhnlich: angestellte Lehrkräfte im öffentlichen Dienst. Teilweise sind diese Beschäftigungsverhältnisse eine Folge der Wiedervereinigung: Die östlichen

►
FORUM
BILDUNG
HALLE 1

►
FORUM
UNTERRICHTS
PRAXIS
HALLE 1

FORUM
BERUFLICHE
BILDUNG
HALLE 6

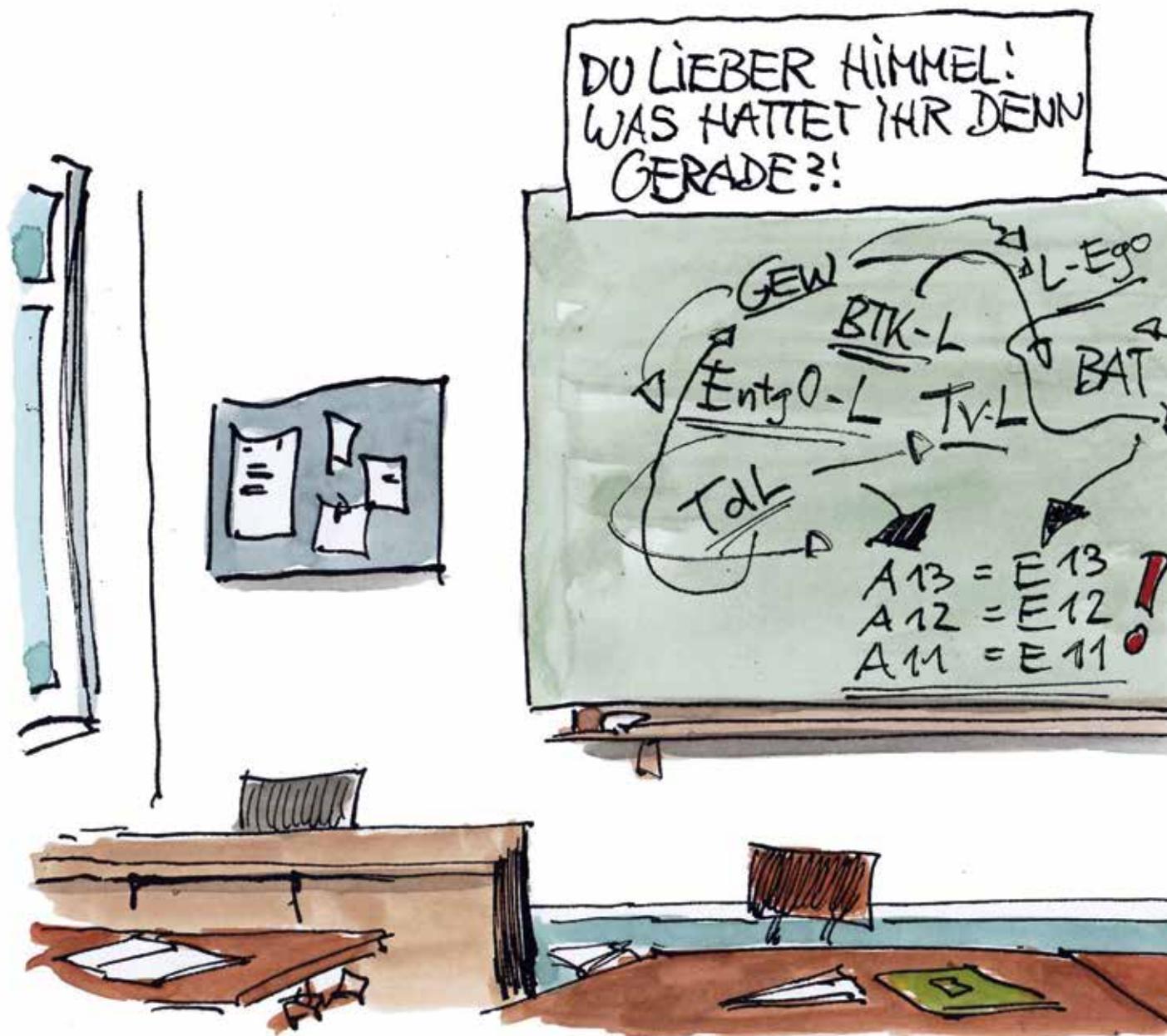
DIDACTA DIE BILDUNGSMESSE IN STUTTGART

Aktuelle **Themen**, prominente **Referenten**,
spannende **Debatten**

Alle Infos:
www.bildungsmedien.de/didacta

Der Verband Bildungsmedien ist ideeller Träger der didacta – die Bildungsmesse (14. bis 18. Februar 2017, Messe Stuttgart). Der Besuch der Veranstaltungen ist im Rahmen des Messebesuchs kostenfrei und ohne Anmeldung möglich.

►
VERBAND
BILDUNGS
MEDIEN



Bundesländer hatten mit der Abwanderung vieler Menschen zu kämpfen und wollten Lehrkräfte deshalb nicht als Beamte auf Lebenszeit einstellen. Aktuell steigt der Bedarf an Lehrkräften. Da in den vergangenen Jahren zu wenig Nachwuchspädagogen ausgebildet worden sind, steuert Deutschland auf einen Lehrkräftemangel zu. Schon jetzt können mehrere Bundesländer den Bedarf nicht mehr decken und stellen deshalb Seiten- und Quereinsteiger ein – als Angestellte, weil sie die Voraussetzungen für eine Verbeamtung nicht erfüllen.

Bis 2006 galt für angestellte Lehrerinnen und Lehrer der Bundesangestelltentarifvertrag (BAT). Dieser ist durch den Tarifvertrag der Länder (TV-L) abgelöst worden. Weder im BAT noch im TV-L gibt es jedoch Eingruppierungsre-

gelungen für Lehrkräfte. Die Länder haben Lehrerinnen und Lehrer nach den einseitig von den Arbeitgebern festgelegten „Lehrer-Richtlinien“ in die Entgelttabelle des TV-L eingruppiert. Bei der Reform des Tarifrechts der Länder 2006 hatten Arbeitgeber und Gewerkschaften vereinbart, auch für die Lehrkräfte eine Lösung zu finden, wenn sie über eine allgemeine Entgeltordnung verhandeln. Am Ende sollte eine Lehrkräfte-Entgeltordnung (L-Ego) stehen. Bis dahin war und ist (!) es allerdings ein langer und steiniger Weg. Unterwegs konnte die GEW zwar den ein oder anderen kleinen Erfolg verbuchen – 2006 die Abschmelzung des „Lehrerabschlags“, 2009 die faktische Verkürzung der Laufzeit der Erfahrungsstufe 1 durch die Anrechnung des Vorberei-

tungsdienstes und 2011 Verbesserungen für Lehrkräfte in den Entgeltgruppen (E) 6 bis E 8. Als aber am 1. Januar 2012 das neue Eingruppierungsrecht für die Tarifbeschäftigten des öffentlichen Dienstes in Kraft trat, standen die Lehrkräfte weiter ohne eigene Entgeltordnung da. Denn die Angebote, die die TdL der GEW zur Eingruppierung der Lehrkräfte in der (den) Tarifrunde(n) 2011 (und später auch 2013) gemacht hatte, waren schlicht nicht akzeptabel. Erst 2014 kam es wieder zu Gesprächen zwischen GEW und TdL. Die Arbeitgebervertretung lehnte Verhandlungen auf Landesebene ab, zeigte aber im Vorfeld der Tarifrunde 2015 Interesse an erneuten bundesweiten Einigungsgesprächen. Sie stellte allerdings eine Vorbedingung für die Aufnahme der Gespräche: eine



Cartoon: Thomas Plaßmann

ser eingruppiert werden, verlangte die TdL die Verhandlungen in die Länder-Tarifrunde 2015. Doch während der Tarifrunde war die Paralleltabelle für die Arbeitgeber dann kein Thema mehr. Auf der Suche nach Kompromissen schlug die GEW einen gestuften Einstieg in die Paralleltabelle bis 2017 mit einer Zulage von 60 Euro und einem verbindlichen Stufenplan vor. Die TdL bot daraufhin eine Zulage von 30 Euro ohne jede zeitliche Perspektive an, die sogenannte „Angleichungszulage“. Gleichzeitig brachte das TdL-Angebot für einige Beschäftigtengruppen gegenüber den Lehrer-Richtlinien sogar Verschlechterungen mit sich. Noch während die Bundestarifkommission Länder (BTK-L) der GEW tagte und über weitere Kompromisslinien diskutiert hat, preschte jedoch der dbb beamtenbund und tarifunion (dbb) im Alleingang vor und nahm das Angebot der TdL an. Damit schnitt der dbb der GEW den Weg zu weiteren Verhandlungen ab.

Vollendete Tatsachen

Obwohl der „Tarifvertrag Entgeltordnung Lehrkräfte (TV EntgO-L)“, auf den sich Arbeitgeber und dbb verständigt hatten, nur für Mitglieder des dbb gilt, schuf die TdL vollendete Tatsachen und wendete ihn auf alle tarifbeschäftigten Lehrkräfte an. Für alle Lehrerinnen und

mögliche L-Ego müsse sich am Beamtenrecht orientieren. Nach intensiven Diskussionen ließ sich die GEW auf diese Prämisse ein und setzte sich mit der TdL in acht Verhandlungsrunden über grundsätzliche strukturelle Fragen einer L-Ego auseinander. Diese sollte differenziert nach Ausbildung und Qualifikation der Beschäftigten auch die länderspezifischen Besoldungsregelungen berücksichtigen. Minimalziel der GEW: die Paralleltabelle, d. h. die numerisch gleiche Zuordnung der Entgeltgruppen zu den Beamtenbesoldungsgruppen nach dem Schema „A 12 = E 12“, „A 11 = E 11“. Mit dem Argument, dies koste Geld, weil Lehrkräfte dadurch bes-

Lehrer, die seit dem 1. August 2015 neu eingestellt worden sind, wurde das sofort umgesetzt, alle anderen Beschäftigten befinden sich nach Auffassung der TdL zunächst nur „unter dem Dach“ des Tarifvertrages. Beantragt eine Lehrkraft eine „Angleichungszulage“ oder Höhergruppierung, oder ändert sie ihre Tätigkeit, solle der TV EntgO-L – so die TdL – direkt gelten. Die GEW hat sich während ihrer tarifpolitischen Konferenz im Juni 2016 mit Blick auf die unterschiedlichen Verhältnisse in den 15 Bundesländern (Hessen ist nicht Mitglied der TdL, hier gilt ein Landestarifvertrag) ausführlich mit der Eingruppierung tarifbeschäftigter Lehrkräfte befasst. Sie setzt sich weiter dafür ein, die Situation angestellter Lehrkräfte zu verbessern. Die Bildungsgewerkschaft hat jetzt zwei Möglichkeiten: Entweder sie lehnt den bestehenden TV EntgO-L weiterhin ab. Das heißt, die GEW könnte gegen die zweifelhafte Praxis der TdL, in den TV EntgO-L alle Tarifbeschäftigten einzubeziehen, gerichtlich vorgehen, wenn ihre Mitglieder dadurch finanzielle Nachteile haben, dass der Tarifvertrag für sie angewandt wird. Diese Situation kann eintreten, da der Vertrag im Detail sehr kompliziert ist und nicht alle neuen Regelungen für alle Beschäftigten Vorteile bringen. Parallel dazu kann die GEW dann weiter für eine L-Ego nach eigenen Vorstellungen kämpfen.

Oder die Bildungsgewerkschaft kann versuchen, an dem ohne sie abgeschlossenen und angewandten Vertrag zu arbeiten und innerhalb dieses Tarifwerkes Verbesserungen für die Lehrkräfte durchzusetzen. Beide Wege werden in der GEW intensiv diskutiert und vorbereitet.

Dagmar Roselieb,
Referentin für Beamten- und
Tarifpolitik, GEW-Hauptvorstand

Weitere Informationen unter
www.gew.de/tarif/tv-l/l-ego

Unsere Baubiologen
schaffen täglich für nichts:
Keine Luftschadstoffe.
Kein Elektromog.
Keine allergieauslösenden
Baumaterialien.



BAUFRITZ VERZICHTET ZU 100% AUF GESUNDHEITS-BEDENKLICHE BAUSTOFFE

Unsere Fachberater sind keine Gesundheitsapostel. Sondern zertifizierte Baubiologen (IBN) und damit das Beste, was Ihnen beim Hausbau passieren kann. Ob Elektromog-Schutzebene ‚Xund-E‘, Raumluftmessung, Schadstoffprüfung oder allergikergerichtetes Wohnen – wir haben etwas gegen gesundheitsbedenkliche Stoffe. Das versprechen wir Ihnen!

www.baufritz-ew.de

120 JAHRE
GESUNDES BAUEN



BAUFRITZ
Der Ökohaus-Pionier seit 1896



Bei der Veröffentlichung der aktuellen PISA-Studie ist eine Kontroverse zwischen internationalen und deutschen PISA-Forschern entbrannt. Hintergrund ist wohl auch die zunehmende Testmüdigkeit in der Kultusministerkonferenz.

Methoden-Stunk um PISA-Punkte

// Drei neue Schulstudien, vorgelegt innerhalb von nur sechs Wochen vor Weihnachten: Die Öffentlichkeit ist verwirrt, einige Kultusminister zeigen sich an den fast 2 000 Seiten starken Auswertungen desinteressiert. PISA & Co. haben – in der Masse vorgelegt – ihren politischen Schrecken verloren. //

Viele staunten nicht schlecht, als am Nikolaustag fast die gesamte „Crème de la Crème“ der deutschen Bildungsforschung im Saal der Bundespressekonferenz in Berlin überraschend Platz nahm: von Petra Stanat, Chefin des ländereigenen Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB), bis hin zu Eckhard Klieme, Direktor des Deutschen Instituts für internationale Pädagogische Forschung (DIPF). Nein, diesmal saßen sie nicht auf dem Podium – sondern hinten auf den Zuschauerplätzen. Denn oben am Mikrophon hatte die „Konkurrenz“ das Wort: die „PISA-Macher“ (PISA steht für „Programme of International Student Assessment“) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in Paris. Und wer schon am Eingang das für die Präsentation ausgelegte Material begutachten konnte, dem war schnell klar: Hier liegt innerhalb der Zunft kräftig „Stunk“ in der Luft. In einem 18-seitigen, eng bedruckten „Persönlichen Au-

torenexemplar/Sonderdruck“ machten gleich mehrere deutsche Schulforscher, darunter Olaf Köller vom Leibniz-Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften (Kiel), massiv Front gegen die OECD-These, dass die neuen PISA-Ergebnisse aus 2015 mit denen früherer Tests zu vergleichen seien. Anders als bei den Untersuchungen zuvor hatten die 15-Jährigen diesmal die Aufgaben nicht mehr mit „Papier und Bleistift“ lösen müssen, sondern mit Hilfe von Laptops – entweder mit schuleigenen Geräten oder eigens für den Test bereitgestellten Computern. Analysen belegten aber, so die deutschen Wissenschaftler in ihrer Kritik, „dass die Veränderung von Papier- und Bleistift-Tests auf Computertesting die Trendschätzung für Deutschland verzerrt haben könnte“.

Offene Kontroverse

Auch die vom Bundesbildungsministerium und der Kultusministerkonferenz (KMK) beauftragten deutschen PISA-Begleit-Autorinnen und -Autoren um die Münchner Mathematik-Didaktik-Professorin Kristina Reiss mahnten, bei dem aktuellen Leistungsvergleich mit früheren Erhebungsrunden sei „Vorsicht geboten“. Zu ihren Erfahrungen im Umgang mit Computern befragt, zeigten sich Jugendliche in Deutschland zwar „durchaus selbstbewusst. Im Unterricht nutzen sie den Computer aber



Heino von Meyer, deutscher OECD-Vertreter in Berlin, präsentierte am 6. Dezember vergangenen Jahres die neue PISA-Studie – die Erhebung über den Leistungsstand 15-jähriger Schülerinnen und Schüler.

im internationalen Vergleich eher wenig“, schreiben die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in ihrer deutschen Expertise „PISA 2015“.

Nun gab es in den vergangenen 15 Jahren der „PISA-Testeritis“ häufiger schon einen Interpretationsstreit zwischen dem PISA-Koordinator der OECD, Andreas Schleicher, deutschen Bildungsforschern wie auch vor allem konservativen Kultusministern. Doch noch nie wurde eine Kontroverse so offen wie diesmal

Foto: dpa

„vor Publikum“ ausgetragen. Dabei ist es nicht das erste Mal, dass seit der ersten Erhebung im Jahr 2000 sozialwissenschaftliche Methoden und Aufgabstellungen der internationalen Langzeituntersuchung verändert, nachjustiert oder aktualisiert wurden. Das machten aber nicht nur die internationalen PISA-Forscher in Paris, das gilt ebenso für die deutsche Seite – besonders bei dem für die Bundesrepublik nach wie vor so heiklen Thema der Messung von Herkunft und Bildungserfolg.

Doch worum geht es jetzt bei dem absurd anmutenden Streit um ein gutes Dutzend Punkte? Untersuchungsschwerpunkt 2015 waren die Naturwissenschaften. Mit einem Mittelwert von 509 Leistungspunkten liegt Deutschland signifikant über dem OECD-Schnitt – ähnlich wie bereits 2006, als die Naturwissenschaften ebenfalls Schwerpunkt des internationalen Schulleistungsvergleichs waren. Auf dieses Ergebnis könnten die deutschen Kultusminister fast stolz sein: Denn innerhalb der Europäischen Union (EU) waren bei dem jüngsten Test in diesem Fach nur noch die 15-Jährigen aus Estland (534) und Finnland (531) besser als die Gleichaltrigen in der Bundesrepublik. Im Vergleich zu 2012 allerdings – bei dem die Naturwissenschaften nur einen untergeordneten Untersuchungsbereich bildeten – fiel die deutsche Punktzahl dagegen um 15 Punkte zurück. Können es aber 15-Jährige in Deutschland tatsächlich „nur mit Papier und Bleistift“?

„Nebelkerzen“

Oder sind das einfach nur „Nebelkerzen“ in einem kaum noch nachvollziehbaren Streit in der Wissenschaft? Der deutsche OECD-Vertreter in Berlin, Heino von Meyer, warnte eindringlich vor einem solchen Schluss. Die OECD beruft sich dabei – wie allerdings auch die deutschen Bildungsforscher – auf die Resultate eines Feldtests aus dem Jahr 2014. Diese Daten ließen „in der Tat nicht darauf schließen, dass Jugendliche in Deutschland mehr Schwierigkeiten mit dem computergestützten Test hatten als Gleichaltrige in anderen Teilnehmerländern“, so die OECD. Die deutschen Wissenschaftler widersprechen – aber die internationale Wirt-

schaftsorganisation bleibt bei ihrer These: „Angesichts der sich anbahnenden ‚vierten industriellen Revolution‘ dürfte sich die Zeit der Beurteilung von Schülerleistungen anhand von Papier- und Bleistift-Tests ihrem Ende zuneigen.“ Dabei kommt die Kontroverse nur wenige Wochen vor den für Ende Januar angestrebten Bund-Länder-Gesprächen über eine flächendeckende „Digitalisierungsstrategie“ in den deutschen Schulen. Bundesbildungsministerin Johanna Wanka (CDU) hatte unlängst den Kommunen für 2018 bis 2021 fünf Milliarden Euro in Aussicht gestellt. Nicht nur die Opposition, auch SPD-Bildungspolitiker bezweifeln allerdings, dass Wanka dafür schon den Segen von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) hat.

Bereits zwei Tage nach der PISA-Präsentation beschlossen die 16 Kultusminister einhellig ihr neues Konzept für das digitale Lernen, über das sie nunmehr mit dem Bund verhandeln wollen. Für Lehrpläne, Inhalte und Lehrerfortbildung wollen die Länder verantwortlich sein. Für die technische Ausstattung verlangen sie hingegen kräftig Geld vom Bund. Manch einer erinnert sich: Die frühere Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn (SPD) hatte schon vor 15 Jahren eine Debatte über einen bezahlbaren „Schülerlaptop für alle“ angestoßen, die jedoch im Sande verlief. Auch die Industrie wollte darauf nicht anspringen.

Die Kontroverse zwischen internationalen und deutschen PISA-Forschern ist auch vor dem Hintergrund einer zu-

PISA

Die weltweite Schulleistungsstudie PISA („Programme of International Student Assessment“) wird seit 2000 im Dreijahresrhythmus von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) erhoben. Insgesamt nahmen 540 000 Jungen und Mädchen an der Untersuchung 2015 teil, in Deutschland 6 500. Getestet wurden 15-Jährige aus 72 Staaten, darunter alle 35 OECD-Industrienationen. Schwerpunkt der Ende 2016 veröffentlichten Studie waren die Naturwissenschaften.

Einige ausgewählte deutsche Ergebnisse:

- Rund elf Prozent der 15-Jährigen gehören nach den PISA-Kategorien zu den besonders leistungsstarken Schülerinnen und Schülern – Deutschland erzielt damit drei Prozentpunkte mehr als der OECD-Schnitt, der bei acht Prozent liegt.
- 12,4 Prozent der Jungen erreichen in den Naturwissenschaften die höchsten Kompetenzstufen fünf und sechs, aber nur 8,7 Prozent der Mädchen schaffen das. Mädchen gehen seltener davon aus, später einmal einen naturwissenschaftlichen Beruf zu wählen: Bei den Jungen sind dies 17,4 Prozent, bei den Mädchen nur 13,2 Prozent.
- Der Leistungsunterschied in den Naturwissenschaften bei 15-Jährigen aus der obersten sozialen Schicht und Gleichaltrigen aus der untersten sozialen Gruppe ist in Deutschland größer als im Schnitt der anderen OECD-Industrienationen. So erzielten Jungen und Mädchen aus dem obersten sozialen „Quartil“ (Eltern sind Akademiker und in leitender Stellung, hohes Einkommen) bei dem Test 569 PISA-Leistungspunkte. Jungen und Mädchen aus dem untersten sozialen „Quartil“ erreichten hingegen nur 466 Punkte. Zu dieser Gruppe gehören Kinder von ungelerten Eltern, Langzeitarbeitslosen oder aus Migrantenfamilien ohne ausreichende Deutschkenntnisse. Dieser Leistungsabstand von 103 PISA-Punkten entspricht einem Lernvorsprung von etwa zweieinhalb Schuljahren. Im OECD-Schnitt beträgt dieser Abstand 88 Punkte.
- Im OECD-Schnitt werden die Jugendlichen erst ab dem Alter von 14 Jahren in verschiedene Schulformen aufgeteilt. In Deutschland erfolgt dies in der Regel hingegen bereits mit zehn Jahren. Die PISA-Ergebnisse zeigen, dass die Kluft zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg umso geringer ist, je später die Mädchen und Jungen in verschiedene Bildungsgänge sortiert werden und je geringer der Prozentsatz der Klassenwiederholer ist.

K.-H. R.



Foto: imago

Prof. Wilfried Bos stellte Ende November 2016 in Berlin die aktuellen Ergebnisse der internationalen TIMSS-Studie, die die Kompetenzen der Viertklässler in Mathe und Naturwissenschaften untersucht, vor.

nehmenden „Testmüdigkeit“ innerhalb der KMK zu sehen. Es zeichnet sich ein Wettstreit um die knapper werdenden Forschungsmittel ab. Nur wenige Tage vor der PISA-Veröffentlichung war in der Hauptstadt die internationale Studie „Trends in International Mathematics and Science Study (TIMSS) 2015“ vorgestellt worden, die die mathematischen und naturwissenschaftlichen Kompetenzen von Viertklässlern untersucht. Und erst vier Wochen zuvor hatte das ländereigene Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) seinen „Bildungstrend 2015“ vorgelegt – einen Bundesländervergleich über die sprachlichen Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern am Ende der 9. Jahrgangsstufe (s. E&W 12/2016).

Lernvorsprung nimmt zu

In insgesamt vier Büchern oder gut 6,6 Kilo Papier sind die Befunde der drei aufwändigen Studien zusammengefasst. Am Rande des jüngsten KMK-Treffens in Berlin warfen einige Kultusminister kritisch die Frage auf, ob denn künftig „weniger nicht mehr“ sei. Dabei hätte es die KMK selbst in der Hand gehabt, die Veröffentlichung ihrer eigenen IQB-Untersuchung auf das beginnende Frühjahr zu verschieben. Die OECD will dann eine weitere neue internationale PISA-Auswertung

zu den Computer-Kompetenzen der 15-Jährigen vorlegen.

Trotz aller Kontroversen unter den Bildungsforschern: In einem zentralen Punkt stimmen die drei Schulstudien erneut völlig überein: in der nach wie vor in Deutschland extrem ausgeprägten Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft der Kinder – egal in welcher Jahrgangsstufe. In der TIMSS-Studie zu den Viertklässlern heißt es dazu: „In Deutschland hat sich das Ausmaß sozial bedingter Leistungsdisparitäten seit TIMSS 2007 nicht signifikant verändert.“ Politisch wird die Stagnation quasi schon als Erfolg verkauft. Denn in der als repräsentativ eingestufteten TIMSS-Zufallsstichprobe von rund 4 000 Grundschülerinnen und -schülern seien diesmal mehr Migrantenkinder und noch mehr Mädchen und Jungen mit besonderem Förderbedarf gewesen als 2007.

Konkret heißt das: Kinder aus begüterten Elternhäusern haben auch nach dem Ende der Grundschulzeit im Schnitt einen Vorsprung von mehr als einem Schuljahr. Zugleich zeigen PISA wie auch die IQB-Studie, dass der Lernvorteil fast

mit jedem Jahr in der Sekundarstufe I zunimmt.

Auch die Schullaufbahnpräferenz der Mütter und Väter ebenso wie die der Lehrkräfte wird in der vierten Grundschulklasse nach wie vor maßgeblich vom sozioökonomischen Status der Familien geprägt. Laut TIMSS ist selbst bei gleicher Leistung und gleichen kognitiven Fähigkeiten der Kinder die Chance auf eine Gymnasialpräferenz der Lehrkräfte für den Nachwuchs aus der Oberschicht 2,5 mal so hoch wie für Zehnjährige aus Facharbeiterfamilien.

Derweil warnt der deutsche TIMSS-Forscher Wilfried Bos vor falschen Schulzuweisungen an die Grundschullehrkräfte. „Soll denn die Spitzen-Schülerin Fatima wirklich aufs Gymnasium, wenn denn ihre Lehrerin doch weiß, dass ihre Eltern kaum Deutsch verstehen, ihr bei den Hausaufgaben nicht helfen können und für Nachhilfe kein Geld da ist? Und: Ist Fatima dann nicht besser auf einer Ganztags-Gesamtschule aufgehoben?“, fragt Bos – sicher auch ein wenig provozierend.

Karl-Heinz Reith,
Journalist und Fachautor

TIMSS

Ende November vergangenen Jahres ist die Studie „Trends in International Mathematics and Science Study“ (TIMSS) veröffentlicht worden. Sie testet die mathematischen und naturwissenschaftlichen Kompetenzen von Viertklässlern. Die Untersuchung wird seit 1995 alle vier Jahre erhoben. 2015 nahmen 48 Staaten teil. 300 000 Schülerinnen und Schüler unterzogen sich dem Test, darunter 4 000 in Deutschland.

Einige ausgewählte Ergebnisse aus Deutschland:

- Kinder aus Akademiker- und begüterteren Familien haben am Ende der 4. Klasse einen Lernvorsprung von 39 TIMSS-Punkten gegenüber Mädchen und Jungen aus ausbildungsfernen und ärmeren Elternhäusern. Das entspricht etwas mehr als einem Schuljahr.
- Die Kluft zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg war 2015 in etwa genauso so groß wie 2007. Die Politik stellt diese Stagnation als Erfolg hin – da sich in der Zufallsstichprobe diesmal mehr Migrantenkinder sowie Schülerinnen und Schüler mit besonderem Förderbedarf befunden haben.
- In nur fünf der 48 Teilnehmerstaaten sind die sozialen Disparitäten zwischen armen und reichen Kindern noch größer als in Deutschland. In zwölf Staaten, darunter die Niederlande, Slowenien, Spanien, Finnland, Italien und Belgien, gelingt die Förderung von Kindern aus benachteiligten sozialen Schichten deutlich besser als in Deutschland.
- 23,3 Prozent der Zehnjährigen erreichen laut den Ergebnissen nicht die Leistungsstufe III. Die Konsequenz: Sie werden nach Aussage der TIMSS-Autorinnen und -Autoren erhebliche Schwierigkeiten bei ihrem weiteren Lernweg in der Sekundarstufe I haben.

K.-H. R.

Dialog

1/2017



INHALT:

Titel

Mitverantwortung vor Ort **Seiten 1–2**

Interview

Die Kommunen stärken **Seite 3**

Dialog-Kommentar

Denkanstöße **Fragebogen** **Seite 4**

Mitverantwortung vor Ort

// Ältere Menschen sollen so lange wie möglich eigenständig leben können. Der 7. Altenbericht der Bundesregierung, der Ende vergangenen Jahres erschienen ist, rückt die Mitverantwortung vor Ort in den Mittelpunkt. Ein Blick in zwei Kommunen in Sachsen und Nordrhein-Westfalen (NRW), die erste Schritte gehen. //

Elke Makks Weg von ihrem Büro zur Begegnungsstätte der Wohnungsgenossenschaft Fortschritt (WGF) im sächsischen Döbeln ist in fünf Minuten zu schaffen. „Ich brauche aber meist

30 Minuten, bei schönem Wetter eine Stunde“, sagt die 59-Jährige. Denn Makk plaudert hier und dort, hört zu, nimmt in den Arm. Sie kennt jeden im Wohngebiet. Vor allem für Mieterinnen und Mieter, die älter als 75 Jahre sind, ist sie eine wichtige Vertrauensperson. Sie vermittelt professionelle Hilfe oder wird selbst aktiv: organisiert Haltegriffe für die Badewanne, packt Kliniktaschen und füllt Kuranträge aus. „Ich bin auf meinem Handy 24 Stunden zu erreichen“, sagt die engagierte Sächsin. „Auch ein neues Pflegegesetz bringt nichts, wenn wir die Menschen allein lassen.“ Es bedarf menschlicher Unterstützung wie der von Makk – sie ist die

„Soziale Kümmerin“ der Wohnungsgenossenschaft.

„Soziale Kümmerer“

Das Konzept des „Sozialen Kümmerers“ ist Teil des Projektes „Chemnitz + Zukunftsregion lebenswert gestalten“. Das Bundesforschungsministerium fördert es bis 2018 mit 3,2 Millionen Euro. Unter Leitung des Verbandes Sächsischer Wohnungsgenossenschaften (VSWG) wird es in der Modellregion Mittleres Sachsen erprobt, von Chemnitz bis Zwickau. Die Idee: herausfinden, welche Dienstleistungs- und Gesundheitsangebote nötig sind, damit Seniorinnen und Senioren so lange wie möglich autonom in >>

>> ihrer Wohnung leben können. Was kann die Kommune dazu beitragen, was können die anderen Organisationen vor Ort tun – Verbände, Bürgerinitiativen, Unternehmen, Kirchen?

Die 86-jährige Mieterin Ingetraud Anke beispielsweise kommt zwar noch ohne Hilfe zurecht. Kümmerin Makk hat ihr trotzdem angeboten, einen Pflegedienst zu vermitteln, falls es mal nötig werden sollte – zur Beruhigung. Erwähnt Anke das Wort „Altersheim“, antwortet Makk: „Fang nicht damit an. Du weißt, dass du bei uns im Haus gepflegt wirst.“ Anke hat reichlich Kontakte: „Bei uns im Wohngebiet gibt es 23 Gruppen, von Nähen über Kochen bis zu Sport.“ Sie hat sich für Wandern und Rommé entschieden. „Wer will, findet Anschluss.“

Frühwarnsystem

Alle Beteiligten in der Region für das Thema Älterwerden zu sensibilisieren, spielen eine wichtige Rolle, so die wissenschaftliche Mitarbeiterin des VSWG, Nora Schaefer. Das Sozialamt Chemnitz hat ein Frühwarnsystem entwickelt, um bei Vereinsamung oder Verwahrlosung rasch einschreiten zu können. Sozialarbeitende halten Vorträge bei Ärzten, Physiotherapeuten oder Apotheken, die Technische Universität Chemnitz erteilt Schulungen für Architekten und Handwerker in punkto barrierefreies Bauen und Wohnen an. Sogar im Baumarkt versucht Schaefer, auf die Belange älterer Kundschaft aufmerksam zu machen. „Wir müssen alle ins Boot holen“, sagt sie. Der VSWG arbeitet mit zehn Projektpartnern sowie etwa 50 Firmen und Einrichtungen zusammen. Er nutzt bewährte Strukturen, um leicht finanzierbare Lösungen zu finden. Schließlich muss sich „Chemnitz +“ ab 2018 selbst tragen. Für mehr Vernetzung und Kooperationen plädiert auch die Kommission des 7. Altenberichts der Bundesregierung, der Ende vergangenen Jahres veröffentlicht worden ist. Thema: „Sorge und Mitverantwortung in der Kommune“ (s. Kasten). Bundesseniorenministerin Manuela Schwesig (SPD) ist sich sicher: „Die Infrastruktur und die sozialen Netzwerke vor Ort sind ein entscheidender Faktor für die Qualität des Lebens im Alter.“ Nicht alles lasse sich durch den Bund regeln. Die Bedingungen vor Ort

Die Altenberichte

Seit 1993 veröffentlicht die Bundesregierung in loser Folge Berichte zur Lebenssituation älterer Menschen in Deutschland. Diese sind Grundlage für die öffentliche Diskussion über eine Politik für das Alter. Der 7. Altenbericht „Sorge und Mitverantwortung in der Kommune – Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften“ erschien im November vergangenen Jahres. Er untersucht, was die Politik tun kann, um ein gutes Leben im Alter zu ermöglichen. N. E.

www.siebter-altenbericht.de

seien äußerst unterschiedlich. Hier entscheide sich, ob und wie Menschen in ihrem gewohnten Umfeld bleiben können, wenn sie alt sind. Schon jetzt gehört jeder vierte Mensch in Deutschland zur Generation 60plus, 2050 wird es fast jeder Dritte sein. Damit kommt auf die Kommunen eine Mammutaufgabe zu.

Wie in Sachsen wird auch in NRW am kommunalen Miteinander gearbeitet. In Gelsenkirchen etwa gibt es seit Oktober 2014 das Projekt „QuartiersNETZ“, das der Bund mit 6,8 Millionen Euro fördert. Vier Quartiere der Stadt machen mit, nach und nach sollen in allen Wohnvierteln dauerhafte Netzwerke entstehen, die es ermöglichen, dort bis ins hohe Alter zu leben. Einkaufsangebote, medizinische und pflegerische Versorgung, Begegnungs-, Freizeit- und Sportmöglichkeiten sowie Nachbarschaftshilfe sollen gesichert sein. Derzeit wird an einer digitalen Quartiersplattform gearbeitet, die den Austausch im Viertel einfacher und schneller macht: Suche Hilfe, biete Kontakt.

Entscheidend: Ältere können den Prozess mitgestalten. „Zu Beginn werden alle Bürgerinnen und Bürger, die älter als 50 Jahre sind, zu regelmäßigen Quartierskonferenzen eingeladen“, sagt Elisabeth Heite, stellvertretende Geschäftsführerin des Vereins Generationennetz Gelsenkirchen. Mit Forschungspartnern, Dienstleistern und Einrichtungen diskutieren sie: Was braucht ein altersgerechtes Quartier?

Im Verein kooperieren Stadtverwaltung, Kirchen, Wohlfahrtsverbände, die private Seniorenwirtschaft, Wohnungsunternehmen und Krankenhäuser. Er betreibt Infocenter und Außenstellen mit hauptamtlichen Mitarbeitern, stellt ZWAR-Gruppen (Menschen zwischen Arbeit und Ruhestand) und gut 100

ehrenamtlichen Seniorenvertretungen Räume zur Verfügung. Heite: „Wir versuchen jetzt, diese auf stadtweiter Ebene bereits geschaffenen Strukturen in die Quartiere herunterzubrechen.“ Kleinteiliger und direkt in den Kommunen.

Nachhaltigkeit fehlt

„Es ist richtig, die Bedürfnisse der Menschen vor Ort in den Mittelpunkt zu rücken“, so Sozialwissenschaftler Christian Heerdt vom Kuratorium Deutsche Altershilfe (KDA). Es gebe viele gute Initiativen und Angebote in den Kommunen, „darum muss man dort ansetzen und nicht zentral landes- oder bundesweit steuern“. Was vielen Modellprojekten oft noch fehle, sei die Nachhaltigkeit nach Auslaufen der Fördermittel. „Dann brechen Strukturen weg, weil sie sich noch nicht selbst tragen“, so Heerdt. „Die Kommunen können das finanziell nicht alles alleine stemmen.“ Für eine nachhaltige Finanzierung von Quartiersprojekten gebe es allerdings keine Patentlösung. Da Quartiersmanagement auf örtliche Gegebenheiten zugeschnitten wird, müssten auch individuelle Finanzierungswege gefunden werden.

Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Gerd Landsberg, betont, Bund und Länder müssten die finanziellen Rahmenbedingungen schaffen, „damit es vor Ort gelingt, das Land altersgerecht zu gestalten“. AWO-Präsident Wilhelm Schmidt will Altenhilfe zur Pflichtaufgabe machen. Bisher seien Initiativen zur Unterstützung alter Menschen eine freiwillige Leistung der Kommunen. „Ob man sie bekommt oder nicht, hängt damit vom Wohnort ab.“

Nadine Emmerich,
freie Journalistin

Die Kommunen stärken

// „Wie kann die lokale Politik Voraussetzungen für ein gutes Leben im Alter schaffen?“ fragt im Dialog-Gespräch über den 7. Altenbericht der Bundesregierung Prof. Thomas Klie. Er ist Mitglied der verantwortlichen Sachverständigenkommission und Leiter des Zentrums für zivilgesellschaftliche Entwicklung an der Evangelischen Hochschule Freiburg. //

E&W: Herr Klie, der 7. Altenbericht beschäftigt sich mit der Mitverantwortung der Kommunen für ein gutes Leben im Alter. Warum wurde dieser Akzent gesetzt?

Thomas Klie: Die Bundesregierung hat das so entschieden, weil es zum Großteil von den örtlichen Bedingungen abhängt, ob älteren Menschen ein gutes Leben gelingt. Ich finde diesen Akzent richtig. Wir müssen uns dringend fragen: Wie kann die lokale Politik Voraussetzungen für ein gutes Leben im Alter für alle schaffen?

E&W: Dazu muss man die Sachlage kennen. Was sind Ihre wichtigsten Erkenntnisse?

Klie: Zum einen gibt es eine sehr starke soziale Ungleichheit in Deutschland, vor allem wenn es um Pflege geht. Immer noch ist die „unsichtbare Care-Arbeit“, die tägliche Unterstützung alter Men-

schen, Frauensache. Die Politik nimmt das hin, ohne nach den Bedingungen zu fragen, unter denen da gesorgt wird. Zudem können es sich nicht alle Menschen leisten, Versorgungslücken privat aufzufangen, etwa mit osteuropäischen Pflegekräften. Wenn die Pflegeversicherung nicht greift, bleiben finanziell Schwache oft unterversorgt.

Zum anderen haben wir dramatische regionale Unterschiede. Gesundheitszustand und Lebenserwartung, öffentlicher Nahverkehr, Wohnverhältnisse und die pflegerische Versorgung hängen ganz stark von den örtlichen Bedingungen ab.

E&W: Welche Konsequenzen hat das für die Politik?

Klie: Sie kann Sozialleistungen nicht einfach weiter nur an Kriterien der Krankheit und Pflegebedürftigkeit knüpfen. Es gilt, für die Bedingungen vor Ort spezifische Lösungen zu entwickeln. Wir müssen deshalb mehr Aufgaben den Kommunen selbst übertragen, gerade in punkto Gesundheit und Langzeitpflege. Auch die Bürgerinnen und Bürger sollten mehr beteiligt werden, wenn es um die grundlegende Infrastruktur geht. Vor Ort findet sich vielfach eine große Bereitschaft, etwas für den eigenen Stadtteil oder das Dorf zu tun, auch für und von den Alten.

E&W: ... also mehr bürgerschaftliches Engagement, wo der Staat versagt?



Foto: Jan Deichner

Prof. Thomas Klie

Klie: Nein, das wäre fatal. Der Staat muss in Vorleistung gehen, indem er die Kommunen finanziell besser ausstattet und Voraussetzungen für eine leistungsfähige Infrastruktur schafft. Breitbandkabel oder ärztliche Versorgung etwa können nicht allein auf kommunaler Ebene gestemmt werden. Die Menschen müssen die Erfahrung machen, dass sie mitgestalten können, ohne allein gelassen zu werden.

E&W: Was raten Sie der Bundesregierung?

Klie: Erstens dürfen die Kommunen nicht zu sehr durch Sparzwänge in ihren Handlungsspielräumen für die Gestaltung des demografischen Wandels eingeengt werden. Zweitens wäre ein regionales Monitoring sinnvoll, das strukturschwache Gebiete identifiziert und eine Finanzierung für die Grundversorgung älterer Frauen und Männer sicherstellt. Drittens sollte die Bundesregierung den Kommunen die Aufgaben der Pflegeversicherung übertragen und sie dafür finanziell ausstatten. Viertens ist es vernünftig, neue Formen der Kooperation von Bund, Land und Kommune voranzutreiben. Die rechtlichen Barrieren, wie das Verbot einer Mischfinanzierung, lassen sich – wenn nötig – überwinden.



Foto: dpa

Menschen dürfen im Alter nicht allein gelassen werden.

Interview: Anja Dilk,
freie Journalistin



Was bewegt ...

Denkanstöße

FRAUKE
GÜTZKOW



Foto: Kay Herschelmann

// GEW-Kommentar //

Was bedeutet „alt sein“? Wie leben ältere Menschen in Deutschland, welche Ideen, Bedürfnisse, Sorgen, Wünsche, Stärken haben sie? Immer noch ist das Bild vom Alter in der Gesellschaft unscharf. Deshalb sind die Altenberichte der Bundesregierung wichtig. In unregelmäßigen Abständen nehmen sie die Lebenssituation alter Menschen unter die Lupe. Mal geht es um „Wohnen im Alter“, mal um „Altersbilder“, mal um „Potenziale im Alter“.

Die Untersuchungen entzaubern dabei Mythen, die sich im kollektiven Gedächtnis festgesetzt haben: Alte sind eben nicht nur bedürftig, sondern können auch viel zu einem Gemeinwesen beitragen. Sie sind nicht nur auf ein Leben

in den eigenen vier Wänden fixiert, sondern auch neugierig auf neue Wohnformen.

Der 7. Altenbericht richtet den Blick auf die lokale Ebene: Wie sind die Lebensbedingungen älterer Menschen vor Ort – in den Quartieren der Städte und den Dörfern auf dem Land. Dabei räumt der Bericht mit einer weiteren Legende auf: Jeder Mensch hat die Chance auf ein gutes Leben im Alter. Von wegen. Die Chancen sind extrem ungleich verteilt. Denn die Infrastruktur, also das, was man für einen selbst-

bestimmten Alltag braucht, ist in jeder Region anders. In einem Landkreis gibt es ein dichtes Nahverkehrsnetz, in anderen fährt nur noch einmal am Tag ein Schulbus. In der einen Kommune pulsiert das Gemeinschaftsleben, in der anderen reicht es nicht mal für ein Begegnungscafé.

Es ist das Verdienst der Sachverständigenkommission, nicht leichtfertig nach einer preiswerten Patentlösung zu rufen: mehr freiwilliges Engagement! Bezieht die „Silver-Ager“ mit ein, sie haben doch Zeit! Diese Argumente hört man derzeit oft. Gewiss, ohne die Bürgerinnen und Bürger miteinzubeziehen wird es auf Dauer kaum gehen. Doch zu Recht machen Expertinnen und Experten klar: Selbsthilfe kann nur eine Ergänzung sein. Sie gelingt nur, wenn der Staat die Seniorinnen und Senioren systematisch unterstützt, eine angemessene Infrastruktur sowie genügend Ressourcen zur Verfügung stellt. Nur dann können Kommunen, professionelle Anbieter und Freiwillige gemeinsam tragfähige Lösungen entwickeln. Zum

Beispiel im Sozialleben. Die Gemeinde bietet beispielsweise Räume für Treffpunkte an, bezahlt Heizung, Licht und Sachmittel, Freiwillige organisieren Veranstaltungen und Angebote. Zum Beispiel für die Grundversorgung. Die Kommune finanziert Räume

für einen Dorfladen, ein Team aus Freiwilligen, Kleinunternehmern und Bauern bewirtschaftet ihn. Sicher: Freiwilligenarbeit ist ein zentrales Gewerkschaftsthema. Sie entspringt dem Wunsch, für andere da zu sein. Fest steht aber auch: Freiwillige haben nicht die Absicht – und sie sollten es auch nicht –, Arbeitsplätze zu ersetzen und öffentliche Aufgaben zum Nulltarif zu übernehmen.

Frauke Gützkow,
GEW-Vorstandsmitglied Frauenpolitik

„Alte sind
neugierig
auf neue
Wohnformen.“

Frauke Gützkow

// ... Wilfried Rehfeld, 64, Geschäftsführer des dialog-Bildungswerkes Greven, ein Jahr vor der Pensionierung. //

Wie ich meinen Tag beginne.

Für mich gilt: „Morgenstund hat Blei im Hintern.“ Theoretisch. Praktisch stehe ich gegen sieben Uhr auf, mache mich fertig und setze mich an den Frühstückstisch. Zeit für den Nachrichtenüberblick. Westfälische, Frankfurter Rundschau, Internet. Dann gehe ich eine Etage höher – in mein Büro.

Was mich bildungspolitisch umtreibt.

Mir ist es wichtig, dass lebensbegleitendes Lernen als umfassende Aufgabe verstanden wird, zu der alle Bildungsbereiche etwas beitragen müssen. Die Schule legt die Grundlagen und muss klar machen, dass lebensbegleitendes Lernen unerlässlich ist. In der Ausbildung, im Beruf, nach dem Ende des Berufslebens. Nur wenn wir unser Wissen und unsere Fähigkeiten kontinuierlich erweitern, können wir die Gesellschaft kompetent mitgestalten. Egal ob es um Flüchtlingspolitik, Nachhaltigkeit oder Bildungsreformen geht. Wie funktioniert unsere Gesellschaft und was hält sie zusammen? Mit solchen Fragen müssen wir uns dringend beschäftigen.

Welche Erfahrung ich nicht missen möchte.

Durch die Gründung des dialog-Bildungswerkes, das ich seit 35 Jahren leite, mein dichtes Kontaktnetz und das Engagement in der GEW habe ich einen Einblick in ganz unterschiedliche Bildungswelten und Lebensbereiche bekommen. Das ist ein Schatz, von dem ich immer zehren werde.

Was ich mir vorgenommen habe.

Nach meiner Pensionierung werde ich die GEW im Nationalen Forum Beratung vertreten und einen „Zeitsalon“ gründen. Dann lade ich einmal im Monat zur Debattenrunde: Wie verändern wir uns, wenn der Beruf endet?

Fragebogen: Anja Dilk, freie Journalistin

ILKA HOFFMANN



Foto: Kay Herschelmann

Tabellenzauber

Die PISA-Studien wollen eine Systemanalyse nationaler Bildungssysteme – und damit Anreize für das bildungspolitische Handeln – liefern. Hochkompetente Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler füllen Hunderte Seiten mit Daten, Analysen und (vermeintlichen) Zusammenhängen. Die öffentliche Rezeption gleicht allerdings oft der Reaktion auf Bundesligatabellen oder olympische Medaillenspiegel – so liest man: „Korea verliert zwei Plätze!“, „Singapur – Aufsteiger der diesjährigen Runde!“, „Deutschland hält sich im oberen Mittelfeld!“, „In Deutschland fehlen die Spitzenschüler!“

Das Kardinalproblem des deutschen Bildungssystems – dass der Bildungserfolg der Kinder eng an die soziale Herkunft gekoppelt ist – wird indes kaum angegangen. Die GEW fordert in diesem Zusammenhang schon lange tiefgreifende Strukturreformen und verlangt, Schulen bei der Entwicklung von Unterrichtskonzepten für heterogene Lerngruppen zu unterstützen. Die Bildungspolitiker begnügen sich aber im Wesentlichen damit, die Zahl der Schülerinnen und Schüler ohne Abschluss zu verringern. Hauptsache, die Gesamtbilanz stimmt. Die Lernbiografie einzelner Jugendlicher blendet Politik oft aus. Bei konservativen Bildungspolitikern spielt das Problem der Bildungsbenachteiligung gar keine Rolle. Diese hoffen, „Plätze in den verschiedenen Schülermeisterschaften“ gutzumachen, indem sie die Grundschulempfehlung wieder verbindlich einführen, alle, die schlecht lernen, in PISA-ferne Förderschulen abschieben und das angeblich so fatale „Schreiben nach Gehör“ in der Grundschule verbieten. Den „Medaillenspiegel“ möchte Bildungsministerin Johanna Wanka (CDU) durch ein Bund-Länder-Programm für Hochbegabte verbessern.

Bei aller Kritik an den Studien der OECD – der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung – darf man doch annehmen, dass solche Schlussfolgerungen von den PISA-Machern nicht beabsichtigt sind. Im Gegenteil: Immer wieder betonen diese, dass die frühe Selektion von Schülerinnen und Schülern in unterschiedliche Bildungsgänge die soziale Benach-

teiligung verstärke und das allgemeine Bildungsniveau senke. Wie lassen sich dann aber die immer gleichen, ermüdenden Reaktionen konservativer Kreise auf die PISA-Befunde erklären? Zum Teil werden diese vermutlich durch die widersprüchlichen Ergebnisse und Analysen der Untersuchung begünstigt. So ist etwa kaum nachzuvollziehen, warum ausgerechnet autoritäre Schulsysteme asiatischer PISA-Spitzenländer kreatives Denken fördern sollen. Hinzu kommt, dass die massiven privaten Bildungsinvestitionen, etwa in Singapur, bei der Diskussion der Testergebnisse gerne übergangen werden. Der PISA-Chef der OECD, Andreas Schleicher, fordert zwar öffentlich, dass Deutschland mehr in sein Bildungssystem investieren soll, sagt aber an anderer Stelle: „Mehr Geld für die Bildung bringt nicht unbedingt mehr Qualität.“ Was denn nun? Angesichts einer kaum zu überschauenden Datenmenge, widersprüchlicher Botschaften und eines starken bildungspolitischen Beharrungsvermögens mit Blick auf überholte Unterrichtskonzepte und Schulstrukturen in Deutschland wird aus den PISA-Punkten oft gerne das herausgelesen, was man schon immer wusste. Welche Innovationskraft können internationale Schulleistungsvergleiche dann noch entfalten?

Für die GEW lässt sich aus den sehr unterschiedlichen Reaktionen auf den PISA-Tabellenzauber nur eines schlussfolgern: Sie muss ihren umfassenden Bildungsbegriff, der auf die diskriminierungsfreie Teilhabe aller Kinder und Jugendlicher an Bildung, auf demokratisch-selbstbestimmte Lernprozesse setzt und soziale Benachteiligung überwinden will, politisch nach vorne bringen. Dazu gehört auch, mit der Initiative „Bildung. Weiter denken!“ Druck zu machen, damit Politik mehr Geld für Bildung bereitstellt (s. S. 36). Denn: Für die GEW ist Bildung ein Menschenrecht. Kein Training für Schulleistungsolympiaden.

Ilka Hoffmann,
GEW-Vorstandsmitglied Schule

Fremdenhass im Klassenzimmer

// Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit machen vor den Klassenzimmern nicht Halt. Das Modellprojekt „Starke Lehrer – starke Schüler“ in Sachsen will Pädagoginnen und Pädagogen an berufsbildenden Schulen im Kampf gegen Rechtsextremismus unterstützen. //

Für Frank Böhme, Berufsschullehrer für Politik, Sport und Ethik am Berufsschulzentrum 12 Robert Blum in Leipzig, sind rechtsextreme und rassistische Sprüche schon fast alltäglich. „Asylbewerber kommen doch nur, um zu schmarotzen, die



Fotos: privat

Frank Böhme, Berufsschullehrer für Politik, Sport und Ethik

sollte man alle erschießen.“ Solche hassereiften Aussagen hört er auch von Schülerinnen und Schülern seiner Berufsschule. Abgrenzungen wie hier die „guten Deutschen“ und dort die „bösen Ausländer“ oder: „Wir sind allemal die Besseren“ gehörten genauso dazu wie „Sieg Heil“-Rufe oder Hakenkreuzschmierereien, berichtet der Politiklehrer.

Wenn es in den Klassenzimmern zu verbalen Ausschreitungen gegen geflüchtete Menschen und rechtsextremen Entgleisungen kommt, dann ist Böhme hellwach. Weghören oder ignorieren sei „nicht sein Ding“. Rassistische oder rechtsradikale Positionen seien inzwischen im Schulalltag gängig, „gerade weil der Rechtspopulismus wieder salonfä-

hig geworden ist. Da halte ich meine demokratische Grundhaltung dagegen“, sagt Böhme. Klar, es müsse Meinungsaustausch in den Klassen geben, aber der habe Grenzen: „Menschenverachtende Äußerungen lasse ich im Unterricht nicht zu.“

Rechtsradikale Sprüche

Nicht viel anders ergeht es seinem Kollegen Tom Matthes, Lehrer am beruflichen Schulzentrum für Ernährung, Technik und Wirtschaft des Erzgebirgskreises an den Standorten Annaberg und Zschopau. Erfahrungen mit diskriminierenden Einstellungen von Schülerinnen und Schülern sammelt er in 30 Klassen, in denen er Ethik unterrichtet: „Ungeziefer“, „Ausländer raus“, „alles Kriminelle“, „die nehmen uns die Arbeit weg“ – das sind noch die harmloseren Sprüche.“ Matthes sieht einen Zusammenhang: „Je niedriger das Bildungsniveau der Jugendlichen, umso radikaler deren Parolen.“

Das gesellschaftliche Klima in Deutschland sei rauer geworden. Übergriffe auf Asylunterkünfte gehörten dazu. Rechts-extreme Parolen machten auch an den Toren beruflicher Schulen des Freistaats nicht halt. Es gebe sie zuhauf.

An dem Modellprojekt „Starke Lehrer – Starke Schüler“ nehmen knapp 30 Lehrkräfte – Böhme und Matthes gehören dazu – sowie Schulsozialarbeiter von neun sächsischen beruflichen Schulen teil. In einem dreijährigen Qualifizierungs- und Coaching-Prozess, lernen sie unter Anleitung von Rico Behrens,



Tom Matthes, Lehrer am beruflichen Zentrum für Ernährung, Technik und Wirtschaft

Technische Universität (TU) Dresden, „besser mit rassistischen und antidemokratischen Äußerungen“ in den Klassen umzugehen (s. Kasten).

Nicht einfach ignorieren

„Wichtig ist, die Vorurteile und Ressentiments der Jugendlichen nicht einfach zu ignorieren, sondern das Gespräch zu suchen – entweder in den Pausen oder vor der ganzen Klasse“, empfiehlt Politikwissenschaftler Behrens. Aber es sei nicht so einfach, das Vokabular junger Menschen richtig zu entschlüsseln und Auffälligkeiten zu erkennen, berichtet Lehrer Matthes. „Was sind rassistische, diskriminierende oder antidemokratische Aussagen – und was ist lediglich Jugendslang?“

„Starke Lehrer – Starke Schüler“

Die Teilnehmenden des sächsischen Qualifizierungsprojektes „Starke Lehrer – Starke Schüler“ erarbeiten Strategien für den Umgang mit rechtsorientierten Schülerinnen und Schülern im Schulalltag. „Wer als Lehrkraft vor einer Klasse steht, muss bei emotional aufgeladenen Themen wie Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus gut vorbereitet argumentieren können“, betont Kultusministerin Brunhild Kurth (CDU). Neben dem Coaching ist die Vernetzung der Pädagoginnen und Pädagogen untereinander sowie mit Akteuren von Initiativen gegen Rechtsextremismus in Sachsen ein weiterer Schwerpunkt. Die Idee geht auf die Robert Bosch Stiftung und die TU Dresden zurück. Diese organisieren das Modell seit 2015 gemeinsam mit dem sächsischen Kultusministerium. Das Projekt, das noch bis 2018 läuft, soll bei Erfolg auch andere Bundesländer erreichen.

K.H.

Berufsschullehrer Böhme weiß, dass viele Elternhäuser ausländerfeindlich eingestellt sind. „Das beginnt schon morgens am Frühstückstisch. Der größte Teil der Jugendlichen in der berufsbildenden Förderschule kommt aus Hartz-IV-Familien. Diese haben Angst, dass Geflüchtete Sozialleistungen erhalten, die ihnen am Ende des Tages fehlen.“ Böhmes Schülerinnen und Schüler verdienen in der außerbetrieblichen Ausbildung rund 300 Euro, manchmal gibt es zusätzlich noch eine Beihilfe vom Arbeitsamt. „Sie sehen dann, da kommen welche, die arbeiten nicht und haben trotzdem genauso viel Geld wie wir. Wir machen was, die machen nichts. Das wurmt.“

Mit zwei Stunden Politikunterricht alle zwei Wochen sei es allerdings schwierig, tief sitzenden Fremdenhass aufzubrechen. Böhme weiß, dass er einige Mädchen und Jungen in seinen Klassen

nicht überzeugen kann. „Aber ich schaffe im Unterricht ein Umfeld, in dem sie ihre schlimmsten Hasstiraden nicht ablassen können. Ich gebe ihnen keinen Raum und keine Plattform, andere zu beeinflussen.“ Auch Matthes geht es um die, die zuhören. Er berichtet von positiven Rückmeldungen: „Wenn ich genau in die Augen meiner Schülerinnen und Schüler schaue, sehe ich Erfolge.“

Eine Chance, die Berufsschüler zu erreichen, bestehe, so Böhme, immer dann, wenn man es schafft, unmittelbar am Lebensumfeld der Heranwachsenden anzuknüpfen. Ein Beispiel: „Meine Kollegin besuchte mit unseren Schülern ein Asylbewerberheim. Die waren überrascht, wie eng und arm es dort aussieht. Und sie haben gemerkt, dass – verglichen mit ihrer eigenen Lebenssituation – geflüchtete Menschen beträchtliche Nachteile in Kauf nehmen müssen.“

Eine andere Möglichkeit, fremdenfeindliche Haltungen zu knacken, sieht der Sportlehrer im Fußballspiel. „Wir haben bei uns zwei Klassen, in denen geflüchtete Jugendliche Deutsch lernen. Als sie mit den deutschen Schülern ein Match ausgetragen haben, hat es ‚klick‘ gemacht: ‚Ja, das sind ja Menschen‘.“ Und: „Die jungen Mädchen stellten fest, da sind attraktive Jungs dabei.“ Böhme ist stolz darauf, wenn über Erlebtes Vorurteile aufgebrochen werden: „Wir müssen Berührungspunkte schaffen, sonst ist es aussichtslos. Nur über den Kopf kriegen wir rassistische Vorurteile und diskriminierende Einstellungen nicht weg.“ Ohne Enthusiasmus gehe es aber auch nicht: „Leidenschaft muss man als Lehrer haben, das finde ich ganz wichtig.“

Klaus Heimann,
freier Journalist



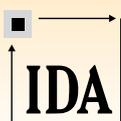
www.vielfalt-mediathek.de

**Dokumentation, Information
und Nachhaltigkeit**

Bildungsmaterialien für Demokratie,
Anerkennung und Vielfalt,
gegen Rechtsextremismus, Rassismus
und Antisemitismus

Kostenloser Verleih bzw. Download von:

- › Broschüren und Büchern
- › Trainingsordnern und Handbüchern,
- › Katalogen und Verzeichnissen
- › Kurz- und Dokumentarfilmen, Audio-CDs
- › Dokumentationen der Lokalen Aktionspläne
und Partnerschaften für Demokratie
- › Aktuellen Podcasts und Expertisen



Informations- und Dokumentationszentrum
für Antirassismusbearbeitung e. V. (IDA)



Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie *leben!*



Lernorte verbinden

// In Hamburg profitieren geflüchtete Jugendliche von einem bundesweit einzigartigen Schulangebot: Ein neuer Bildungsgang bereitet sie gleichzeitig auf Schulabschluss und Ausbildung vor. Das Besondere: Sprachförderung erhalten die jungen Menschen auch im Betrieb. //

Hayat beugt sich hinunter zu der alten Dame im Rollstuhl und streichelt ihr behutsam über den Arm. „Darf ich Sie zum Fahrstuhl bringen?“, fragt der 18-Jährige leise. „Na klar, Sie könnten doch mein Sohn sein“, erwidert diese und grinst keck. Hayat löst die Handbremse und schiebt die schmale Frau aus dem Speisesaal hinaus in den Flur. „Vergiss nicht, die Handbremse anzuziehen“, erinnert ihn Anleiterin Jennifer Stannis. Dann räumen Hayat und sein Klassenkamerad Omarzay in dem weihnachtlich geschmückten Speiseraum die Tische ab und wischen mit Desinfektionstüchern nach. Für heute ist ihre Arbeit beendet. Im Foyer warten sie wie jeden Montag auf den Besuch ihrer Mentorin. Für die jungen Männer ist das Praktikum in dem Seniorenwohnheim nahe

Hamburg der erste Ausflug in die deutsche Arbeitswelt. Es ist der sprichwörtliche Sprung ins kalte Wasser: Sie sind erst vor einem guten Jahr aus ihrer kriegsgeplagten afghanischen Heimat in die Hansestadt geflüchtet. Während sie Alzheimer- und Demenzerkrankte durch den Park schieben oder ans Essen und Trinken erinnern, lernen sie die deutsche Sprache und den hiesigen „Job-Knigge“. Das Praktikum ist ein wesentlicher Bestandteil der dualen Ausbildungsvorbereitung für Migrantinnen und Migranten (AvM Dual). Im ersten Halbjahr haben sie in der Beruflichen Schule Eidelstedt (BS 24) intensiv Deutsch gelernt und sich mit Hilfe ihrer Mentorin auf das Praktikum vorbereitet. Seit den Sommerferien drücken sie an drei Wochentagen die Schulbank, die übrigen zwei Tage arbeiten sie im Seniorenwohnheim.

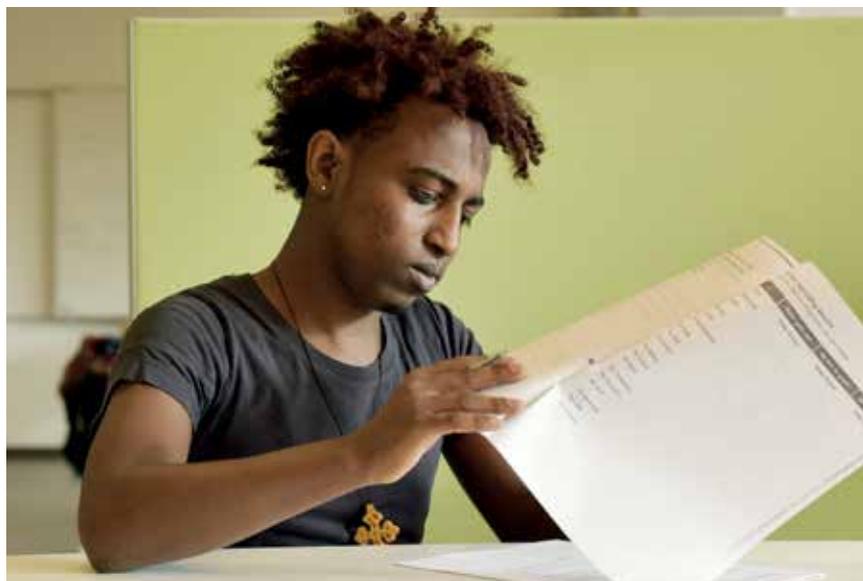
Der Bildungsgang wurde im Februar vergangenen Jahres als Regelangebot für neu zugewanderte junge Menschen, die älter als 16 Jahre sind, an den Hamburger Berufsschulen eingerichtet. Mitte Oktober 2016 besuchten 2 244 junge Frauen und Männer entsprechende Klassen. Dort werden sie in allen wichtigen Kernfächern unterrichtet. Sie haben

zwei Jahre Zeit, um sich auf den ersten oder mittleren Schulabschluss vorzubereiten, anhand dreier intensiver Praktika können sie sich über berufliche Möglichkeiten informieren und bestenfalls einen Ausbildungsplatz finden. Ein vergleichbares Angebot war bereits 2011 für schulpflichtige Hamburger Jugendliche ohne eine Anschlussperspektive nach Klasse 10 eingeführt worden. „AvM Dual“ löst das Vorbereitungsjahr für Migranten ab. In diesem sind die Schülerinnen und Schüler – abhängig vom Aufenthaltstitel – ohne betrieblichen Ausbildungsteil zur Schule gegangen.

Mentoren helfen

Damit es gelingt, das Lernen in Schule und Betrieb gut zu verknüpfen, stehen den Auszubildenden Mentoren wie Nina Boska zur Seite. Die erfahrene Lehrkraft für Deutsch als Zweitsprache (DaZ) betreut acht Schüler während ihrer Praktika als Industriemechaniker, Koch, Maler, Kfz-Mechatroniker oder als Pflegekraft im Seniorenwohnheim. „Wir erarbeiten gemeinsam die jeweiligen berufsspezifischen Wortfelder“, erzählt Boska. „Außerdem unterstütze ich sie dabei, ihre Aufgaben zu bewältigen, wenn sie beispielsweise eine Tätigkeit beschreiben müssen.“ Wissenschaftler empfehlen diese Form der Sprachförderung, die sich an Sprachhandlungen in den jeweiligen Arbeitsbereichen oder Betrieben orientiert. Da die 155 Lehrstellen an den AvM-Dual-Standorten für diese intensive Betreuung nicht ausreichen, finanziert die Schulbehörde über Träger zusätzlich sogenannte „betriebliche Integrationsbegleiter“, die keine Lehramts-, sondern eine sozialpädagogische Ausbildung haben. „Damit auch hier die Verzahnung der Lernorte Schule und Betrieb gewährleistet ist, müssen die Integrationsbegleiter systematisch in die Teams eingebunden werden“, empfiehlt Birgit Kruse vom Hamburger Institut für Berufliche Bildung (HIBB), die das neue Bildungsangebot maßgeblich mitentwickelt hat.

Der Weg in die Betriebe ist nicht einfach. Viele junge Geflüchtete träumen



Fotos: Babette Brandenburg

Merhawi aus Eritrea nimmt seit einem Jahr an der dualen Berufsvorbereitung für Migrantinnen und Migranten an der Beruflichen Schule Eidelstedt in Hamburg teil. Merhawi: „Die Schule ist schwer, Deutsch ist schwer.“



Omarzay (links) und Hayad kommen aus Afghanistan. Sie interessieren sich für Pflegeberufe. Während ihrer Schulzeit an der Beruflichen Schule Eidelstedt machen sie ein Praktikum in einem Altenheim.

von akademischen Berufen, möchten Arzt oder Ingenieur werden. Und: „Sie können sich unter einer dualen Ausbildung nichts vorstellen“, sagt Boska. Deshalb stellen sie und ihre Kolleginnen und Kollegen zunächst den deutschen Arbeitsmarkt mit seinen unterschiedlichen Berufen vor. „Wir erklären diese mit Händen und Füßen, Übersetzungsprogrammen aus dem Internet und Bildkarten, die Werkzeuge, Instrumente und Tätigkeiten zeigen“, so die Pädagogin. Und gefragt werde natürlich: „Bringen die neu Zugewanderten Berufserfahrungen mit? Wo liegen ihre Interessen?“ Behutsames Vorgehen sei dabei wichtig, denn: „Wir wollen ihre Träume nicht zerstören, diese aber an die hiesige Realität angleichen“, beschreibt ihre Abteilungsleiterin und Kollegin Cornelia Stork den sensiblen Prozess.

Omarzay hat sein Ziel klar vor Augen. „Ich mag Krankenhäuser“, sagt er. „Ich möchte Krankenpfleger werden.“ Für ein Praktikum in einer Klinik sprach er noch zu schlecht Deutsch. Deshalb empfahl Boska ihm, zunächst über die Arbeit in einem Seniorenheim den Pflegebereich kennenzulernen. Gemeinsam suchten sie im Internet

nach Adressen, die Telefonate führte die Mentorin. Nach vielen Absagen klappte es bei der Seniorenresidenz Rüpcke.

Nicht viel Zeit

In dem lichtdurchfluteten Klassenraum von Larysa Kohr an der Beruflichen Schule Eidelstedt sitzen zwölf Schüler in einem Halbkreis und erarbeiten sich das Wortfeld Brief. Einer der Schüler ist Merhawi, der aufmerksam zuhört, sich aber nicht am Unterrichtsgespräch beteiligt. Der 19-Jährige ist in seiner Heimat Eritrea nur wenige Jahre und sehr unregelmäßig zur Schule gegangen. Vor der Ausbildungsvorbereitung hatte er einen Alphabetisierungskurs besucht. „Die Schule ist schwer, Deutsch ist schwer“, stellt der junge Mann fest, der wie die meisten seiner Mitschüler ohne Familie nach Deutschland kam. Für Merhawi und viele andere Geflüchtete sind zwei Jahre zu kurz, um einen Schulabschluss nachzuholen und sich auf eine Ausbildung vorzubereiten. Zahlen aus der Pilotphase des neuen Bildungsgangs belegen, dass beachtliche 37 Prozent den ersten und 27 Prozent den mittleren Schulabschluss geschafft haben. Das restliche Drittel verließ

die Berufsvorbereitung mit einem Abschlusszeugnis. Für diese Jugendlichen sind – abhängig vom Aufenthaltsstatus – Maßnahmen von Jobcenter oder Arbeitsagentur vorgesehen.

An der Eidelstedter Berufsschule werden derzeit 90 geflüchtete junge Menschen in sechs AvM-Klassen unterrichtet. Sie gehörte 2012 zu den ersten vier Schulen, die AvM Dual entwickelt und das neue Konzept erprobt haben. Als die Schülerzahlen 2015 sprunghaft anstiegen, hat die Schulbehörde der Einrichtung monatlich neue Klassen zugewiesen, neue Lehrkräfte wurden eingestellt. Das Projekt entwickelte sich zu einem Regelangebot. Ein Curriculum gibt es allerdings bis heute nicht. „Wir haben den neuen Teams zunächst Supervision angeboten, damit sie die kommenden Herausforderungen kennen“, sagt Schulleiter Elmar Wind. „Jetzt organisieren wir Fortbildungen.“ Die Schule stellte einen Schulsozialarbeiter ein, den auch Schülerinnen und Schüler benachbarter AvM-Schulen aufsuchen können. Als großer Standort sei die BS 24 flexibler und eher in der Lage, die enormen Herausforderungen zu schultern als kleinere Schulen, so Wind. Dennoch steht für den Schulleiter außer Frage: „AvM ist eine Erfolgsgeschichte.“ Davon ist auch Birgit Kruse vom HIBB überzeugt. Sorgen bereiten ihr jedoch die politischen Entwicklungen. „Das Rückführungsabkommen mit Afghanistan sowie die Abschiebegefahr für Mädchen und Jungen aus sogenannten sicheren Herkunftsstaaten sorgen für Unruhe in den Schulen“, beklagt sie. Obwohl für Jugendliche eine Aufenthaltsgarantie während der Ausbildung und zwei weitere Jahre gesetzlich verankert ist, droht diese Regelung nach nur wenigen Monaten ausgehöhlt zu werden. Arbeitgeber und Betroffene sind verunsichert, ob die Aufenthaltsgenehmigung auch für junge Frauen und Männer ohne sichere Bleibeperspektive gilt. Für die Beruflichen Schulen und ihre AvM-Klassen bedeutet das: verängstigte Jugendliche und wenig Planungssicherheit für Lehrkräfte und Ausbilder.

Michaela Ludwig,
freie Journalistin

Keine Blöße geben

// Strenggläubige Muslime melden ihre Töchter krank, wenn diese am Schulschwimmen teilnehmen sollen. Die rechtliche Situation ist seit dem „Burkini-Urteil“ von 2013 eindeutig. //

Im Bundestagswahlkampf 2013 wagte sich der damalige SPD-Kanzlerkandidat auf schwieriges Terrain. Auf einer Veranstaltung im Berliner Wedding, einem Stadtteil mit hohem Anteil von Muslimen, zeigte Peer Steinbrück Verständnis für einen türkischen Vater, der seine Tochter vom Schwimmunterricht

befreien wollte. „Wenn die Schulen es einrichten können, sollten sie Rücksicht auf die religiösen Gefühle nehmen und getrennten Sportunterricht anbieten“, antwortete er auf die Frage, wie weit seine Toleranz in einem solchen Fall gehe. Das Problem, so Steinbrück, kenne er aus den Erzählungen seiner Frau, die Lehrerin in Bonn ist. An deren Schule würden muslimische Mädchen häufig durch Krankschreibungen vom koedukativen Sport ferngehalten – da müsse man andere Lösungen finden.

Der Politiker erntete daraufhin Empörung und heftige Kritik von allen Seiten.

„Bei aller Toleranz gegenüber dem Islam dürfen wir nicht die Gleichberechtigung von Mann und Frau infrage stellen“, konterte der CSU-Politiker und bayerische Innenminister Joachim Herrmann. Religiöse Gründe dürften die Grundrechte nicht relativieren, hieß es auch bei FDP und den Grünen. „Getrennter Unterricht verhindert, dass Jungen und Mädchen einen selbstverständlichen Umgang miteinander lernen“, betonte Niedersachsens sozialdemokratische Kultusministerin Frauke Heiligenstadt. Einige Jahre später hat das umstrittene Thema noch an Brisanz gewonnen. Denn die Mehrheit der in jüngster Zeit zugewanderten Flüchtlinge stammt aus arabischen, vom Islam geprägten Ländern. Nach und nach werden die Kinder dieser Migranten in das deutsche Bildungssystem integriert. Von dadurch ausgelösten kulturellen Irritationen oder gar Konflikten in den Schulen war anfangs relativ wenig zu hören. Doch die eigentliche Integrationsleistung findet mit Verzögerung statt – dann nämlich, wenn die Jungen und Mädchen aus Syrien, Irak oder Afghanistan nicht mehr in den Vorbereitungsklassen unter sich lernen, sondern in die Regelklassen gewechselt sind und am ganz normalen Lehrbetrieb teilnehmen.

Kompromiss Burkini

Rechtlich ist in Sachen Sportunterricht nach diversen Verfahren und einem letztinstanzlichen Urteil des Leipziger Bundesverwaltungsgerichts aus dem Jahr 2013 alles geklärt. Muslimische Mädchen haben keinen Anspruch darauf, vom Schulschwimmen befreit zu werden, wenn sie die Möglichkeit haben, einen Ganzkörperanzug zu tragen: So entschieden die zuständigen höchsten Richter vor gut drei Jahren. Zurückwiesen wurde die Revision einer damals 13-jährigen, aus Marokko stammenden Schülerin des Helene-Lange-Gymnasiums in Frankfurt am Main. Um ihre religiösen Gefühle zu schützen, biete sich als Kompromiss das Tragen eines sogenannten Burkinis an, hieß es in der Urteilsbegründung. Damit werde sowohl dem staatlichen Erziehungsauf-



Foto: dpa

Wenn muslimische Mädchen die Möglichkeit haben, einen Ganzkörperanzug zu tragen, haben sie keinen rechtlichen Anspruch, vom Schulschwimmen befreit zu werden.

Die Urteile – eine kurze Chronik

1990: Das Verwaltungsgericht Köln befreit eine zehnjährige muslimische Schülerin vom Schwimmunterricht. Begründung: Der Koran verbiete dem Mädchen, weibliche Reize zu zeigen.

1993: Das Bundesverfassungsgericht entscheidet, dass eine Muslima nicht am Schwimmen teilnehmen muss, wenn sie „keine zumutbare Möglichkeit“ habe, „ihre Blöße im Sinne der Bekleidungs Vorschriften des Korans fremden Dritten zu verbergen“. Die Schulverwaltung wird aufgefordert, zumindest für Kinder ab zwölf Jahren einen nach Geschlechtern getrennten Unterricht einzurichten.

2005: Muslimische Eltern, die ihren Sohn vom Schwimmen befreien lassen wollen, scheitern vor Gericht. Sie hatten argumentiert, dieser solle Schülerinnen in Badeanzügen oder Bikinis nicht sehen oder gar berühren.

2009: Eine Neunjährige aus Gelsenkirchen muss weiter am Schwimmunterricht teilnehmen. Es sei für sie zumutbar, einen Burkini zu tragen, sagt das Oberverwaltungsgericht Münster.

2012: Einer Grundschülerin aus Bremen wird die Befreiung vom Schulschwimmen verweigert. Die zuständigen Richter urteilen, einen solchen Anspruch gebe es erst mit Beginn der Pubertät.

2013: Das Leipziger Bundesverwaltungsgericht klärt mit seinem sogenannten „Burkini-Urteil“ den seit über zwanzig Jahren ausgetragenen Streit zumindest juristisch. Konservative islamische Organisationen kritisieren die Entscheidung, moderate Verbände wie der Zentralrat der Muslime und die Türkische Gemeinde in Deutschland loben sie als Kompromiss. tg

trag als auch der Glaubensfreiheit Rechnung getragen. 1993 hatte das Bundesverfassungsgericht noch anders geurteilt: Eine Befreiung vom Schwimmunterricht sei möglich, wenn die Schülerin „keine zumutbare Möglichkeit“ hat, „ihre Blöße im Sinne der Bekleidungs Vorschriften des Korans fremden Dritten zu verbergen“. Eine solche zumutbare Lösung für die koedukative Erziehung ist nach Ansicht des Bundesverwaltungsgerichts nun der Burkini – als Badeanzug, der bis auf Gesicht, Hände und Füße alle Körperteile bedeckt. Burkinis sind zudem meist so weit geschnitten, dass der Stoff selbst dann nicht am Körper klebt, wenn die Schwimmerin nass aus dem Wasser steigt. Nach einer Untersuchung der Deutschen Islam Konferenz weigerten sich im Jahr 2008 im Schnitt lediglich zwei Prozent der muslimischen Schülerinnen, am gemeinsamen Sportunterricht teilzunehmen. Ihre strenggläubigen Eltern beriefen sich stets auf das Urteil des Verfassungsgerichtes von 1993 und die zuvor

geführten Verfahren in niedrigeren Instanzen, um die staatliche Schulverwaltung in die Pflicht nehmen. Damals hieß es, „alle organisatorischen Möglichkeiten“ seien „auszuschöpfen“, ein nach Geschlechtern separiertes Angebot einzurichten. Diese rechtliche Vorgabe bezog sich allerdings dezidiert auf Mädchen, die älter als zwölf Jahre sind. Sie zielte also auf die Phase der Pubertät – und wurde in den höheren Schulstufen in der Form zeitweise geschlechtergetrennten Unterrichts auch weitgehend umgesetzt. Zu kulturellen Konflikten beim Schwimmen kommt es deshalb inzwischen eher an den Grundschulen. Hier lernen Jungen und Mädchen in der Regel im Fach Sport gemeinsam. Hier können Radlerhosen, langärmelige T-Shirts oder eben auch Burkinis, wie vom Bundesverwaltungsgericht angeregt, ein angemessener Mittelweg sein: zwischen Schulpflicht und religiöser Rücksichtnahme.

Thomas Gesterkamp,
freier Journalist



Unterrichten im Ausland

Sie haben das 1. und 2. Staatsexamen oder Sie sind im Landesschuldienst verbeamtet oder fest angestellt, sind aufgeschlossen und engagiert. Sie suchen eine neue Herausforderung? Dann brauchen wir Sie als **Lehrerin / Lehrer** für einen Einsatz an Deutschen Auslandsschulen oder ausgewählten staatlichen ausländischen Schulen. Wir freuen uns auf Ihre Anfrage und informieren Sie gerne über die Rahmenbedingungen.

Weitere Informationen und die Bewerbungsunterlagen finden Sie unter:
www.auslandsschulwesen.de
 Tel.: 022899 358-3666 • mailto: ZfA.Bewerbung@bva.bund.de



Bundesverwaltungsamt
– Zentralstelle für das
Auslandsschulwesen –





Wenn Engagement krank macht ...

- Depressionen
- Essstörungen
- Abhängigkeiten
- Lebenskrisen
- Burn-Out
- Stresserkrankungen
- Angsterkrankungen
- Bipolare Störungen

Unser Konzept:
 Individuelles Programm, Schwerpunkt Einzeltherapie
 Selbstfürsorge stärken und neue Orientierung finden

Bei der Klärung der Kostenübernahme sind wir Ihnen gerne behilflich.

MEDIAN Privatklinik Berggarten Deidesheim
 Fachklinik für Psychosomatik und klinische Psychotherapie
 Im Oberen Grain 1 · 67146 Deidesheim · Telefon +49 (0)6326 7008-0
 kontakt.berggarten@median-kliniken.de · www.median-kliniken.de



Gute Arbeit!

// Mit der Initiative „Bildung. Weiter denken!“ will die GEW Druck auf die Politik machen: Bund, Länder und Kommunen sollen mehr Geld für Bildung bereitstellen, damit Lern- und Arbeitsbedingungen besser werden. Jetzt geht die Initiative in die zweite Runde. //

Unter dem Motto „JA 13 – weil Grundschullehrerinnen es verdienen!“ hat die GEW im November vergangenen Jahres bundesweit mit kreativen Ideen für Wertschätzung und eine finanzielle Aufwertung der Profession in der Öffentlichkeit geworben (s. E&W 11/ und 12/2016). Diesen Rückenwind wollen wir mitnehmen, wenn wir uns in einem zweiten Aktionszeitraum schwerpunktmäßig dem Thema „Gute Arbeit“ widmen. Gute Bildung ist nur möglich, wenn die Bildungseinrichtungen gut ausgestattet sind sowie die Pädagoginnen und Pädagogen gute Arbeitsbedingungen und ein gutes Einkommen haben. Nur wenn Lehrende und Erziehende in ihren Einrichtungen gesundheitlich nicht gefährdet oder prekär beschäftigt sind, haben sie gute Voraussetzungen, Kinder, Jugendliche und Erwachsene zu motivieren und bestmöglich zu bilden. Bildungseinrichtungen und technische Infrastruktur sind heute allerdings oft marode, mangelhaft und nicht mehr zeitgemäß. Klassenzimmer, in denen der Schimmel die Wände hochkriecht oder kaputte Toiletten sind das Gegenteil eines

guten Lernumfeldes. Häufig fehlt es auch an Räumlichkeiten für ganztägigen und inklusiven Unterricht. Und: Zu große Gruppen und Klassen erschweren es Erzieherinnen und Lehrkräften nicht selten, individuell auf Kinder und Jugendliche einzugehen und diese entsprechend zu fördern. Fragen der Arbeitsbelastung, Pflichtstundenzahl oder Lehrverpflichtungen sowie der personelle Betreuungsschlüssel im Verhältnis zu den Gruppengrößen müssen daher dringend auf den Prüfstand, wenn wir „Gute Arbeit“ umsetzen wollen. Den Monat Februar stellen wir deshalb unter das Motto „Gute Arbeit“. Macht mit! Auf den Homepages des GEW-Hauptvorstands und der Landesverbände werden rechtzeitig weitere Informationen veröffentlicht. „Bildung. Weiter denken!“ – das können und wollen wir nur gemeinsam mit möglichst vielen Mitgliedern und nah an dem, was Euch wichtig ist!

Johanna Thumm,
Referentin der GEW-Initiative „Bildung. Weiter denken!“,
GEW-Hauptvorstand
Matthias Heidn,
Koordinator der GEW-Initiative „Bildung. Weiter denken!“

Alle Infos zur GEW-Initiative „Bildung. Weiter denken!“ sind auf der GEW-Website zu finden: www.gew.de/weiter-denken



„Null Toleranz bei Sexismus“

Null Toleranz bei Sexismus – mit GEW-Stickern Flagge zeigen: „Mein Nein heißt Nein“, mit dieser und weiteren Aussagen macht die GEW deutlich: Bei Sexismus gibt es keine Toleranz. Denn „jede Belästigung ist eine zu viel“. Darum jetzt die

GEW-Sticker-Karte (Artikelnr. 2069) im GEW-Shop bestellen – und Farbe bekennen.

Sarah Kleemann,
Referentin für Frauenpolitik, GEW-Hauptvorstand

www.gew-shop.de/druckerzeugnisse/frauenpolitik/stickerkarte-null-toleranz-bei-sexismus.html

Wer finanziert den Staat?

// Mit der Initiative „Bildung. Weiter denken!“ macht sich die GEW für mehr Geld für den Bildungsbereich stark. Sie zeigt Wege auf, wie der Staat zusätzlich Geld einnehmen kann, um seine Bildungsinvestitionen aufzustocken: beispielsweise mit einer gerechteren Einkommensteuerepolitik, die Arme entlastet und Reiche stärker in die Verantwortung nimmt. Für ein Steuerkonzept, wie es die GEW vorgelegt hat, brauchen wir gesellschaftliche Mehrheiten. Um diese zu gewinnen, müssen u. a. die Mythen der Steuerpolitik entzaubert werden. Dazu will E&W einen Beitrag leisten: Mit der Januar-Ausgabe startet die Serie „Fakten contra Wirtschaftsmythen“. //

Mythos

„Das oberste Zehntel der Einkommensbezieher zahlt 55 Prozent des gesamten Steueraufkommens.“

„Warum Besserverdienende den Sozialstaat finanzieren“, erklären deutsche Medien wie die Tageszeitung „Die Welt“ der Öffentlichkeit gerne. Auch die „Bild“ schlägt besorgt Alarm beklagt: „Das oberste Zehntel der Einkommensbezieher zahlt 55 Prozent des gesamten Steueraufkommens.“

Ist das deutsche Steuersystem wirklich ungerecht zu den Wohlhabenden und Reichen? Richtig ist: Die zehn Prozent mit den Topeinkommen tragen sogar fast 60 Prozent des Aufkommens aus der Einkommensteuer. Doch: Die Einkommensteuer ist zwar die wichtigste, aber bei weitem nicht die einzige Abgabe in diesem Land. Bei den indirekten Steuern wie Mehrwert-, Mineralöl- oder Tabaksteuer führen der Milliardär und die Verkäuferin mit kleinem Gehalt denselben Tarif ab. Weil der Topverdiener viel sparen kann und nicht alles im Supermarkt oder an der Tankstelle ausgibt, wird er für das Gesamtsteueraufkommen sogar unterproportional heran-

Fakt

„Bezieht man Steuer- und anteilig Sozialabgaben ein, zahlen die reichsten zehn Prozent 33 Prozent des Steueraufkommens!“

gezogen. Rechnet man die indirekten Steuern ein, sinkt der Anteil der oberen zehn Prozent auf 42 Prozent, wie Stefan Bach vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) ausgerechnet hat. Es geht aber weiter. Deutschland finanziert seine öffentlichen Aufgaben zu einem ungewöhnlich hohen Anteil mit Sozialabgaben. Deren Tarif ist für alle gleich, greift aber nur bis zur Beitragsbemessungsgrenze. Daher belasten Sozialabgaben das Gehalt der Krankenschwester voll, das des Chefarztes aber nur zum Teil. Bezieht man diese Abgaben anteilig mit ein, schrumpft der Steueranteil der reichsten zehn Prozent auf 33 Prozent. Das gilt aber nur, wenn diese brav ihre Steuern bezahlen und nicht – wie gerade die Superreichen – ihr Geld in Niedrigsteuerländer bringen.

Markus Sievers,
DuMont Hauptstadtreaktion

Beamtenkredit 10.000 € - 120.000 €

- Vorteilszins für den öffentl. Dienst
- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Baufinanzierungen echt günstig

0800 - 1000 500 Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns.
Seit über 35 Jahren.

Deutschlands günstiger Autokredit

2,77% effektiver Jahreszins
5.000 € bis 50.000 €
Laufzeit 48 bis 120 Monate

Repräsentatives Beispiel nach §6a PAngV: 20.000 €, Lfz. 48 Monate, 2,77% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,74% p.a., Rate 441,- €, Gesamtkosten 21.137,19 €

www.Autokredit.center

AK FINANZ

Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Tel.: (0621) 178180-0
Info@AK-Finanz.de

www.AK-Finanz.de

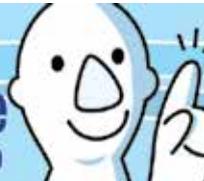
Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte G.D. / Berufssoldaten / Akademiker

Günstiges Darlehen resp. Bsp. 40.000 €, Sollzins (fest gebunden) 2,95%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 528,00 €, effektiver Jahreszins 2,90%, Bruttobetrag 44.317,65 €, Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Mobilkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, kleine Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten- oder Restschuldsicherung.

Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!

www.1a-Beamtenkredit.de

Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD



0800-0404041

Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren

NÜRNBERGER

Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung
Andreas Wendholt
Prälat-Höing-Str. 19 · 46325 Borken-Weseko

Amtsangemessen?!

// Im Streit um die amtsangemessene Bezahlung von Fachleiterinnen und -leitern in der Ausbildung von Lehramtsanwärterinnen und -anwärtern zieht die GEW Thüringen vor das Bundesverfassungsgericht. //

Die GEW in Thüringen will die ihrer Ansicht nach ungerechte und zu geringe Bezahlung von Fachleitungen angehender Lehrkräfte nicht länger hinnehmen – und hat in der seit fünf Jahren schwelenden Auseinandersetzung Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht (BVerfG) eingelegt. Dabei geht es nicht um ein finales Urteil in der Sache, vielmehr sollen die Karlsruher Richter den Weg für weitere Verhandlungen in Thüringen freimachen.

Hintergrund: Die GEW beklagt, dass Fachleitungen an Studienseminaren seit Inkrafttreten des neuen Thüringer Besoldungsgesetzes Ende 2011 nur noch eine Zulage von rund 200 Euro brutto monatlich erhalten, während Ausbilder in anderen Bundesländern in eine höhere Besoldungsgruppe aufsteigen. Zudem erhalten Fachleiterinnen und -leiter in Thüringen nur Zulagen, wenn sie tatsächlich ausbilden – das kann zu finanziellen Einschnitten führen, die sich später bei der Pension bemerkbar machen.

2013 wies das zuständige Verwaltungsgericht die Forderungen der Gewerkschaft zurück, im Juni 2016 lehnte das Obergericht (OVG) auch den Antrag auf Berufung ab. Dagegen reichte die GEW Verfassungsbeschwerde ein. Das höchste Gericht wird bei Annahme entscheiden, ob Verfassungsrecht verletzt wurde und die Berufung zugelassen werden muss.

Das für den Landesverband erstellte Rechtsgutachten des Erfurter Rechtsanwalts Matthias Wiese, Experte für Verwaltungs- und öffentliches Dienstrecht, ist über 1.100 Seiten lang – 240 Seiten Beschwerde und 900 Seiten Anhänge. Die Gewerkschaft will auch prüfen lassen, ob die Thüringer Regelung mit dem Verfassungsgrundsatz nach amtsangemessener Alimentation unvereinbar und damit verfassungswidrig ist. Laut Wiese könnte das Verfahren „weitreichende Bedeutung für die künftige Gestaltung des Thüringer Besoldungsgesetzes“ haben.

Eine Entscheidung aus Karlsruhe wird in diesem Jahr oder 2018 erwartet. „Wir rechnen aufgrund der Stichhaltigkeit unserer Beschwerde damit, dass diese angenommen und in unserem Sinne entschieden wird“, betont die thüringische GEW-Vorsitzende Kathrin Vitzthum.

Bei dem Streit um den Aufstieg in eine höhere Besoldungsgruppe oder um die Zahlung einer Zulage geht es um einige Hundert Euro. Ein Beispiel: Eine in Thüringen tätige Regelschullehrerin wird nach A 12 bezahlt. In der Erfahrungsstufe 10 – nach 24 Jahren – verdient sie in Vollzeit 4.193,60 Euro brutto. Bildet sie als Fachleiterin Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst aus, kommt eine Zulage von 219,69 Euro hinzu. Zum Vergleich: Wenn eine Sekundarschullehrerin in Sachsen-

Anhalt, bezahlt nach A 13, dann als Fachleiterin tätig ist, wird sie in A 14 eingestuft. Sie erhält in Stufe 8 – nach 23 Jahren – 5.388,73 Euro brutto – und zwar dauerhaft. Auch wenn gerade mal keine Lehramtsanwärter zu betreuen sind. Thüringens Bildungsministerium erklärt die Änderung des Besoldungsgesetzes damit, „dass Fachleiter auch dann aus dem Statusamt besoldet werden mussten, wenn diese keine Lehramtsanwärter

ausbildeten“. Die Zahlung der Zulage dagegen „hat die tatsächliche Ausbildung von Lehramtsanwärterinnen und -anwärtern zur Voraussetzung“. Die GEW weist dies zurück: „Die als Fachleiter tätigen Lehrkräfte haben sich aufwändig zwei Jahre lang weiterqualifiziert“, sagt Vitzthum. Deshalb wollten sie die Tätigkeit als offizielles Amt konstant ausüben. „Man braucht Verlässlichkeit in der beruflichen und finanziellen Planung.“

Die Gewerkschaft befürchtet zudem, dass sich das Problem des Lehrermangels verschärft.* Schon 2017 reichen nach Berechnung der GEW die angehenden Lehrkräfte in Thüringen nicht mehr aus, um den Bedarf zu decken – auch wenn dies nicht auf alle Fächer, Schularten und Regionen zutrifft. „Die Ausbildungskapazitäten müssten hochgefahren werden, das steht seit Jahren fest“, stellt Vitzthum klar. Doch dazu wären auch mehr Fachleiter nötig. Die fehlten aber ebenfalls: „Denn 219 Euro brutto, ohne tarifliche Anpassung und zeitlich beschränkt, sind hochgradig unattraktiv.“

Nadine Emmerich,
freie Journalistin



Foto: GEW Thüringen

**Kathrin Vitzthum,
Vorsitzende der GEW Thüringen:
„Wir rechnen aufgrund der Stichhaltigkeit unserer Beschwerde damit, dass diese angenommen und in unserem Sinne entschieden wird.“**

***Die Zahl der Lehrkräfte an staatlichen Schulen sank seit 2011/12 von 18.449 auf 16.936 im laufenden Schuljahr – Tendenz weiter fallend. Zugleich stieg der Anteil der Schülerinnen und Schüler seit dem Schuljahr 2014/15 von 235.885 auf aktuell 239.811. Für das Schuljahr 2017/18 wird mit 243.909 Mädchen und Jungen gerechnet.**

MaiMeeting

// Das 18. MaiMeeting der GEW findet vom 25. bis 28. Mai in der Lüneburger Heide statt. //

Das MaiMeeting ist das zentrale Bildungsangebot der GEW für Mitglieder, ganz besonders für Funktionärinnen und Funktionäre. Gerade den Austausch über die Grenzen von Landesverbänden, Berufsfeldern und GEW-Organisationsbereichen hinweg schätzen die Teilnehmenden sehr. Neben anspruchsvollen Workshops mit versierten Trainerinnen und Trainern gibt es wieder viele kulturelle Highlights und politische Abendveranstaltungen. Das MaiMeeting findet im ver.di Bildungs- und Tagungszentrum Walsrode statt, am südlichen Rand der Lüneburger Heide.

Folgende sechs Workshops stehen zur Auswahl:

- Zeitenwende? – das Unbehagen in der Spätmoderne und der Vormarsch rechter Ideologie
- Flucht und Trauma – Alltag mit geflüchteten, stark belasteten Kindern und Jugendlichen

- Die sind alle so verschieden! Heterogenität und Vielfalt – Herausforderung für Lehrerinnen und Lehrer
- Mein Auftritt als PädagogIn – Präsenztraining
- Unterrichtsfach Glück
- Mein berufliches Selbstverständnis: LehrerInsein – Beruf oder Berufung?

Stefan Pfaff,
Referent für Gewerkschaftliche Weiterbildung, GEW-Hauptvorstand

Weitere Informationen zum Programm, zu den Teilnahmebedingungen und zur Anmeldung stehen auf der GEW-Webste unter www.gew.de/maimeeting zur Verfügung. Der GEW-Hauptvorstand freut sich auf zahlreiche Anmeldungen. Anmeldeschluss: 5. März. Kontakt für Nachfragen: Nicole Lund, GEW-Hauptvorstand, Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt/Main Tel. 069 78973-209 Fax: 069 78973-102 E-Mail: nicole.lund@gew.de



Copyright: ver.di Bildungs- und Tagungszentrum Walsrode

Der Tagungsort: die ver.di Bildungs- und Tagungszentrum Walsrode

BUNDESKUNSTHALLE

EINE KURZE GESCHICHTE DER MENSCHHEIT

100 000 Jahre Kulturgeschichte
bis 26. März 2017 in Bonn

Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland
www.bundeskunsthalle.de

מוזיאון ישראל ירושלים
the israel museum, jerusalem
متحف إسرائيل، أورشليم القدس

STAMM Verlag
E&W Irland
Verlagsreisen Die grüne Insel

8-tägige Flugreise mit Durchführungsgarantie ab/bis Berlin-Tegel, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, Hannover, München, Stuttgart

ab € 1.569,-
p. P. im DZ
EZ-Zuschlag € 329,- p. P.

Abflugtermine

20.05.17
17.06.17
24.06.17
08.07.17
22.07.17
05.08.17
12.08.17
26.08.17
02.09.17

Irische Natur, Kultur und Gastfreundschaft

Reiseverlauf, Buchungsformular und Reisebedingungen unter www.gew.de/verlagsreisen
Informationen und Buchung ☎ 0521 / 96768-0

Veranstalter: tsmedialog GmbH, Detmolder Str. 78, 33604 Bielefeld

Langer Atem erforderlich

// Digitalisierung, inklusive Bildung, Heterogenität – mit den wachsenden Anforderungen an Schulen steigen auch die Ansprüche an die Unterrichtenden. Auf der Fachtagung des „Zukunftsforum Lehrer_innenbildung“ Mitte November vergangenen Jahres in Berlin machte sich die GEW für eine Reform der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften stark. //

Es war eine Woche, in der bundesweit Veranstaltungen rund ums Lehren und Lernen stattgefunden haben – ob auf dem Integrationsgipfel in Berlin oder dem Nationalen IT-Gipfel in Saarbrücken. Konferenzen, auf denen viele Erwartungen an den Lehrerberuf gestellt wurden. „Lehrerinnen und Lehrer sollen in der Lage sein, jedes Kind individuell zu fördern“, betonte auch GEW-Vorsitzende Marlis Tepe, als sie die Fachtagung des „Zukunftsforum Lehrer_innenbildung“ eröffnete, und fügte hinzu: „Das kommt aber nicht von allein. Lehrkräfte müssen sich gut darauf vorbereiten – alle Stadien der Aus-, Fort- und Weiterbildung müssen daher auf den Prüfstand.“ Seit zwei Jahren setzen sich Vertreterinnen und Vertreter des GEW-Hauptvorstands, der Bundesfachgruppenausschüsse und der Landesverbände sowie Expertinnen und Experten aus Politik, Hochschulen und bildungspolitischen Organisationen im „Zukunftsforum Lehrer_innenbildung“ intensiv mit den Zukunftsfragen einer innovativen Lehrkräftebildung auseinander (s. E&W 11/2016): Sind die Phasen der Ausbildung sinnvoll gewichtet? Wie lässt sich Inklusion flächendeckend umsetzen? Und wie lassen sich Theorie und Praxis im Lehramtsstudium besser miteinander verknüpfen? Vorläufige Ergebnisse stellte die GEW in einem Thesenpapier* vor.

Zu den notwendigen Reformen für eine höhere Qualität in der Lehrkräftebildung gehören demnach unter anderem:

- Inklusion muss als phasenübergreifendes Thema für alle Lehrämter eine wichtige Rolle spielen.
- Unterschiede bei Studiendauer und damit Bezahlung verschiedener Lehrämter sollen aufgehoben werden (mehr unter www.gew.de/weiter-denken).
- Lehramtsbezogene Studienabschlüsse müssen die Bundesländer gegenseitig anerkennen.



Foto: WWU/Peter Greiner

Bildungsforscher Ewald Terhart: „Die Fort- und Weiterbildung für Lehrkräfte ist im internationalen Vergleich völlig unterentwickelt.“



Foto: imago

Inklusion muss für alle Lehrämter eine wichtige Rolle spielen.

Damit sich alle Vorschläge realisieren lassen, seien mehr finanzielle und zeitliche Ressourcen notwendig. „Bei einer entsprechenden Prioritätensetzung und mit einer anderen Steuer- und Finanzpolitik wäre das machbar“, sagte der stellvertretende GEW-Vorsitzende Andreas Keller, verantwortlich für die Lehrerinnen- und Lehrerbildung. Keller kritisierte, dass „die Studie der OECD, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, immer wieder zeigt, dass Deutschland weniger für Bildung ausgibt als die meisten anderen Industrieländer“. Genauso wichtig sei, dass die Länder die Kraft zu gemeinsamen Standards in der Lehrkräftebildung im Bildungsföderalismus aufbringen. „Ein Wechsel von Oldenburg nach Passau sollte für Studierende wie Lehrende selbstverständlich werden“, mahnte der GEW-Vize.

Diskussionsbedarf

Ewald Terhart, Bildungsforscher an der Universität Münster, unterstützte den gewerkschaftlichen Appell, die Lehrkräftebildung zu verbessern. „Die Fort- und Weiterbildung für Lehrkräfte ist im internationalen Vergleich völlig unterentwickelt“, so Terhart, „diese Asymmetrie ist eines der grundlegenden Probleme in Deutschland.“ In der Podiumsdiskussion mit Manuel Lösel, Hessisches Kultusministerium, Isabell van Ackeren, Universität Duisburg-Essen, und Tina Hascher, Deutsche Gesellschaft für Erziehungswissenschaft (DGFE), gab es bei der Frage, wie Quereinsteiger in den Beruf integriert werden sollten, besonders viel Diskussionsbedarf. „Die Möglichkeit, sich später qualifizieren zu können, ist wichtig“, unterstrich Hascher, „wenn die Politik aber denkt, sie könnte den Lehrermangel durch Quereinsteiger ausgleichen, liegt sie völlig falsch.“ Notwendig sei eine berufsbegleitende und vom Staat finanzierte Qualifikation für ein Lehramt, so die Position des Zukunftsforums.

Beim kommenden GEW-Gewerkschaftstag vom 6. bis zum 10. Mai in Freiburg i. Brsg. sollen die Leitlinien des „Zukunftsforum Lehrer_innenbildung“ beschlossen werden. Für den langen Weg bis zu deren politischer Umsetzung und an den Hochschulen wünschte Hochschulexperte Keller seinen Kolleginnen und Kollegen „Enttäuschungsresistenz und Wirkungshoffnung“.

Eleonora Pauli,
freie Journalistin

***www.gew.de/zukunftsforum**

„Die Zukunft ist inklusiv“

// Besuch eines Graduiertenkollegs in Berlin, dem bundesweit einzigen, das sich ausschließlich schulischer Inklusion widmet. //

Wer noch nie ein Promotionskolleg besucht hat, dem bietet sich ein ungewohntes Bild. Über Monate hat der Doktorand Florian Schrupf Daten erhoben und Theorien zusammengetragen, ungezählte Konzepte zu Heterogenität, Vielfalt und Inklusion gelesen. In seiner Dissertation bearbeitet er die Frage, inwieweit Sachunterricht prädestiniert für inklusive Settings und soziales Lernen ist.

Nun stellt Schrupf ein Kapitel seiner Promotion in einem Seminarraum der Humboldt-Universität (HU) zu Berlin vor: in der monatlich tagenden „Begriffswerkstatt“ eines Graduiertenkollegs*, das sich ausschließlich und interdisziplinär schulischer Inklusion widmet. Es nennt sich „Inklusion – Bildung – Schule: Analyse von Schulstrukturentwicklungen“ und wird seit 2015 aus Mitteln der Exzellenzinitiative sowie von der Hans-Böckler-Stiftung gefördert. Kolleg-Sprecherin ist die HU-Rehabilitationspädagogin Vera Moser.

Die 19 Promovierenden haben die 37 Seiten, die Schrupf zur Vorbereitung herumgemailt hat, gründlich gelesen – und viele Fragen mitgebracht, beispielsweise: Wo treffen sich die Theorien mit der Praxis der Sachunterrichts-Didaktik? Wo und wann kommt das Soziale Lernen ins Spiel? Lässt sich Interkulturalität diskutieren, ohne Identitätstheorien zu studieren? Nicht zuletzt gibt es ganz praktische Tipps, etwa den Hinweis, beim Verfassen einer Dissertation rechtzeitig zwischen Material zu unterscheiden, das man in den Text einfließen lässt – und der großen Masse, die man lediglich als „Kontextwissen“ benötigt. „Irgendwann muss man gnadenlos aussortieren“, so die ebenfalls am Kolleg beteiligte Grundschulpädagogin Ada Sasse. Sie ruft dazu auf, nicht zu sehr an einer Theorie zu kleben, sondern erst einmal unbefangenen das Material zu sichten: Was habe ich für Daten, was kann ich damit machen?

Und Schrupf, der eine Stunde lang geduldig zuhörte und immer wieder erklärte, warum er dieses oder jenes so und nicht anders dargestellt hat? Nein, er habe sich nicht unwohl gefühlt. „Es ist gut, das, was man sich allein überlegt hat, zur Diskussion zu stellen; vor Menschen, die zur Fachöffentlichkeit gehören.“

Aus der Meta-Perspektive

Tatsächlich befinden sich unter den Doktorandinnen und Doktoranden – außer angehenden Lehrkräften – Politik- und Sozialwissenschaftler und sogar ein Malerei-Absolvent. Sie alle widmen sich, über Jahre und aus verschiedenen Perspektiven, der inklusiven Schule: Einige untersuchen inklusiven Unterricht, andere begleiten Schulen auf dem Weg in die Inklusion. So geht etwa eine Promovierende der Frage nach, wie der von dem Briten Tony Booth verfasste „Index for Inclusion“** in einigen Berliner Schulen umgesetzt wird. Auch

Profis für INKLUSION für Profis



die für Inklusion unerlässliche multiprofessionelle Teamarbeit wird erforscht; oder inwieweit Partizipation ein Indikator zur Qualitätsbestimmung von Inklusion sein kann. Mehrere Doktorarbeiten betrachten Schule aus der Meta-Perspektive; fragen, wie die Medien mit dem Thema Inklusion umgehen, oder untersuchen, wie Gewerkschaften und Verbände in der Inklusionsdebatte ihre Interessen vertreten.

Letzteres thematisiert Thea Nesyba, von der man als angehende Gymnasiallehrerin für Englisch und Spanisch vermuten könnte, dass sie in ihrem schulischen Alltag eher selten mit Inklusion in Kontakt kommt. „Das stimmt nicht“, kontert sie, „natürlich macht eine Schule der Vielfalt auch vor dem Gymnasium nicht halt.“ Mit der Promotion, sagt Nesyba, wolle sie sich nicht zuletzt auch auf ihre Praxis als Lehrkraft vorbereiten, denn: „Die Schule der Zukunft ist inklusiv.“

Jeannette Goddar,
freie Journalistin

*Das Kolleg im Internet:

www.erziehungswissenschaften.hu-berlin.de/de/ibs
Vom 29. Juni bis 1. Juli sollen die Ergebnisse des Kollegs während eines Fachkongresses zur Diskussion gestellt werden.

**Tony Booth, Mel Ainscow: „Index for Inclusion – developing learning and participation in schools“, 192 Seiten, Centre for Studies on Inclusive Education; 3rd Revised edition, 2011

Die GEW hat den Index für Inklusion mit Fokus auf den Kita-Bereich bereits 2006 ins Deutsche übersetzt und 2015 neu aufgelegt: „Index für Inklusion in Kindertageseinrichtungen: Gemeinsam leben, spielen und lernen“, zu bestellen unter broschueren@gew.de.

„Beim Bratling war ich raus“

// Das Schulessen in Deutschland ist eine heikle Angelegenheit: Eigentlich sind die Ansprüche hoch. In der Praxis hapert es aber oft am ganz Grundsätzlichen. //

Freitagabend. Familie Schmitt sitzt am Abendbrotstisch. „Endlich was Richtiges zu essen!“, seufzt Lasse, elf, und häuft sich die Spinat-Gnocchi auf den Teller. „Bei uns gab es heute Mittag Bauernschmaus mit Sauerkraut – das war eeeeeklig!“ Tim, 15, grinst genüsslich: „Also, bei uns hat es megageil geschmeckt. Ich hatte vegetarisches Chili, dazu gab es Wildreis, Salat vom Büffet und Wasser mit Minze und Limette.“ – „Hör auf! Wasser mit Minze. Ey, das ist so ungerecht“, schmolzt Lasse.

Zwei Brüder, zwei Schulmensen und dazwischen klaffen Welten – willkommen im Schulalltag in Deutschland. Nach Angaben der Kultusministerkonferenz (KMK) besuchten im Schuljahr 2014/15 bereits über 2,7 Millionen Kinder eine Ganztagschule. Das heißt, dass mittlerweile über ein Drittel der Schülerinnen und Schüler über die Mittagspause hinweg in einer Bildungseinrichtung betreut wird. Damit steigt auch der Bedarf nach einem Mittagessen in der Schule. Was dort geboten wird, lässt allerdings häufig zu wünschen übrig.

Im Mai 2015 veröffentlichte Prof. Ulrike Arens-Azevedo, damals Ernährungswissenschaftlerin an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg (HAW) und inzwischen Präsidentin der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE), mit ihrem Team die bislang größte bundesweite Erhebung zur Qualität der Schulverpflegung* – und stellte fest: In der Primarstufe isst nur jedes zweite Kind in der Schulmensa mit, in der Sekundarstufe nutzen sogar nur 30 Prozent das Essensangebot.

Das ist kein Zufall, denn das Urteil der Kinder und Jugendlichen über die Qualität des Essens fiel zuweilen vernichtend aus: In der Primarstufe fanden 33,7 Prozent das Angebot in ihrer Schule „geht so“, 13 Prozent nannten es „schlecht“ oder sogar „sehr schlecht“. In der Se-

kundarstufe sind die Schüler noch kritischer: 39,4 Prozent meinten „geht so“, 14,3 Prozent bezeichneten das Essen als „schlecht“ bis „sehr schlecht“. Folgerichtig verabschieden sich gerade die älteren scharenweise vom gemeinsamen Mittagstisch – und kaufen sich lieber einen Snack an der nächsten Pommisbude oder holen sich irgendwo Pizza oder Döner.

Zu wenig Auswahl

Insgesamt 760 Speisepläne wertete das HAW-Team aus und stellte fest: Viel zu oft lässt man den Kindern keine Auswahl. In jeder zweiten Grundschule wird nur ein einziges Menü angeboten; in den weiterführenden Schulen muten immer noch 25 Prozent den Schülerinnen und Schülern Einheitskost zu. Wer die nicht mag, hat Pech gehabt. Jede zweite Schule hält sich zudem nicht an die DGE-Empfehlungen für eine gesunde und ausgewogene Schulverpflegung. Das heißt, dass dort zu wenig Gemüse und Rohkost geboten wird, zu viel Fleisch und zu häufig Süßspeisen auf den Teller kommen.

Die Studie macht in Zahlen deutlich, was viele Lehrkräfte, Eltern und Kinder sich schon lange denken: Es muss sich dringend etwas tun beim Schulessen. Als Vorreiter gilt hier das Land Berlin. Nicht nur, aber auch wegen des Skandals um verkeimte Erdbeeren im Schul- und Kitaessen, durch das im Herbst 2012 Tausende Kinder erkrankten, zog das Abgeordnetenhaus die Reißleine. Der Pauschalpreis pro Mahlzeit wurde auf 3,25 Euro angehoben.

Dafür müssen sich die Essensanbieter seit 2014 streng an die DGE-Kriterien halten. Diese regulieren nicht nur die Zahl der Fleisch- und Gemüseahlzeiten, sondern schreiben auch zehn Prozent Bio-Anteil vor und verbannen Geschmacksverstärker, künstliche Aromen und Formfleisch vom Speiseplan. Im November 2016 nahm zudem in Pankow eine – bundesweit einzigartige – Kontrollstelle mit drei Mitarbeitern die Arbeit auf: eine Ernährungswissenschaftlerin und zwei Lebensmittelche-

miker prüfen seitdem die Qualität des Angebots in den Schulmensen.

„Ich freue mich, dass Berlin mit dieser Kontrollstelle erste Erfahrungen in der Überprüfung von Qualitätsmerkmalen der Kita- und Schulverpflegung sammelt“, sagt Anke Oepping, Ernährungswissenschaftlerin und Leiterin des im Herbst eingerichteten Nationalen Qualitätszentrums für Ernährung in Kita und Schule (NQZ). „Aus dem, was die Kolleginnen und Kollegen in Berlin herausfinden werden, können wir sicherlich auch für die bundesweite Arbeit einiges ableiten.“

Anspruch auf gutes Essen

Das NQZ wurde in der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) eingerichtet, unter anderem um eine Art TÜV für gutes Schulessen zu entwickeln, mit dem die Anbieter die Qualität ihres Angebots nachweisen sollen. „Mir scheint, dass eins in der ganzen Diskussion vergessen wird: Kinder haben



einen Anspruch auf ein gutes, ausgewogenes und schmackhaftes Essen – ganz gleich, in welcher Schule sie sind“, betont Oepping. „Dafür gibt es aber noch viel zu tun.“

Die DGE-Kriterien alleine jedenfalls sorgen noch nicht für leckeres Essen und eine entspannte Mittagspause. Das zeigt sich am Beispiel der Berliner Brüder Tim und Lasse. In der Grundschule von Lasse haben die Kinder die Wahl zwischen zwei Menülinien: einer vegetarischen und einer, die Fleisch enthalten kann. Die Teller werden von den Mitarbeiterinnen an der Ausgabe gefüllt. Das dauert. Außerdem gehen alle Klassen gleichzeitig in die Mittagspause. Für die Kinder heißt das: Sie haben nach dem Unterricht zehn Minuten Hofpause und müssen dann bis zu 30 Minuten in der Mensa anstehen. „Manchmal haben wir dann nur noch fünf Minuten zum Essen“, berichtet Lasse. Manchmal reicht ihm das aber auch: „Beim Bratling neulich war ich raus!“

Am Gymnasium von Tim war das früher ähnlich. Auch dort fanden die Schülerinnen und Schüler das Angebot so lala und die Wartezeiten zu lang. „Ganz viele

haben da nicht mehr mitgegessen“, sagt Tim. Dann beschloss der Schulverein, den Caterer zu wechseln und gleich das gesamte Konzept umzustellen. Jetzt gehen die Klassen gestaffelt in die Pause. „Das war echt ein Aufwand, die Stundenpläne entsprechend zu ändern“, sagt Tim. Aber es hat sich gelohnt: Keine langen Schlangen mehr; die Teenies haben Zeit zum Essen und um in Ruhe zusammensitzen. An der Theke wird nur das Hauptgericht verteilt, die Beilagen kann sich jeder im „Free-Flow-System“ zusammenstellen und hat dabei die Wahl zwischen verschiedenen Gemüsesorten, Salaten, Saucen, Kartoffeln, Nudeln, Reis. Bestellt wird das Hauptgericht am Vortag per Chip. Wer das verpasst, kann sich für wenig Geld an der Snackbar einen Wrap oder ein Baguette kaufen.

Lösungen gesucht

Ist das also die Lösung? Free-Flow-System für alle? Oder noch besser: direkt vor Ort kochen, statt das Essen stundenlang durch die Gegend zu schaukeln? „Wie das Essen auf den Teller kommt, darüber entscheiden die Bedingungen

vor Ort“, sagt Studienleiterin Arens-Azevedo. Die eine, für alle gültige Lösung gebe es nicht. „Natürlich schmeckt frisch gekochtes Essen am besten. Aber dafür braucht man eine entsprechend ausgestattete Küche und gutes Personal. Das ist ein erheblicher finanzieller Faktor. Wenn man eine Schule mit nur 40 oder 50 Essen hat, ist das wirtschaftlich schlicht nicht zu vertreten.“

Dennoch: Es ließe sich eine Menge bewegen, wenn Eltern, Kinder, Caterer und die Schulleitung an einem Strang zögen. „Mit einer guten Mahlzeit lässt sich die Stimmung in der Schule doch wunderbar zum Positiven lenken“, betont NQZ-Leiterin Oepping. Allerdings: Was ist eine gute Mahlzeit? Was der DGE als gutes Essen vorschwebt, kommt bei den Kindern oft wenig an: Fisch zum Beispiel steht bei den Schülerinnen und Schülern an Nummer drei der „Ätzgerichte“, wie Arens-Azevedo erfragte. Unbeliebter sind nur noch Spinat und Suppen; auf Platz vier landeten Kartoffeln. Auch die Eltern haben natürlich ihre Vorstellungen. Und zwischen allen Stühlen sitzen dann die Caterer.

Marion Meyer-Radtke,
freie Journalistin

*, „Qualität in der Schulverpflegung – Bundesweite Erhebung“, Prof. Ulrike Arens-Azevedo, Prof. Zita Schillmöller et. al, Mai 2015

www.in-form.de/nc/vns-portal/medien/publikationen-kita-und-schulverpflegung/in-form-materialien.html?tx_drblob_pi1%5BdownloadUid%5D=204

„Macht Dampf!“ – Kampagne des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft:
<https://www.macht-dampf.de/>

Ein Drittel aller Schülerinnen und Schüler wird über die Mittagspause hinweg im Ganzttag betreut. Damit steigt auch der Bedarf nach einem Mittagessen in der Schule. Doch zwischen der Qualität des Angebots der Schulmensen klaffen Welten.



Foto: image

Asyl: Vorurteil und Fakt

// Nicht nur in rechten Internetforen und unter Sympathisanten der „Alternative für Deutschland“ (AfD), sondern bis in die bürgerliche Mitte hinein kursieren viele – zum Teil hasserfüllte – Klischeevorstellungen und Stereotype über geflüchtete Menschen. So kommt es zu Behauptungen, die häufig auf Ressentiments und Nichtwissen basieren und sich unhinterfragt verbreiten – nicht nur im Netz. Das soll nicht so bleiben. In der Dezember-Ausgabe setzt die E&W-Redaktion die Serie „Vorurteil und Fakt“ fort. //

„Die Flüchtlinge, die rüberkommen, sind doch alle Analphabeten ...“

Vorurteil

*www.bamf.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2016/20161115-052-pm_iab-bamf-soep-befragung-gefluechtete.html

Stimmt nicht. 58 Prozent der erwachsenen Geflüchteten waren in ihren Herkunftsländern zehn Jahre und länger in Schule, Ausbildung und Studium. 37 Prozent besuchten eine weiterführende Schule, 31 Prozent eine Mittelschule, zehn Prozent nur eine Grundschule. Nur neun Prozent sind nicht alphabetisiert. Das ist das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage*, u. a. im Auftrag des Bundesamtes für Migration, die Mitte November veröffentlicht wurde.

Christoph Ruf,
freier Journalist

Fakt

Keine Zukunft ohne Erinnern

// Die GEW lädt vom 16. bis 21. Juli zu einem deutsch-israelischen Gewerkschaftsseminar nach Berlin ein. //



Holocaust-Mahnmal in Berlin

Foto: dpa

Das Seminar wird gemeinsam mit der israelischen Lehrergewerkschaft Histadrut Hamorim und der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) organisiert. Im Zentrum stehen die Auseinandersetzung mit dem Holocaust und aktuelle bildungs- und gesellschaftspolitische Themen. Von der Generation der

Überlebenden des Holocausts müssen wir langsam Abschied nehmen, die unmittelbare Erfahrungsgeschichte ist in Kürze nicht mehr greifbar. Diskutiert wird, wie es trotzdem gelingen kann, die Erinnerung an das Unfassbare wach zu halten. Die Tagung beschäftigt sich mit der Frage: Wie kann man Schülerinnen und Schülern das Thema „Holocaust“ heute nahebringen? Zudem sollen Schulen und Orte der außerschulischen Jugendarbeit besucht und historische Spurensuche in der Hauptstadt betrieben werden. Neben der gemeinsamen Freizeit wird eine Gedenkstättenfahrt mit Kranzniederlegung organisiert. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sollen eigene Beiträge aus ihrer pädagogischen Praxis in das Seminar einbringen oder einen Programmpunkt mitorganisieren.

Manfred Brinkmann,
Referent für Internationales, GEW-Hauptvorstand

Der Teilnahmebeitrag beträgt für GEW-Mitglieder 120 Euro. Anmeldeschluss ist der 15. Februar.
Weitere Informationen und Anmeldung: www.gew.de/veranstaltungen/detailseite/kein-erinnern-ohne-zukunft/

„Igitigitt“

(E&W 10/2016, Seite 22: „Primat der Pädagogik“)

Pflichtfach Informatik: Die Pädagogen sind „die Guten“ ... und wer sind die anderen? Die anderen, das sind diejenigen, die ein Pflichtfach Informatik fordern. Da gibt es einmal so einen „SPD-Politiker wie Sigmar Gabriel“. Igitigitt – ein Wirtschaftspolitiker, der nicht gerade für sein bildungspolitisches Engagement bekannt ist.

Dann wäre da noch „die Bitkom – der Dachverband der Digitalindustrie“. Igitigitt: die Wirtschaft! Als Drittes gibt es noch die „Informatiker“. Nochmal Igitigitt – egozentrische Technokraten! Hat sich mit dieser Abwertung einiger ihrer Protagonisten die Forderung nach einem Pflichtfach Informatik vollkommen erledigt? Ist sie im Diskurs über „digitale Bildung“ wirklich so abwegig und peripher?

Ist sie per se unpädagogisch? Die Autorin Ilka Hoffmann, GEW-Vorstandsmitglied Schule, schreibt, „Mediendidaktiker und Lehrkräfte“ verfolgten das Ziel „eine(r) umfassende(n), fächerübergreifende(n) Medienbildung, die zu einem verantwortungsvollen Gebrauch digitaler Medien führt“. Das wollen also „die Guten“. Kann man wirklich so tun, als ob dem ein Pflichtfach Informatik entgegensteht? Wie wäre es, wenn wir mit den (guten?) Pädagoginnen und Pädagogen, die das Fach Informatik unterrichten, eine ergebnisoffene Diskussion führen?

Irene Pasternak, Essen

„Bildungspolitischer Skandal“
(E&W 10/2016, Seite 40: „GEW trauert um Wolfgang Klafki“)

Barbara Koch-Priewe hat einen gut informierten und einfühlsamen Nachruf auf Wolfgang Klafki geschrieben,

wofür ihr zu danken ist. Die Tatsache allerdings, dass die GEW-Vorsitzende Marlis Tepe kein Wort der Anerkennung und des Dankes für den verstorbenen Erziehungswissenschaftler gefunden hat, ist ein bildungspolitischer Skandal, der auch moralisch nicht zu akzeptieren ist. Sie sollte ihn umgehend aus der Welt schaffen.

Prof. em. Karl-Heinz Braun,
1994 – 2006 Mitglied des Landesvorstandes
der GEW Sachsen-Anhalt



>> Fortsetzung auf Seite 44

STAMM Verlag
E&W
Verlagsreisen

Johannes-Passion in Leipzig

Thomanerchor und Gewandhausorchester präsentieren Bach

14.04. - 17.04.2017 (Ostern) – 4-tägige Musikreise

ab € 420,-
p. P. im Doppelzimmer
EZ-Zuschlag € 90,- p. P.



Am Karfreitag im Jahr 1724 wurde die Johannes-Passion von Johann Sebastian Bach in Leipzig uraufgeführt. Reisen Sie mit uns in die Musikstadt und seien Sie dabei, wenn Thomanerchor und Gewandhausorchester die neben der Matthäus-Passion einzige vollständig erhaltene Passion präsentieren. Aufgeführt wird das Werk in der Thomaskirche und damit an historischer Wirkungsstätte Bachs. Zahlreiche weitere kulturelle Höhepunkte erwarten Sie auf dieser musikalischen Reise: Sie erleben ein Kammerkonzert im Wohn- und Sterbehause Felix Mendelssohn Bartholdys und besuchen das Museum der bildenden Künste, das um 1858 gegründet wurde und zu den ältesten Kunstmuseen Deutschlands zählt. Dort können Sie bedeutende Werke der spätmittelalterlichen Malerei bestaunen. Auf den Spuren von Bach erkunden Sie Orte großer Musiktradition – und die Musikstadt Leipzig lädt Sie herzlich dazu ein.

Das beinhaltet unsere Reise

- ✓ Bahnreise (2. Klasse) ab/bis gewünschtem Abfahrtsort nach Leipzig und zurück (bis 400 km, darüber hinaus zzgl. € 50,- p. P.)
- ✓ 3 Übernachtungen inklusive Frühstück im Hotel The Westin Leipzig (****), oder gleichwertig
- ✓ 1,5-std. Stadtführung durch Leipzig
- ✓ Stadtführung „Auf den Spuren von Bach“ inklusive Besichtigung des Bach-Museums
- ✓ Eintritt Mendelssohn-Haus inklusive Kammerkonzert und 1-std. Führung
- ✓ Eintritt Zeitgeschichtliches Forum Leipzig inklusive 1,5-std. Führung
- ✓ Eintritt Museum der bildenden Künste inklusive 1-std. Führung
- ✓ ts|medialog - Reisebegleitung (ab 20 Teilnehmern)

Wunschleistungen

- ✓ Konzertkarte „Johannes-Passion“ mit Thomanerchor und Gewandhausorchester in der Thomaskirche
Kat. 1: € 69,- p. P.
Kat. 2: € 53,- p. P.
Kat. 3: € 42,- p. P.
Kat. 4: € 32,- p. P.
- ✓ 1 x Abendessen im Hotel € 33,- p. P. (ab 10 Personen)
- ✓ 1 x Abendessen in „Auerbachs Keller“
3-Gang-Menü € 26,- p. P. (ab 10 Personen)
- ✓ 1 x Abendessen im „Bayerischen Bahnhof“
3-Gang-Menü € 27,- p. P. (ab 10 Personen)

Fotos © LTM/ A. Schmidt, M. Bader; Bach-Archiv Leipzig/ G.Mothes

Reiseverlauf, Buchungsformular und Reisebedingungen unter www.gew.de/verlagsreisen

Informationen und Buchung ☎ 0521 / 96768-0

Veranstalter: ts|medialog GmbH, Detmolder Str. 78, 33604 Bielefeld

>> Fortsetzung von Seite 43

„Rentner trägt die Kosten“ (E&W 11/2016, Seite 6 ff.: „Rentenschwerpunkt“)

Das Rententhema ist sehr kompliziert, wie auch die informativen Beiträge zeigen. Ergänzend noch einige Aspekte, die häufig zu kurz kommen.

Zur Rente: Jede Beitragserhöhung der gesetzlichen Krankenkassen und der Pflegeversicherung bedeutet eine Rentenkürzung, weil der Rentner diese Kosten komplett trägt. Die Besteuerung der Renten wird in jährlichen Schritten sukzessive angehoben (bis 2020 um zwei Prozent auf eine Besteuerung von 80 Prozent der Rente, ab 2021 um ein Prozent jährlich). Das wirkt sich für immer mehr Rentnerinnen und Rentner negativ aus. Der deutsche Eingangsteuersatz ist bekanntlich einer der höchsten weltweit. Auch die Teuerung wirkt sich auf das verfügbare Einkommen des Rentners mindernd aus. Ihm hilft wenig, wenn der PC jährlich billiger wird, die Preise für Grundnahrungsmittel aber steigen. Die Direktversicherung (nicht Riesterrente) ist staatlich legitimierte „Wegelagerei“. Es profitieren hauptsächlich Krankenkassen und die Versicherungsindustrie. In der Ansparphase spart der Arbeitnehmer zwar seinen Anteil an Kranken- und Rentenversicherung. Der Arbeitgeber spart allerdings ebenso und senkt so seine Lohnnebenkosten. Im Lauf des Berufslebens kann es dem Arbeitnehmer dann passieren, dass er die Krankenversicherungsgrenze so weit überschreitet, dass er den Höchstbeitrag zahlen muss und gar nichts sparen kann.

Egbert Dreher, Leutkirch

Verteilungsfragen kein Thema (E&W 11/2016, Seite 6 ff.: „Rentenschwerpunkt“ und Gastkommentar, Seite 2: „Jetzt handeln!“)

Dass sich die E&W mit dem Thema „Rente“ befasst hat, ist sehr wichtig, um den Berichten in vielen Medien nach dem Motto „Die Alten plündern die Jungen aus“ etwas entgegenzusetzen. Gerade deshalb verstehe ich nicht, dass in einer Gewerkschaftszeitung die Entwicklung der verringerten Lohnquote in den vergangenen Jahren nicht thematisiert

wird. Die Redaktion hätte anhand konkreter Berechnungen den Leserinnen und Lesern vor Augen führen können, wie viel den Beschäftigten nicht nur an Einkommen, sondern auch an Einnahmen der Sozialversicherung – unter anderem durch die Agenda 2010 – verloren ging. Weiterhin vermisste ich, dass man im Schwerpunkt nicht geklärt hat, warum die Erhöhung der Produktivität eine viel größere Rolle bei der Versorgung erwerbsloser Menschen spielt als der „demografische Wandel“: „Produktivität schlägt Generativität.“

Außerdem: Statt die wesentlichen Verteilungsfragen anzusprechen, spricht Prof. Ute Klammer in ihrem Gastkommentar von „biografischen Risikoelementen“. Zu kritisieren ist auch Klammers Vergleich der „Armutsrisikoquote“ von Alten und Kindern. Sie sollte wissen, dass die Prozentangabe bei Heranwachsenden sich auf den Armutsbegriff von 60 Prozent des Durchschnitts (Median-)Einkommens bezieht. Während bei der Altersarmut die Bezugsgröße der tatsächliche Bezug von Sozialhilfe (Grundsicherung) ist. Wohlgedenkt: Die Wissenschaftlerin hat noch nicht einmal den Anteil der Renten unterhalb des Sozialhilfeniveaus berechnet, sondern ausschließlich jenen von Menschen, die gar nichts mehr haben: kein Ersparnis, keinen etwas besser verdienenden Ehepartner, kein eigenes Haus... Allein so kommt die niedrige Prozentzahl von „nur“ 3,1 Prozent der Bevölkerung im Rentenalter“, die auf Leistungen der Grundsicherung angewiesen sind, zustande.

Monika Lammers-Goebel, per E-Mail

„Ignoranz des DGB“ (E&W 11/2016, Seite 10 f.: „Rückkehr zur Stabilität“, Interview mit Annelie Buntentbach)

Das Interview zeigt klar die Ignoranz des DGB für alternative Problemlösungen. Denn Gewerkschafterin Annelie Buntentbach sieht diese einerseits nur in „Beitragserhöhungen, die ohnehin auf uns zukommen – von heute 18,7 auf 22 Prozent bis 2030“ –, andererseits aber in der „Ausweitung der betrieblichen Alterssicherung“. Der DGB befindet sich offensichtlich immer noch im neoliberalen Fahrwasser der Konzerne

und der SPD. Alternative Konzepte wie das Drei-Säulen-Modell der Schweiz, bei dem die Einkommensarten aller

Bürgerinnen und Bürger herangezogen werden, kommen im Denken des DGB nicht vor. Auch der Ansatz der Betriebsrente ist eine „Mogelpackung“. Prof. Gerd Bosbach, Professor für Statistik und empirische Wirtschafts- und Sozialforschung an der Hochschule Koblenz, hat berechnet, dass die Unternehmen enorm entlastet würden, weil sie für die betriebliche Altersversorgung weder Sozialbeiträge noch Arbeitslosenversicherung zahlen. Die Folge: Die gesetzliche Rentenversicherung verliert viel Geld, für die Arbeitnehmer sinkt der künftige Rentenanspruch, der Staat nimmt weniger Steuern ein und bezahlt dazu noch Zuschüsse. Gewinner sind Arbeitgeber und Versicherungen.

Edgar Streese, per E-Mail

„Wespennest“ (E&W 11/2016, Seite 16 f. und Seite 19: „Rente – (k)ein Thema für Jüngere?“ und „Und die Beamten?“)

Da hat sich die E&W-Redaktion aber ein thematisches Wespennest vorgenommen. Seit Jahren halte ich die gut gemeinten Argumente des GEW-Hauptvorstands, sich für die Angestellten einzusetzen, für einen internen Kampf gegen Windmühlen: Die meisten Mitglieder sind doch Beamtinnen und Beamte! Zumindest im gymnasialen Bereich gibt es (bei gleichwertiger Ausbildung/Qualifikation) schon während der Phase der Berufstätigkeit einen monatlichen Gehaltsunterschied von rund 700 Euro. In der Renten-/Pensionszeit wird der Unterschied noch krasser: Pensionäre erhalten gegenüber den Rentnern das Doppelte. Seit meiner Zeit an der Uni bin ich GEW-Mitglied, habe viele Jahre im Betriebsrat mitgearbeitet, einen mit aufgebaut, drei Kinder bekommen und stehe jetzt kurz vor einer Rente, die weniger als die Hälfte der Pension meiner pensionsberechneten



tigten Kolleginnen und Kollegen betragen wird. Ist es nicht an der Zeit, dass sich die GEW entscheidet: entweder für (Angestellte und) „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ zu kämpfen – oder für verbeamtete Lehrkräfte? Und ist es nicht langsam ebenso an der Zeit, sich mit Blick auf künftige Generationen für mehr Gerechtigkeit einzusetzen? Wäre es denn so schlimm, zu sagen: „Ab dem Jahr 2020 zahlen alle in eine gemeinsame Renten-/Pensionskasse ein?“

Sigrid Leonard, Stuttgart

„Nicht so zahm“

(E&W 11/2016, Seite 36: „Jeder muss Toleranz üben“, Interview mit Zekeriya Altuğ vom Koordinationsrat der Muslime)

Zekeriya Altuğ ist nicht nur Mitglied des Koordinationsrats der Muslime, sondern auch bei der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion (DITIB) zuständig für die Außenbeziehungen und in Nordrhein-Westfalen im DITIB-Vorstand. DITIB ist der verlängerte Arm des Erdoğan-Regimes. Und genau im Sinne des autokratischen türkischen Regierungschefs hat Altuğ nach der Bundestagsabstimmung über

die Armenien-Resolution Druck auf die Abgeordneten mit türkischer Herkunft ausgeübt.

Als Gewerkschafter frage ich mich, ob es in einer Zeit, in der Recep Tayyip Erdoğan Woche für Woche seine Diktatur weiter festigt, nicht geeignetere Gesprächspartner gegeben hätte. Und wenn schon ein Interview mit Altuğ, dann bitte nicht so zahm und zurückhaltend. Außerdem fehlt eine Information über DITIB und deren politische Ausrichtung. Eine Haltung und einen Standpunkt zu zeigen, das sind wir den vielen Oppositionellen in den türkischen Gefängnissen schuldig.

Bernhard Fedler, Wuppertal

„Skandal!“

Die GEW gibt Zekeriya Altuğ von der DITIB eine Plattform – das ist ein Skandal! So heißt es in einem Beschluss der Bundesdelegiertenkonferenz der Grünen in Münster vom 11./12. November: „Die vier großen muslimischen Verbände (DITIB, Islamrat, Zentralrat der Muslime, V.I.K.Z.) erfüllen ... zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht die vom Grundgesetz geforderten Voraussetzungen an eine Religionsgemeinschaft im Sinne des

Religionsverfassungsrechts. Sie sind religiöse Vereine. Ihre Identität und Abgrenzung untereinander ist nicht durch Unterschiede im religiösen Bekenntnis begründet, sondern politischen und sprachlichen Identitäten aus den Herkunftsländern und der Migrationsgeschichte geschuldet. Die DITIB ist dabei zudem eine Tochterorganisation des Präsidiums für Religionsangelegenheiten (Diyanet İşleri Başkanlığı) in Ankara. Die strukturelle Abhängigkeit von einem Staat und dessen jeweiliger Regierungspolitik entspricht nicht der grundgesetzlich geforderten Trennung von Religion und Staat.“ (Zitat von der 40. Ordentlichen Bundesdelegiertenkonferenz, Bündnis 90/Die Grünen, November 2016 in Münster). Sogar die Grünen haben es endlich begriffen – ist die Redaktion nicht informiert oder naiv oder teilt sie etwa den türkischen Anspruch auf politische Einflussnahme in Deutschland? Das wäre unverantwortlich. Wenn es über dieses unsägliche redaktionelle Versagen keine umfassende Debatte gibt, bleibe ich nicht länger GEW-Mitglied.

Karola Blume-Kullmann, per E-Mail

>> Fortsetzung auf Seite 46

Klassenfahrten London
mit oder ohne Sprachkurs
ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm
london@reichardt.eu, T: 06181 424830
www.reichardt.eu

ITALIEN: LIGURIEN UND TOSKANA
wunderschöne Ferienhäuser / -whg privater Vermieter, mit Gärten, ruhig, nicht weit vom Meer, mittelalterliche Dörfer, herrliche Natur...
Tel.: 089 / 33 37 84, www.litos.de

Andalusien
Kleines Ferienhaus auf Finca im Olivenhain am Naturschutzpark bietet Ruhe und Erholung. Für Wanderer ein Paradies.
T: 05171/16343 www.la-ruca.de

Friesland Charter
Seit 1966
Gruppenfahrten auf traditionellen Segelschiffen
Auf IJsselmeer und Binnengewässer
8 bis 60 Personen
• Klassenfahrten
• Wochenendarrangements
Familie Koopmans
De Slinke 19, NL 9011 WV Jirnsum
Ruf 0031-566-631604
An Bord 0031-6-50681864
E-mail: info@frieslandcharter.nl
Internet: www.frieslandcharter.nl
Klipper DE HOOP****



Insel Rügen: Ferienwohnungen mit moderner Ausstattung in Putbus, für 2-4 Pers., mit Balkon, 2 Schlafzimmer, von privat, ruhig, sonnig, Natur pur, Tel. 038301 60289
www.alte-tischlerei-putbus.de

Klassenfahrten, Abi- & Studienreisen nach Berlin
www.berlinreisen.de

TOSCANA
Weingut zw. Florenz u. Pisa, Zi. mit HP, FeWos und Häuschen, gr. Pool. Ermäß. für GEW-Mitgl.
Tel. und Fax: 0039 - 0571 - 408041
info@aglioni.it, www.aglioni.it

SAMOS - GRIECHENLAND
Familie Taleporou verwöhnt Sie!
8 DZ, NR-Haus, exzellenter Service und super Frühstück!
www.pension-ermioni-samos.de

Urlaub in **SW England/Devon**
Privathaus am Atlantik
bis 6 Pers. Tel: 040 817236

MASUREN UND MEHR ERLEBEN
in naTOURa Reisen
www.innatoura.de
Tel: 0551 - 504 65 71

Exklusive Kultur-Leserreisen
Musik und Literatur an besonderen Orten erleben
www.gew.de/Verlagsreisen

Arbeitsmappen - SEK I - FS - GS
www.stockmann-verlag.de

schulfahrt.de Klasse Reisen. Weltweit.
Der große Klassenfahrt-Ratgeber – kostenlos online
• Kostenplanung • Verkehrsmittelplanung
• für jede Klassenstufe das richtige Reiseziel finden • Vor- und Nachbereitung Ihrer Klassenfahrt
www.schulfahrt.de/ratgeber
Schulfahrt Touristik SFT GmbH Ihr Reiseveranstalter
Herrngasse 2 Tel.: 0 35 04/64 33-0
01744 Dippoldiswalde www.schulfahrt.de
Service-Center Frankfurt 069/96 75 84 17



>> Fortsetzung von Seite 45

Toleranz als Einbahnstraße?

„Jeder muss Toleranz üben“, sagt Zekeriya Altuğ vom Koordinationsrat der Muslime im E&W-Interview. Wer wollte da widersprechen? Ich frage mich allerdings nach der Lektüre, ob er Toleranz nicht doch für eine Einbahnstraße hält. Es stimmt, viele vor allem junge Menschen verzichten heute nach angelsächsischem Vorbild auf „Handshakes“. Bei uns ist es jedenfalls noch immer Gepflogenheit, dass die Frau entscheidet, wem sie die Hand reicht. Diese dann nicht zu ergreifen, ist eine grobe Unhöflichkeit. Im Wissen darum sollte sich deshalb auch ein Muslim oder ein strenggläubiger Jude an diese Verhaltensregel halten. Unklar bleibt in Altuğs Argumentation jedoch vor allem, was die Abstammung von Abgeordneten mit ihrem Abstimmungsverhalten zu tun haben soll. Abgeordnete sind nach Paragraph 38 des Grundgesetzes (GG) Vertretung des ganzen Volkes und nur ihrem Gewissen unterworfen.

Peter Schild, Böblingen

„Moraldiktatur verhindern“

Zekeriya Altuğ ist in Nordrhein-Westfalen (NRW) Vorstandsmitglied der DITIB (Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion) und somit verlängerter Arm der Erdoğan-Partei AKP („Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung“). Der letzte Vorsitzende dieser Gesellschaft sitzt heute, da er zwei Pässe besitzt, im Parlament in Ankara und ist Recep Tayyip Erdoğans Berater in allen Fragen, die Deutschland betreffen.

Ankara schickt im halbjährigen Austausch etwa 900 Imame nach NRW, die kein Deutsch sprechen. Diese leisten ganze Arbeit, das sieht man an den Wahlergebnissen der vergangenen Jahre.

Altuğ hält unser Grundgesetz (GG) zwar für wertvoll, konzentriert sich aber ausschließlich auf Artikel 4 (Religionsfreiheit) des GG und erwartet, dass die „Bio-Deutschen“ Rücksicht auf die Grundwerte eingewanderter Muslime nehmen. Den Begriff Integration nimmt er nicht in den Mund, meint dieser doch die Bereitschaft, „dabei sein“ zu wollen. Die islamischen Paradigmen widersprechen aus meiner Sicht den Grundrech-

ten Gleichberechtigung und Freiheit. Trotzdem bestehen vor allem Islamverbände auf muslimischen Traditionen und Sitten als Teil ihres „religiösen Lebens“. Sie berufen sich auf die im Grundgesetz verankerte Religionsfreiheit und wollen so den Unterschied von Mann und Frau zementieren. Zum Nachteil der Frauen. Aber: Frauenrechte sind Menschenrechte. Sie wurden in den westlichen Demokratien dem Patriarchat in jahrelangen Kämpfen abgerungen. Der Staat muss wachsam sein, wenn sich Parallelgesellschaften bilden, die sich am Schariarecht orientieren. Ein Zurück zur Moraldiktatur einer Religion wollen wir nicht.

Ulrich Bald, Hagen

Anm. d. Red.:

Das Interview mit Zekeriya Altuğ hat die Redaktion im Rahmen der E&W-Serie „Allianz für Weltoffenheit“ geführt. Der Koordinationsrat der Muslime, für den Altuğ spricht, ist Mitglied der Allianz, ebenso wie die DGB-Gewerkschaften. Auf Altuğs Funktionen bei der DITIB hat die Redaktion in dem Beitrag hingewiesen.

„Überfällig“

(E&W 12/2016, Seite 43: „Grundschullehrkräfte: JA 13 für alle!“)

Zum wiederholten Male berichtet die E&W über die ungerechte Besoldung von Lehrerinnen und Lehrern. Und zum wiederholten Male geht es ausschließlich um Grundschullehrkräfte. Kein Wort davon, dass in Nordrhein-Westfalen (NRW), dem nach Baden-Württemberg mitgliederstärksten GEW-Landesverband, auch die Lehrkräfte in der SEK I an Haupt- und Realschulen ungerecht bezahlt werden. Es ist daher überfällig, dass die GEW dieses Thema in den Fokus rückt. Anstatt sich mit weitgehend

akademischen Diskussionen zu beschäftigen, sollte sie sich besser auf ihre Wurzeln besinnen – und sich mit den wirklichen Anliegen der Basis ausei-

nersetzen. Dies hat im Übrigen die Konkurrenz längst erkannt und macht damit in NRW erfolgreich Werbung.

Alice Feuser-Weyrich, Mettmann

Arbeitgeber verpflichtet

(E&W 12/2016, Seite 38 f.: „Hilferuf aus dem Kollegium“)

Seit den 1980er-Jahren des vorherigen Jahrhunderts gibt es etwa 3 000 wissenschaftliche Veröffentlichungen zur Arbeitsbelastung und zur Burn-out-Situation der Lehrkräfte in Deutschland. Der Tenor ist eindeutig: Die Lehrerinnen und Lehrer sind gesundheitlich sehr stark gefährdet. Doch weder Anzahl noch Inhalt dieser wissenschaftlich fundierten Beiträge hat Politik und Bildungsbürokratien nur im Geringsten beeindruckt. Erfasst wurde ja „nur subjektives Empfinden“ und keineswegs objektive Arbeitsbelastung – und wer glaubt schon Selbstaufschreibungen?

Mich hat verwundert, dass der Artikel im Tenor darauf abhebt, dass die Beschäftigten primär für ihre Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz Sorge zu tragen haben. Warum wird nicht zunächst auf den Paragraphen 5 des Arbeitsschutzgesetzes geschaut, der die Arbeitgeber verpflichtet, mögliche Gefährdungen am Arbeitsplatz zu erfassen und abzustellen? Das Oberverwaltungsgericht (OVG) Niedersachsen fordert in seinem Urteil zur Unterrichtsverpflichtung der Gymnasiallehrkräfte, die Aufgabenstellung transparent zu gestalten. Doch die Arbeitgeber weigern sich (s. E&W 9/2016). Die Kolleginnen und Kollegen sollten daher die Möglichkeiten des Arbeitsschutzes vor dem Hintergrund deutlich verbesserter Rechtsprechung offensiver nutzen. Und sie sollten per Rechtsweg durchsetzen, Gefährdungen festzustellen und diese zu beseitigen.

Helmut Zachau, Bremen



E&W-Briefkasten

Postanschrift der Redaktion:

Gewerkschaft Erziehung
und Wissenschaft

Postfach 900409, 60444 Frankfurt a. M.

E-Mail: katja.wenzel@gew.de

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Anonym zugesandte Leserbriefe werden nicht veröffentlicht.

TimeTEX **So leben Lehrer/innen leichter**

10,- € Gutschein
Code EW4733

Mindestbestellwert: 30,- € · Gültig bis 31.03.2017
Pro Kunde nur einmal einlösbar · Nicht bar auszahlbar.

Hänge-Orga-Tasche
A4 quer

ab 4,50 €

- übersichtlich + griffbereit aufbewahren
- für Arbeitsblätter + Infos

Art. 10662-43

Zeitdauer-Uhr
Automatik „Compact“

ab 8,95 €

- mit Restzeit-Anzeige
- mit rückseitigem Magnet

Art. 61970-43

funktioniert ohne Batterien

Mobil-Sichtschutz
„Clausura“

ab 1,95 €

- kein Abschreiben mehr
- schnelles Aufstellen + Abräumen

Art. 70070-43

Gehörschutz für Kinder
„Auris“

nur 9,95 €

- für konzentriertes Arbeiten
- dämpft störende Geräusche (SNR 26 dB)

Art. 70055-43

Magnet-Plättchen 20 x 20 mm

ab 4,95 € Gute Magnet-Haftung

- selbstklebend, 100 Stück
- zur Herstellung magnetischer Unterrichtshilfen

Art. 93290-43

Taschen und Trolleys
Beste Preis, beste Qualität

ab 69,90 €

- große Auswahl
- hochwertige Materialien
- robust, mit viel Platz

www.timetex.de • TimeTEX HERMEDIA Verlag GmbH • Tel. 09442 92209-0 • Fax -66

Ihre Reiseleiter in PARIS für Klassenfahrten und Gruppenreisen

erfahren agenturunabhängig preisgünstig

vinculum MUNDI Stadtrundfahrten Ausflugsprogramme Rundreisen

Tel.: +33 6 52 22 30 30
www.vinculum-mundi.com

Italien
Abruzzen, Toskana und mehr
Stilvolle Unterkünfte zwischen Bergen und Meer.
Persönliche Beratung. Tel. 0391 - 81 08 952
www.lupus-italicus.de

Die Wollmarshöhe

Klinik Wollmarshöhe

Akutfachkrankenhaus für psychosomatische Medizin

Kurzzeittherapie bei Burn-out und Stressfolgeerkrankungen

Für Privatversicherte, Beihilferechtere, Selbstzahler

Stationär, teilstationär, ambulant

Therapeutisch-ganzheitliches Konzept - moderne Diagnostik und Therapieplanung

Neurologische und psychokardiologische Abklärung

Zeitgemäße Einrichtung und Ausstattung, schönes Ambiente, nahe Bodensee (Bodnegg)

Gerne senden wir Ihnen unser Exposé.

info@klinik-wollmarshoehe.de

Information / Auskunft:
07520 927-0

www.wollmarshoehe.de



Nordsee/Norddeich Freizeitgruppenhaus

Für Selbstversorger (max. 28 Pers.), ideal für Klassenfahrten/Freizeiten/Seminare, tolle Freizeitangebote, kompl. eingerichtet, Strandnähe.

www.selbstversorgerhaus-nordsee.de Tel. 04941 / 68865

RÜGEN für Naturfreunde!
Ferienwohnungen und -häuser unter Reet in idyllischer und ruhiger Alleinlage nahe Putbus, Lauterbach und dem Bodden.

www.in-den-goorwiesen.de

Klassenfahrten Versailles
mit oder ohne Sprachkurs

ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm
versailles@reichardt.eu, T: 06181 424830

www.reichardt.eu

Behutsam die Welt entdecken

- ✓ Fernreisen weltweit
- ✓ Studien- und Begegnungsreisen
- ✓ preiswerte Flugtickets für Schüleraustausch

www.Alternativ-Tours.de

Alternativ-Tours Otto-Suhr-Allee 59
Tel. (030) 21 23 41 90 10585 Berlin

AMERIKA · ASIEN · AUSTRALIEN

Mit Hand und Verstand!

Lesefreude für Ihren Unterricht

Das Original Made in Germany

- spielerisch-handelnder Umgang mit Buchstaben
- senso-motorische Lernerlebnisse
- verständnisorientiertes Lernen
- Online-Unterrichtshilfen und Videos

Neue Website mit vielen Unterrichtshilfen und Videos!

Besuchen Sie jetzt www.lesefreude.net

Lernen + Lehren mit HAHN

Boundless
Reisen entdecken

Ihr Großbritannienspezialist für Wander- und Studienreisen

www.boundless-reisen.de

Z A R B Arbeitsblätter kreativ & schnell erstellen

Das unentbehrliche Basiswerkzeug für Lehrkräfte: Mit ZARB erstellen Sie differenzierte Lernaufgaben aus deutschen oder fremdsprachigen Texten, alltagstaugliche Arbeitsblätter, die fördern und fordern.

Direkt im Textprogramm erzeugen Sie neue Rätsel, Lücken- und Fehlertexte, Schüttel- oder Schlangentexte und mehr. Kompetenzorientierte Übungen zu Wortschatz, Rechtschreibung, Grammatik, Satzbau, Textaufbau und Inhalt entstehen mit wenigen Mausclicks.

hans zybur software Waldquellenweg 52 · 33649 Bielefeld · Fon 0521.45366590 · info@zybura.com · www.zybura.com

STUDY - EXPLORE - TRAVEL

STUDIENREISEN LONDON
KLASSENFAHRTEN ENGLAND

www.s-e-t.de

Diesmal

PISA, TIMSS und Co.



Cartoon: Thomas Pfaffmann

BILDUNGSEXPERTEN - VOLLES ENGAGEMENT